

# Preußische Allgemeine



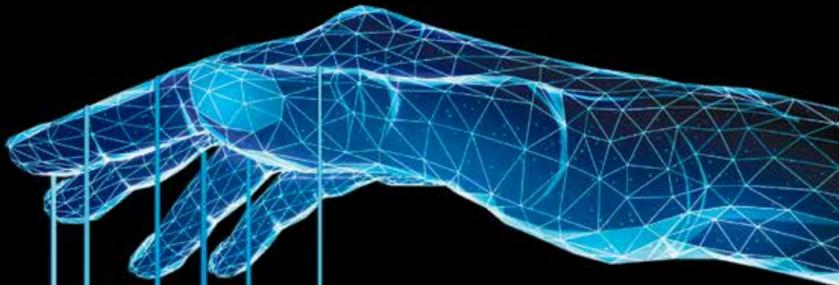
Nr. 8 · 26. Februar 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

## Ein Albtraum von Stadt

In der Wüste Nevadas planen Politiker und Unternehmer „autonome Innovationszonen“, in denen Technologiekonzerne die Regierung, Verwaltung und Ordnungsbehörden stellen  
**Seite 2**



**Bundeswehr** Die Truppe steht abermals vor einer Neuorientierung **Seite 3**



**Geschichte** Die absurde Zensur von Tätowierungen in der DDR **Seite 11**

### AUFGEFALLEN

## Eine Politikerin mit besonderen Ansichten

Offenbar sind Bianca Deubel sämtliche Sicherungen durchgebrannt, als sie am Weihnachtstag 2018 auf Twitter als Antwort auf einen AfD-Politiker erklärte: „Alle AfDler gehören in die Gaskammer.“ Am selben Tag schrieb Deubel auch an die frühere CDU-Bundestagsabgeordnete und BvV-Präsidentin Erika Steinbach, die heutige Vorsitzende der AfD-nahen Erasmus-Stiftung: „Ich freue mich schon, wenn ich auf Ihrem Grab tanzen kann.“

Das Internet vergisst nichts. Gut zwei Jahre später sind Deubels Twitter-Tiraden wieder hochgekocht. Denn die 47-jährige Lehrerin kandidiert in der hessischen Kleinstadt Linden bei Gießen bei der Kommunalwahl am 14. März für die Linkspartei auf Listenplatz 2. Es gibt einen Riesenscandal (neudeutsch: Shitstorm) in den Sozialen Medien über ihre Kandidatur.

Juristisch hatten Deubels Twitter-Entgleisungen übrigens keine Folgen. Obwohl der Staatsanwalt einen Strafbefehl über 90 Tagessätze beantragt hatte, glaubte ihr das Gericht, dass sie „missverstanden“ worden sei. Sie wollte doch nur raten, dass AfDler mal eine KZ-Gedenkstätte besuchen sollten.

Angesichts der Aufregung sieht sich Deubel jetzt selbst als Opfer. Doch sogar der Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch ging auf Distanz zu ihr. Erika Steinbach ist noch immer erbost über die Hetze. Es sei „zutiefst beunruhigend, dass eine solche Vernichtungsäußerung gegen eine ganze Menschengruppe heutzutage ohne Folgen bleibt“, sagte sie der PAZ. Robert Mühlbauer

### POLITIK

## Das denkwürdige Schweigen der Verfassungsrichter

Rund ein Jahr nach Verhängung des ersten Lockdown ist es höchste Zeit für eine klärende juristische Bewertung der Pandemie-Politik

VON RENÉ NEHRING

Die Liste der Beeinträchtigungen, die die Deutschen im Zuge der COVID-19-Pandemie ertragen müssen, ist lang. Schon heute, rund elf Monate nachdem der Bundestag das erste „Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ beschloss, haben die Einschränkungen ein in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einzigartiges Maß erreicht.

Entsprechend lauter wird die Kritik an den Maßnahmen. So warnte bereits im April 2020 der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ vor einer Einschränkung von Freiheitsrechten über einen längeren Zeitraum hinweg, da dadurch die Freiheit insgesamt in Gefahr gerate.

Noch deutlicher äußert sich seit Monaten Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki. Im vergangenen Oktober etwa schrieb der FDP-Politiker im „Tagesspiegel“: „Das nun zwischen der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten vereinbarte Maßnahmenpaket zur Corona-Bekämpfung atmet undemokratischen und anti-rechtsstaatlichen Geist.“ Seitdem legte Kubicki regelmäßig nach. Am 9. Februar dieses Jahres erklärte er gegenüber der „Augsburger Allgemeinen“, er halte es „aus verfassungsrechtlichen Gründen für

einen unhaltbaren Zustand, dass Entscheidungen über Grundrechtsfragen weiterhin in einem Gremium getroffen werden, das die Verfassung nicht vorsieht.“

Scharf fällt auch die Kritik des langjährigen Politikchefs der „Süddeutschen Zeitung“, Heribert Prantl, aus. In Interviews und Artikeln kritisiert der promovierte Jurist sowie ehemalige Staatsanwalt und Richter, dass der Staat im Kampf gegen die Corona-Pandemie zu Maßnahmen greife, die sonst nur in Kriegszeiten denkbar wären. Nicht nur die Menschen, so Prantl, sondern auch die Grundrechte befänden sich derzeit in Quarantäne. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit weiche einer neuen Lust am Autoritären.

### Was sagt Karlsruhe?

Um so auffälliger das Schweigen derjenigen Instanzen, die über die Verfassungsmäßigkeit staatlichen Handelns das letzte Wort haben: die Verfassungsgerichte in Bund und Ländern. Zwar forderte der neue Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Stephan Harbarth, unlängst in der „Rheinischen Post“ eine stärkere Beteiligung des Bundestags – doch ein klärendes Urteil, das verbindlich feststellt, ob die Corona-Politik verfassungskonform ist oder nicht, hat das oberste deutsche Gericht bislang vermieden.

Laut Internet-Portal „Legal Tribune Online“ wurden im vergangenen Jahr 72 eigenständige Eilanträge zu den Corona-

Maßnahmen an das Karlsruher Gericht gerichtet. Hinzu kamen 239 Verfassungsbeschwerden, von denen noch einmal 169 mit einem Eilantrag verbunden waren. Die meisten Verfahren davon hat das Gericht nicht zur Entscheidung angenommen – oder sie erübrigten sich von selbst.

Bislang erfolgte die juristische Auseinandersetzung mit den COVID-19-Maßnahmen vor allem auf der Ebene der Verwaltungsgerichte. Hier konnten Veranstalter von Demonstrationen wiederholt die Rücknahme von zuvor durch Behörden erlassenen Einschränkungen oder Verboten bewirken (weshalb der Begriff von einer „Corona-Diktatur“, den manche Kritiker gebrauchen, unangemessen ist).

Doch kann dies keine grundsätzliche juristische Bewertung der Maßnahmen ersetzen. Nur „Karlsruhe“ kann beurteilen, ob nicht nur einzelne Behördenentscheide, sondern auch die vom Bundestag beschlossenen Gesetze, die die Grundlage der Verordnungen von Ländern und Kommunen bilden, verfassungsgemäß sind.

Angesichts der Tragweite der Lockdown-Politik – zu der neben den Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten massive wirtschaftliche Schäden für zehntausende Betriebe und Privatpersonen gehören – muss eine solche Bewertung freilich schnell kommen. Ein Urteil, das möglicherweise im Nachhinein feststellt, dass die Corona-Beschlüsse unrechtmäßig waren, hilft niemandem.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Der Nahverkehr in der Hauptstadt funktioniert nur noch bei „Kaiserwetter“  
**Seite 5**

#### Kultur

Erinnerungen an den rheinischen Möbelpionier Michael Thonet  
**Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Wie U-Boote 1945 bei der Evakuierung von Flüchtlingen halfen  
**Seite 18**

#### Lebensstil

Die „Seltene Krankheiten“ sind gar nicht so selten, werden aber selten beachtet  
**Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

**Privatstädte** Soll der Staat Unternehmen in alternativen Regierungsformen die uneingeschränkte Herrschaft über einzelne Territorien einräumen können? Ein Projekt in Nevada erinnert an bürgerliche Albträume

## Wenn die Firma für alles sorgt

Gouverneur Sisolak wirbt für Innovationszonen mit uneingeschränkter Herrschaft der Investoren

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der US-Bundesstaat Nevada ist vor allem für seine Rinderherden, Bodenschätze und Spielkasinos bekannt. Das will der demokratische Gouverneur Stephen Sisolak aber nun durch die forcierte Ansiedlung von Unternehmen mit „bahnbrechenden Technologien“ ändern – und zwar ohne auf die üblichen Lockmittel Steuererleichterungen und Subventionen zu setzen, wie Nevada das kürzlich noch im Falle der Gigafactory 1 von Tesla getan hatte. Sisolak plant stattdessen, Firmen aus den Zukunftsbranchen Robotik, Biometrie, Künstliche Intelligenz, Blockchain-Datenspeicherung, Internet der Dinge, Erneuerbare Energien und Autonome Fortbewegung zu gestatten, sich in sogenannten Innovationszonen niederzulassen, in denen „alternative Regierungsformen“ an die Stelle des „traditionellen Modells der Kommunalverwaltung“ treten sollen.

Was dem Gouverneur dabei im Einzelnen vorschwebt, verrät ein vertraulicher 18-seitiger Gesetzesentwurf vom 31. Januar, den die Tageszeitung „Las Vegas Review-Journal“ jetzt öffentlich machte.

### „Alternative Regierungsformen“

Unternehmen mit einem Startkapital von mindestens 250 Millionen US-Dollar, die willens und in der Lage sind, über 200 Quadratkilometer unbebautes und unerschlossenes Land in Nevada zu kaufen, um dort binnen zehn Jahren eine Milliarde Dollar zu investieren, hätten künftig die Möglichkeit, auf Antrag beim Büro des Gouverneurs die uneingeschränkte Herrschaft in ihrer Innovationszone auszuüben. Die Technologiefirmen könnten dann also Regierung, Justiz und Polizei sowie Steuer- und Schulbehörde in einem sein. Letztlich würden so kleine Staaten im großen Staate Nevada ohne jedwede demokratische Legitimation entstehen, da sie unter der Kontrolle eines dreiköpfigen Aufsichtsgremiums stünden, über dessen Zusammensetzung das investierende Unternehmen nahezu allein zu entscheiden vermag. Dafür sollen die Investoren „industriespezifische Steuern“ zahlen, um die Kassenlage von Nevada zu verbessern.

Und es steht auch bereits ein Interesse in den Startlöchern, der auf privat-



So könnte sich Blockchains LLC eine Smart City im ländlichen Norden Nevadas vorstellen: Undatierte Illustration des Unternehmens

rechtlicher Grundlage regieren will. Das ist der frühere Anwalt Jeffrey Berns, der mit Krypto-Währungen zu Reichtum kam und nun Chef sowie Eigner von Blockchains LLC ist.

Berns kaufte im Januar 2018 für 170 Millionen US-Dollar ein 271 Quadrat-

kilometer großes Wüstengrundstück im Verwaltungsbezirk Storey County östlich der Glücksspielmetropole Reno. Dort plant er die Errichtung einer unternehmenseigenen „Smart City“, deren künftige Bewohner „bereit sind, einfach bei Null anzufangen“.

Um sein Vorhaben voranzutreiben, sponserte Berns 2018 den Wahlkampf von Gouverneur Sisolak und spendete 2019 dann auch an die Demokratische Partei in Nevada. Dazu kamen weitere Zuwendungen zugunsten diverser Mitglieder der gesetzgebenden Kammer des Parlaments in Carson City.

Allerdings gab es nach dem Bekanntwerden der Pläne des Gouverneurs Kritik an diesen. So monierte der Storey County Commissioner Lance Gilman, die Einrichtung der autonomen Innovationszone von Blockchains L.L.C. drohe Nachteile für seinen Verwaltungsbezirk mit sich zu bringen. In dasselbe Horn stieß das Mitglied des Nevada State Senate James Settelmeyer, zu dessen Wahl-Distrikt Storey County gehört. Das geplante Gesetz sei problematisch, weil es die Innovationszonen auch ermächtigte, Entscheidungen zu treffen, die dann letztlich Einfluss auf die Verhältnisse im gesamten County hätten. Gleichzeitig signalisierten aber beide, dass Kompensationszahlungen diese Übel heilen könnten.

### Kurzporträts



**Stephen Sisolak** fungiert seit Januar 2019 als Gouverneur von Nevada und misst der Sanierung der Finanzen des US-Bundesstaates höchste Priorität bei



Der niederländische Filmregisseur **Paul Verhoeven** drehte 1986 den dystopischen Hollywood-Streifen „RoboCop“ mit Peter Weller in der Hauptrolle



Der privat verwaltete Reedy Creek Improvement District (RCID) in Florida befand sich im Besitz des Filmproduzenten **Walter Elias „Walt“ Disney**

### REAKTIONEN DER GESELLSCHAFT

## Von der funktionalen Utopie zur gesellschaftlichen Dystopie

Die Idee, administrative Macht in den Händen von Investoren zu bündeln, stößt bislang kaum auf Widerstand. Bedenklich ist sie dennoch

So etwas kannte man bislang nur aus populären dystopischen Science-Fiction-Filmen der 1980er und 1990er Jahre wie „RoboCop“ vom niederländischen Regisseur Paul Verhoeven: Private Hochtechnologie-Konzerne übernehmen staatliche Aufgaben und errichten dann in ihren jeweiligen Machtbereichen diktatorische Regime. Solche Sujets boten den Bürgern westlicher Demokratien reichlich Anlass zum Gruseln, während aber kaum jemand ernsthaft befürchtete, dass derlei eines Tages auch in seiner Welt Realität werden könnte. Zumal der Zusammenbruch des kommunistischen Systems ja eindrucksvoll zu belegen schien, wie gering die Chancen von Autokraten sind, Menschen

dauerhaft in abgeschotteten Systemen einzusperren und zu tyrannisieren.

Dann allerdings entstand in China ein neuartiges und effektives Gesellschaftsmodell, das durch eine funktionierende Marktwirtschaft, die Nutzung modernster Technologien sowie omnipräsente staatliche Repressionsinstrumente gekennzeichnet ist. Und das scheint nun neben den üblichen Abwehrreflexen auch zu Nachahmungsgelüsten zu führen. So liebt man jetzt Amerika, dem angeblichen Leuchtturm der Freiheit, ebenfalls mit der Etablierung neuer Spielarten von nichtdemokratischer Herrschaft, die sofort Erinnerungen an Streifen wie „RoboCop“ wecken.

In den geplanten Innovationszonen im US-amerikanischen Bundesstaat Nevada, die künftig unter der uneingeschränkten Kontrolle von Hochtechnologiefirmen stehen sollen, sind im Prinzip zwei ganz unterschiedliche Entwicklungen denkbar. Die Menschen könnten sich gegen die Konzentration der Macht in den Händen von Unternehmern wehren und das Experiment krachend zum Scheitern bringen, wie man dies auch aus vielen der filmischen Dystopien kennt.

Es wäre allerdings auch möglich, dass alles derart gut funktioniert, dass die Bevölkerung außerhalb auch in einem solchen privat beherrschten Gemeinwesen leben möchte. Ein entsprechender

„In Jeffrey Berns' Privatstadt wäre eine Seuche wie Corona vermutlich ratsfatz ausgerottet“

„Der Tagesspiegel“

Wunsch könnte durch Meinungsmanipulation seitens der Technologiekonzerne und der von diesen gesponserten Medien verstärkt werden.

Kürzlich erschien im Berliner „Tagesspiegel“, dessen Verlag inzwischen bereits 550.000 Euro an Zuschüssen von dem US-Datenriesen Google erhalten hat, ein Artikel über das Projekt von Jeffrey Berns. Darin heißt es unter anderem, in der geplanten Privatstadt Smart City „wäre eine Seuche wie Corona vermutlich ratsfatz ausgerottet“. Angesichts solcher Verheißungen dürften die Innovationszonen so manchem Lockdown-Geplagten als das Gelobte Land erscheinen.

Wolfgang Kaufmann

### DISNEYS STADT

## Ein früher Vorläufer in Florida

Ein früher Vorläufer der jetzt in Nevada geplanten Innovationszonen, in denen Unternehmen Macht ausüben könnten wie sonst nur der Staat, ist der Reedy Creek Improvement District (RCID) in Florida. Dieses Gebiet von rund 100 Quadratkilometern Größe liegt innerhalb der beiden Verwaltungsbezirke Orange und Osceola County und wird über weite Strecken von dem Medienunternehmen The Walt Disney Company (WDC) kontrolliert, das hier auch den großen Freizeitpark Walt Disney World Resort betreibt.

Der Trickfilmzeichner und Filmproduzent Disney hatte das Land ab 1963 mit Hilfe von Tarnfirmen erworben und plante dort unter anderem die Errichtung einer futuristischen Modellstadt namens Progress City beziehungsweise EPCOT (Experimental Prototype Community Of Tomorrow, experimentelle Prototyp-Gemeinschaft von morgen). Ein knappes halbes Jahr nach Disneys Krebsdiagnose, am 12. Mai 1967, unterzeichnete der damalige Gouverneur von Florida, Claude Kirk, drei Statuten, mit denen die Gründung des RCID und dessen weitgehende Autonomie besiegelt wurde.

Allerdings stagnierte das Projekt in der Folgezeit. Statt Progress City schuf der Disney-Konzern lediglich die zwei winzigen Ansiedlungen Bay Lake und Lake Buena Vista, in denen bei der letzten US-Volkszählung 47 beziehungsweise zehn Menschen lebten. Regiert wird der RCID von einem fünfköpfigen Aufsichtsrat, dem Board of Supervisors, den nur die Landbesitzer im Distrikt wählen können. Und diese sind allesamt leitende Angestellte der Walt Disney Company, die jeweils ein unbebautes, zwei Hektar großes Grundstück innerhalb des RCID ihr Eigen nennen. Dennoch verfügt der Disney-Konzern hier nicht über jene absolute Machtfülle, wie sie die Unternehmen in Nevada künftig erhalten sollen. So darf der 800 Mann starke Sicherheitsdienst der WDC nur deren Mitarbeiter überwachen und disziplinieren. Und die Gerichtsbarkeit vor Ort verblieb ebenfalls beim Staat. W.K.

# Es geht voran – in kleinen Schritten

Vor wenigen Tagen veröffentlichten die Verteidigungsministerin und der Generalinspekteur ihre „Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft“. Neben einer Analyse des Ist-Zustandes deutet das Papier einen grundlegenden Strategiewechsel an

VON JOSEF KRAUS

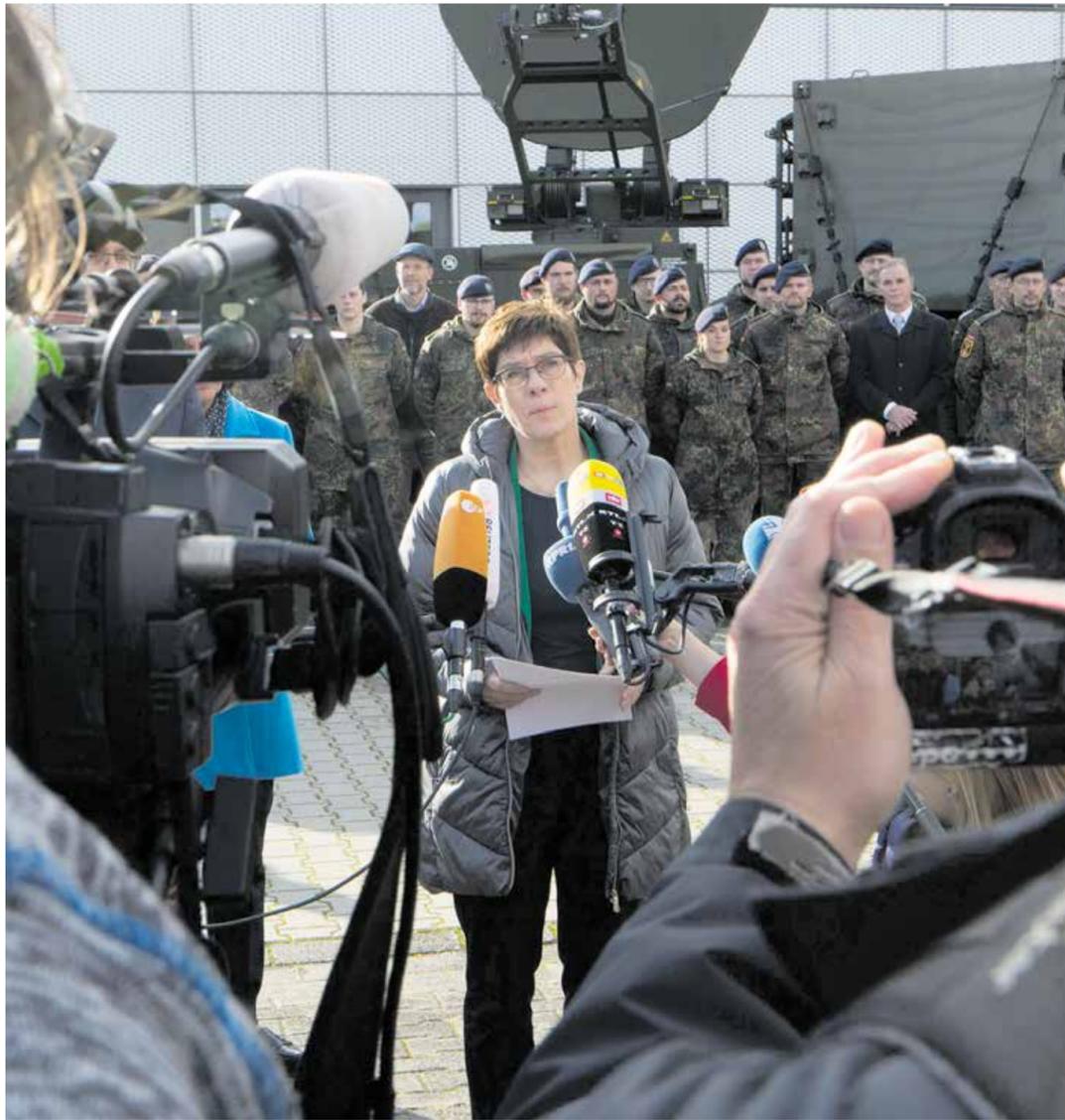
Die Bundeswehr ist nach wie vor weit von einer vollen personellen und materiellen Einsatzfähigkeit entfernt. Seit etwa einem Jahr tut sich zwar etwas, aber es wird noch Jahre dauern, bis Versäumnisse beseitigt sind, eine aktive Bündnistreue zur NATO wiederhergestellt ist und das zertrümmerte Vertrauen in die Truppe gekittet sein wird. Dass sich die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr verbessert, lässt hoffen. Immerhin ist der deutsche Verteidigungsetat für 2021 auf 46,9 Milliarden Euro angestiegen. In den Jahren 2019 und 2020 waren es 43,2 beziehungsweise 44,9 Milliarden. Das vereinbarte NATO-Ziel von zwei Prozent Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist damit allerdings noch lange nicht erreicht. Für 2021 ergibt sich ein BIP-Anteil von 1,57 Prozent. Dieser Anstieg der BIP-Quote ist freilich dem Konjunkturreinbruch durch die Corona-Krise geschuldet. Vor der Krise war erwartet worden, dass die deutschen Ausgaben nur zu einer Quote von etwa 1,42 Prozent reichen.

Der Blick in die Zukunft der Bundeswehr darf nicht den Blick zurück verstellen, wie und durch wen die Truppe heruntergewirtschaftet wurde. Vergessen sei nicht, dass es von 2005 bis heute zwar Verteidigungsminister der CDU oder der CSU gab, dass die Regierungschefin, die im Kriegsfall Oberbefehlshaberin wäre, seit 2005 Angela Merkel heißt. Maßgeblich ihr ist es zu „verdanken“, dass die Bundeswehr in den Koalitionsverhandlungen immer nur eine marginale Rolle spielte. Im GroKo-Vertrag vom März 2018 machen Fragen der Bundeswehr nur drei von 177 Seiten aus. Merkel ist es auch zu „verdanken“, dass von Dezember 2013 bis Juli 2019 eine inkompetente, für Militärfragen völlig unsensible und überforderte Ursula von der Leyen Verteidigungsministerin (CDU) war. Man denke nur an die mindestens 200 Millionen Euro teure Berateraffäre; an ihren Vorwurf, die Truppe habe ein „Haltungsproblem“, oder an „Säuberungen“, die sie in Kasernen anordnete. Oder man denke an das Desaster, das sie mit der Ausmusterung des in der Truppe sehr geschätzten Sturmgewehrs G36 und dessen gescheitertem Ersatz provozierte. Merkel ist es im Verein mit dem damaligen CSU-Vorsitzenden Seehofer, dem damaligen Verteidigungsminister zu Guttenberg (CSU) und dem damaligen Koalitionspartner FDP auch maßgeblich zu „verdanken“, dass 2011 die Wehrpflicht ausgesetzt wurde, die Bundeswehr damit erhebliche Nachwuchsprobleme bekam und in Öffentlichkeit und Familien kaum noch „stattfand“.

## Mangelhaftes Gerät

Derweil dümpelte die Bundeswehr vor sich hin. Im August 2019 war mit Blick auf das Jahr 2018 offiziell bekannt geworden: Zeitweise war keines der sechs U-Boote fahrbereit; beim ADAC mussten Flugstunden angemietet werden, um Fluglizenzen von Bundeswehrpiloten zu erhalten; von 53 Hubschraubern des Typs Tiger waren regelmäßig nur zwölf voll einsatzfähig; von den Transporthubschraubern CH-53 nur 16 von 72, von den Transporthubschraubern NH 90 nur 13 von 58, von den Fregatten fünf von 13 und von den Leo-II-Panzern 105 von 244.

Die materielle Einsatzbereitschaft aller 69 Hauptwaffensysteme der Bundeswehr hat sich seitdem etwas verbessert. Detaillierte Zahlen wie für 2018 gibt es zwar nicht mehr. Im „Bericht zur materiellen Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr II/2020“ vom 8. Dezember 2020 ist aber immerhin halbwegs ehrlich zu lesen: Die Einsatzbereitschaft liegt im Durchschnitt Ende 2020 bei (nur) 74 Prozent. Bei



Soll sich die Bundeswehr künftig wieder stärker der Landesverteidigung widmen? Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) bei einem Pressetermin Foto: pa

fabrikneuen Lkw sind es über 90 Prozent (warum nicht 100?), bei Hubschraubern allerdings nur knapp 40 Prozent. Beim Eurofighter sind es 66 Prozent, beim A400M 43 Prozent. Die angestrebte Zielmarke von 70 Prozent übertrafen 41 Hauptwaffensysteme, zwölf indes waren schlechter als 50 Prozent. Hauptwaffensysteme mit nach wie vor stark verbesserungswürdiger Einsatzbereitschaft sind der Kampfhubschrauber Tiger, die „Modularen Sanitätseinrichtungen“ sowie die Altsysteme wie Tornado, der Transporthubschrauber CH-53 oder die Marinehubschrauber Sea King und Sea Lynx. Zum Teil nur 33 Prozent sind es hier.

Aber immerhin wird jetzt ernsthaft nachgedacht. Das ist dringend erforderlich, zumal auf NATO-Ebene wichtige Entscheidungen anstehen. Topaktuell geht es um die Frage, ob die 10.000 Soldaten der NATO und der Partnernationen zum 1. Mai 2021 aus Afghanistan abgezogen werden sollen. Das war im Februar 2020 im Abkommen von Doha/Katar zwischen den USA und den Taliban vereinbart worden. Die Bundeswehr stellt von diesen 10.000 Soldaten 1.000. Deren Mandat wiederum endet bereits Ende März 2021.

## Ein neues Strategiepapier

Aber blicken wir über diese schwierige Entscheidung hinaus! Annegret Kramp-Karrenbauer („AKK“, CDU), Verteidigungsministerin seit Juli 2019, konnte sich am 16. Januar 2021 endlich der sie überfordernden Doppelbelastung, zugleich CDU-Bundesvorsitzende sein zu wollen/müssen, entledigen. Das machte sie frei, am 9. Februar zusammen mit Generalinspekteur Eberhard Zorn den zuständigen Obleuten der Bundestagsfraktion und dann der Öffentlichkeit ein siebenseitiges Papier mit der Überschrift „Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft“ zu präsentieren.

Die beiden haben sich Großes vorgenommen. Gut so, die beiden wählten gar nicht den mühsamen Weg eines neues „Weißbuches“. Ein solches hätte von der Bundesregierung insgesamt verabschiedet und damit vom Koalitionspartner SPD mitgetragen werden müssen (das letzte Weißbuch gab es als insgesamt elftes in der Geschichte der Bundeswehr 2016). AKK und Zorn sind vorgeprescht. Dass der Generalinspekteur mit von der Partie war, ist eine Premiere. Er hebt sich damit von seinem zwischen 2010 und 2018 amtierenden Vorgänger Volker Wierer ab. Wierer, der vor allem in der Amtszeit der Ministerin von der Leyen nicht einmal intern ein gewisses Korrektiv darstellte, hatte ja den boshafsten Spitznamen „weak“ (Englisch für „schwach“) angehängt bekommen, weil er sich, zumal angesichts der unsäglichen Attacken der Ministerin gegenüber der Truppe, nicht vor Letztere gestellt hatte.

## Grundlegende Fragen

Hinter Kramp-Karrenbauers und Zorns Ziel, die Bundeswehr zu modernisieren, stecken ambitionierte Vorstellungen. Als ihre zentralen Fragen nennen sie: Gegen welche Bedrohungen müssen wir uns schützen? Was ist praktikabel und schnell verfügbar? Was stärkt den Industrie- und Technologiestandort Deutschland und schafft Arbeitsplätze? Was kann in Kooperation mit unseren europäischen und internationalen Partnern beschafft werden? Und vor allem und am wichtigsten: Was ist das Beste für die Truppe?

Konkret soll das Beschaffungswesen mit tiefen Einschnitten reformiert werden. Angekündigt werden schon mal mehrere baldige Beschaffungsvorhaben im Umfang von mehr als 20 Milliarden Euro, etwa zur Luftverteidigung und zur Eurodrohne. Die Entscheidung über einen neuen Transporthubschrauber

soll bis Ende Juni getroffen werden. Zudem sollen „stabslastige“ Fehlstrukturen im Ministerium verschwinden.

Kramp-Karrenbauer und Zorn sprechen offen aus, dass die Streitkräfte „unterfinanziert“, „nicht ausreichend vorbereitet“ und „einseitig auf Auslandseinsätze ausgerichtet“ seien. Die seit 2011 geltende, zu starke Orientierung auf Friedens- und Stabilisierungseinsätze solle korrigiert werden. Gerade letztere Aussage deutet einen erheblichen Strategiewechsel an: nämlich ein Zurück zur Priorität der Landesverteidigung.

Als strategische Konkurrenten sehen AKK und der General Russland und China. Russland definiere sich als „Gegenmacht zum Westen“ und habe seine „militärischen und politischen Drohungen in jüngster Zeit verschärft und internationale Verträge wesentlich verletzt“. Daneben werde China zu einem „machtvollen und immer häufiger sichtbar ausgreifenden Akteur“. Darauf müssten sich Europa (sie meinen sicher die EU) und die NATO gemeinsam besser vorbereiten. Deutschland solle dabei eine „Anlehnung“ für kleinere, allerdings oft technisch sehr gut ausgestattete Partner werden. Die Bundeswehr müsse gegebenenfalls „schneller als alle anderen“ an den Außengrenzen von EU und NATO zur Stelle sein. Deutschland habe auch eine wichtige Rolle als „Drehscheibe“ für Logistik und Infrastruktur im Bündnis inne.

## Neue Technologien und Gremien

Zudem müsse sich Deutschland mit neuen Waffentechnologien befassen, denn gegen manche Bedrohungen, unter anderem Drohnen, Killer-Satelliten oder Überschall-Flugkörper, sei Deutschland schlecht gewappnet. Deutschland sei auch durch Angriffe auf Datenetze und kritische Infrastrukturen, Übergriffe gegen Bündnispartner oder Kommunikationswege gefährdet.

Bis Mai 2021 soll es Erlasse unter dem Namen „Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft“ geben. Zudem sollen bis April Grundzüge für den „Heimatschutz“ präzisiert werden. Außerdem schlägt das zivile und militärische AKK/Zorn-Führungsteam mehrere neue Gremien vor: einen Nationalen Sicherheitsrat und einen Bundesbeirat Sicherheit im Ministerium. Darüber hinaus will man, dass im Bundestag Aspekte der Sicherheitspolitik jährlich in einer „Sicherheitswoche“ erörtert werden. Und: Ein „Bundeswehrplanungs-gesetz“ solle die Finanzierung der Streitkräfte „auf ein solides, mehrjähriges Fundament stellen“.

Wie auch immer die Umsetzung der Pläne ausgehen mag: Es ist endlich Leben in die Debatte um die Zukunft der Bundeswehr gekommen. Womöglich hat dabei ein anderes Papier einen Anstoß gegeben: nämlich ein achtseitiges Dokument, das Ende Oktober 2020 unter dem Titel „Welche Reform die Bundeswehr heute braucht“ öffentlich wurde. Es stammt von zwei Hochkarättern: dem von 2009 bis 2013 amtierenden Befehlshaber des Einsatzführungskommandos, Generalleutnant a.D. Rainer Glatz, und dem von 2015 bis 2020 amtierenden früheren Wehrbeauftragten des Bundestages, Hans-Peter Bartels, der auf so schofelige Weise von der eignen SPD aus dem Amt gedrängt wurde. Das nicht so überraschende Fazit der beiden: weniger Stab, mehr Truppe – und: mehr Geld. Richtig, vielleicht bewegt sich dann etwas.

● **Josef Kraus** war von 1987 bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes und von 1991 bis 2014 Mitglied im Beirat für Fragen der Inneren Führung des Bundesministers der Verteidigung. Zusammen mit Richard Drexler veröffentlichte er 2019 „Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr zwischen Elitetruppe und Reformruine“ (Finanzbuch-Verlag). Das Buch kommt im Mai 2021 in weitreichend aktualisierter Form neu heraus.

Bis April sollen Grundzüge für den „Heimatschutz“ präzisiert werden. Außerdem schlägt das zivile und militärische Führungsteam mehrere neue Gremien vor: einen Nationalen Sicherheitsrat und einen Bundesbeirat Sicherheit im Ministerium

## ● MELDUNGEN

## „Gorch Fock“ (I) nach Stralsund

**Stralsund** – Die Hansestadt Stralsund will die „Gorch Fock“ (I) kaufen und sanieren. Damit dürfte die Existenz des Segelschiffes gesichert sein. Oberbürgermeister Alexander Badrow (CDU) ist froh darüber. Die Sanierungskosten belaufen sich auf geschätzte 10,6 Millionen Euro. Die „Gorch Fock“ (I) diene zunächst als Segelschulschiff der Kriegsmarine. 1946 ging sie als Kriegsbeute an die UdSSR, die sie als „Towarischtsch“ für die Handelsmarine nutzte. 1991 ging das Schiff bei der Auflösung der SU an die Ukraine. 2003 erwarb der deutsche Verein „Tall-Ship Friends“ den inzwischen fahruntüchtigen Segler vom ukrainischen Bildungsministerium. In den vergangenen Jahren hat der Verein erhebliche Mittel zum Betrieb des Schiffes aufgebracht. Die Sanierungsaufwendungen übersteigen jedoch die Möglichkeiten von „Tall-Ship Friends“. Die später anfallenden laufenden Betriebskosten sollen jedoch wieder vom Verein getragen werden. F.B.

## Warnung vor FFP2-Masken

**Regensburg** – Laut Aussage des Dermatologen Philipp Babilas vom Hautzentrum Regensburg kann sich unter den dicht sitzenden FFP2-Masken ein „Biotop“ bilden, „das langsam kippt“. Zuerst führe der Feuchtigkeitsschub zum Aufquellen der Hornschicht der Haut. Dann entstünden Entzündungen mit Juckreiz. Durch das so verursachte Kratzen wiederum werde die Hautbarriere beschädigt. Dies schaffe Eintrittspforten für Erreger, die vielfach medikamentös bekämpft werden müssten. Hautreizungen könnten dabei nicht nur um Mund und Nase erfolgen, sondern auch hinter den Ohren, wo der Gummizug anliege. Darüber hinaus beobachtete der Professor eine Verschlechterung von bereits bestehenden Erkrankungen wie Neurodermitis durch das Tragen von FFP2-Masken. Solche „hochwertigen Mund- und Nase-Bedeckungen“ bieten also nicht nur einen angeblich besseren Schutz vor Infektionen mit dem Virus SARS-CoV-2, sondern können auch selbst krank machen. W.K.

## Diagnose der Gesinnung

**Stühlingen** – Die Konstanzer AfD-Kreisvorsitzende Andrea Zürcher hat ihren Hausarzt in Stühlingen wegen „Nötigung, versuchter Körperverletzung und einer Verletzung der ärztlichen Berufspflichten gemäß dem kasernenärztlichen Behandlungsvertrag“ angezeigt. Der Arzt hatte ihr unmittelbar nach einem Praxisbesuch mitgeteilt, sie wegen ihrer AfD-Zugehörigkeit nicht mehr weiterbehandeln zu wollen. Er stehe ihr nur noch in einem medizinischen Notfall zur Verfügung. Zürcher schaltete ihre Anwältin ein. Diese nahm Kontakt mit der Ärztekammer und der Krankenkasse auf und ließ eine Beschwerde prüfen gegen eine „medizinische Diagnose erst nach Diagnose der Gesinnung“. Zürcher zeigte sich auch erschüttert über die Offenheit, mit welcher Repressalien gegen aktive Mitglieder einer demokratisch gewählten Partei ergriffen würden. MRK

## LANDTAGSWAHLEN

## Große Parteien profitieren von Corona

In Rheinland-Pfalz ist das Rennen ungleich spannender und auch facettenreicher als im Musterlände

VON PETER ENTINGER

Am 14. März wird das Superwahljahr 2021 mit Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie Kommunalwahlen in Hessen eröffnet. Es ist Corona-bedingt eine außergewöhnliche Situation. Die Klassiker des Straßenwahlkampfes finden nicht statt. Haustürbesuche sind verboten, Infostände sind zwar unter bestimmten Umständen erlaubt, aber nicht jede Partei macht davon Gebrauch. Auftritte in Hallen oder auf Marktplätzen sind wegen der Infektionsgefahr derzeit nicht möglich.

Für die Regierenden hält sich der Schaden in Grenzen. Den amtierenden Regierungschefs Winfried Kretschmann (Grüne) in Baden-Württemberg und Malu Dreyer (SPD) in Rheinland-Pfalz stehen aufgrund der Corona-Debatte die TV-Studios stets offen. Kretschmann hat sich aber erst einmal aus dem Wahlkampf in Baden-Württemberg zurückgezogen, da seine Frau schwer erkrankt ist. Die rheinland-pfälzische Landeschefin Dreyer tingelt dagegen von Talkshow zu Talkshow. Je größer die Partei, desto größer sind auch die Möglichkeiten, sich digitale Alternativen zu suchen.

„Nach und nach hat dann Corona immer mehr die Agenda bestimmt und damit natürlich auch unsere Wahlkampfplanung. Dabei zahlt sich jetzt aus, dass wir vieles in Sachen Digitalisierung der Parteiarbeit und digitale Mitmachmöglichkeiten vorangetrieben haben. Das können wir in der Corona-Zeit sehr gut nutzen“, sagte der rheinland-pfälzische SPD-Generalsekretär Daniel Stich. Die Parteien nutzen neue Apps wie Clubhouse für digitale Wahlkampfveranstaltungen. Gleichzeitig werden die eigenen Plattformen bespielt.

## Tingeln durch die Talkshows

Norbert Kersting, Professor für Kommunalpolitik an der Universität Münster, hat 1010 hessische Stadtverordnete und Gemeindevertreter zur Kommunalwahl befragt. Drei Viertel der Befragten gaben an, sich aufgrund der Corona-Pandemie in ihrem Wahlkampf beeinträchtigt zu fühlen. „Die Angst, ohne den klassischen Straßenwahlkampf Wählerstimmen zu verlieren, gibt es über alle Parteien hinweg“, hat Kersting ermittelt und fügte hinzu: „In Deutschland lief der Wahlkampf bisher kaum digital ab, sondern vor-

allem auf der Straße und mit Hausbesuchen. Aber in diesem Jahr führt kein Weg daran vorbei.“ Dies bedeutet vor allem, dass es außerparlamentarische Listen sehr schwer haben werden.

Die Parteien, die im Landtag vertreten sind, haben in aller Regel hauptamtliches Personal. So auch die AfD, die in den beiden Südwestländern zweistellige Ergebnisse zu verteidigen hat. Zum Auftakt des Wahlkampfes in Rheinland-Pfalz gab es eine Online-Abendveranstaltung mit dem AfD-Spitzenkandidaten Michael Frisch.

Aus dem in Blau gehaltenen Streaming-Studio der Partei werden in den kommenden Wochen regelmäßig Sendungen, zu denen die komplette Führung der Bundespartei und der Bundestagsfraktion eingeladen sind, gesendet. „Wir machen das Beste aus der Situation und wollen eine Stimmung wie an den Infoständen erzeugen“, erklärt AfD-Sprecher Fabian Schütz.

## Drohende Pleite wirkt beflügelnd

In Baden-Württemberg sehen Umfragen die grün-schwarze Koalition auf vergleichbarem Stand zu 2016. Auch bei den

„In Deutschland lief der Wahlkampf bisher kaum digital ab, sondern vor allem auf der Straße und mit Hausbesuchen. Aber in diesem Jahr führt kein Weg daran vorbei“

Norbert Kersting

Professor für Kommunalpolitik an der Universität Münster

Oppositionsparteien tut sich nur wenig. Laut den Meinungsumfragen muss die AfD zwar mit Verlusten rechnen, doch liegt die Partei in Umfragen in aller Regel unter dem tatsächlichen Endergebnis. Die

SPD bleibt im Musterlände traditionell schwach. Die FDP könnte leicht zulegen. Und die Linkspartei kämpft wohl mal wieder vergeblich um den Einzug ins Stuttgarter Parlament.

Deutlich spannender und auch facettenreicher ist das Rennen um den Landtag in Mainz. SPD-Frontfrau Dreyer regiert dort seit 2016 mit einer Ampelkoalition. Die hätte nach letzten Umfragen abermals eine deutliche Mehrheit, weil die Grünen deutlich zulegen könnten. Allerdings könnte die CDU mit Herausforderer Christian Baldauf stärkste Kraft werden.

Beflügelt wird dessen Wahlkampf durch die drohende Pleite des Regionalflughafens Frankfurt-Hahn im Hunsrück. Die Landesregierung hat zwar schon vor Jahren ihre Anteile an chinesische Investoren verkauft, muss allerdings einspringen, wenn die Asiaten zahlungsunfähig sind. Und danach sieht es im Moment aus. „Nach dem Desaster um die Rennstrecke am Nürburgring, droht das nächste Millionen-Grab der SPD. Wir werden das beenden“, gibt sich Baldauf bereits siegesicher.



Digital statt Straßenwahlkampf: Der Spitzenkandidat der CDU in Rheinland-Pfalz, Christian Baldauf, beim Videochat

Foto: pa

## DIGITALISIERUNG

## Amtsstuben immer noch im Fax-Zeitalter

Nicht nur Gesundheitsämter: Die Kommunikationstechnik deutscher Behörden ist teilweise völlig veraltet

Vor einem halben Jahrhundert waren Telefaxgeräte der letzte Schrei der Technik. Heute hingegen zeugt ihre Nutzung von Rückständigkeit oder einer mangelhaften digitalen Infrastruktur. Trotzdem sind die nostalgischen Fernkopierer weiterhin ein Standard-Accessoire in vielen deutschen Amtsstuben. Und das gilt nicht nur für die Gesundheitsämter, die auch nach einem Jahr Corona-Pandemie immer noch ihre Statistiken zu den positiv Getesteten per Fax an das Robert-Koch-Institut übermitteln, wo die Daten dann von Hand in den Computer eingegeben werden. Vielmehr halten auch die Justiz, Vertreter der Ärzteschaft, zahlreiche Kommunen und Landesbehörden sowie Bundestag und Bundesregierung an den kommunikationstechnischen Auslaufmodellen fest. So

nutzt das Bundeskabinett derzeit noch mehr als 900 Faxgeräte.

## Mannigfache Kritik von außerhalb

Vernünftige Gründe hierfür gibt es keine – außer der Unfähigkeit des Staates, Möglichkeiten für einen zeitgemäßen Datenaustausch zu schaffen. Oftmals müssen Architekten und Baufirmen darauf verzichten, ihre Planungsunterlagen per E-Mail an die zuständigen Ämter zu schicken, denn das kann durch Leitungen mit absurd niedrigen Übertragungskapazitäten zu einer unendlichen Geschichte geraten. Ebenso verwenden Anwälte vielfach noch Faxgeräte, um ihre Schriftsätze fristgemäß an die Gerichte zu senden, weil diese nicht auf modernere Weise erreichbar sind.

Das stößt mittlerweile auf mannigfache Kritik. Diese kommt unter anderem von der Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei, dem Deutschen Beamtenbund, dem Deutschen Richterbund, dem Deutschen Anwaltsverein und dem Digitalexperten der Grünen, Konstantin von Notz.

Dabei wird sowohl die Ineffizienz der Kommunikation per Fax angeprangert als auch das damit einhergehende Sicherheitsrisiko. Die bereits als antiquiert angesehene Technik aus dem vorigen Jahrtausend verfügt nämlich über keine ausreichenden Verschlüsselungsmöglichkeiten. Dazu kommt die Gefahr, dass Hacker Telefaxe über die Telefonleitung manipulieren und anschließend sämtliche Rechner eines Netzwerkes, in dem Geräte mit

Fax-Funktion meist auch als Drucker dienen, mit Schadsoftware infizieren.

Aber vielleicht verschwinden die Fernkopierer nun doch bald aus den Büros hierzulande. Immerhin hat der Ältestenrat des Deutschen Bundestages am 14. Januar beschlossen, dass im Parlament ab der kommenden Legislaturperiode keine Faxgeräte mehr zum Einsatz kommen sollen. Das könnte den Gesetzgeber auf die Idee vom generellen Ausstieg aus dem Telefax-Zeitalter bringen.

Vorerst müssen die Abgeordneten allerdings erst einmal die Vorschläge für Fax-Alternativen im Bundestag prüfen, die sie aus der Bevölkerung erhielten. Diese reichen von Brieftauben über Rohrpost bis hin zu Morse-Telegraphen und Rauchzeichen. Wolfgang Kaufmann

## NAHVERKEHR

## Funktioniert nur bei „Kaiserwetter“

Wegen Kälte waren Berlins E-Busse kaum noch zu gebrauchen – Gefährdet die Energiewende den ÖPNV?

VON NORMAN HANERT

Einige wenige Wintertage mit zweistelligen Minusgraden haben ausgereicht, um zu zeigen, wie wenig praxistauglich „Öko“-Strom und Elektromobilität sind. In Berlin hat der kurze Kälteeinbruch Mitte Februar erneut zu Problemen bei den Elektrobussen der städtischen Verkehrsgesellschaft (BVG) geführt.

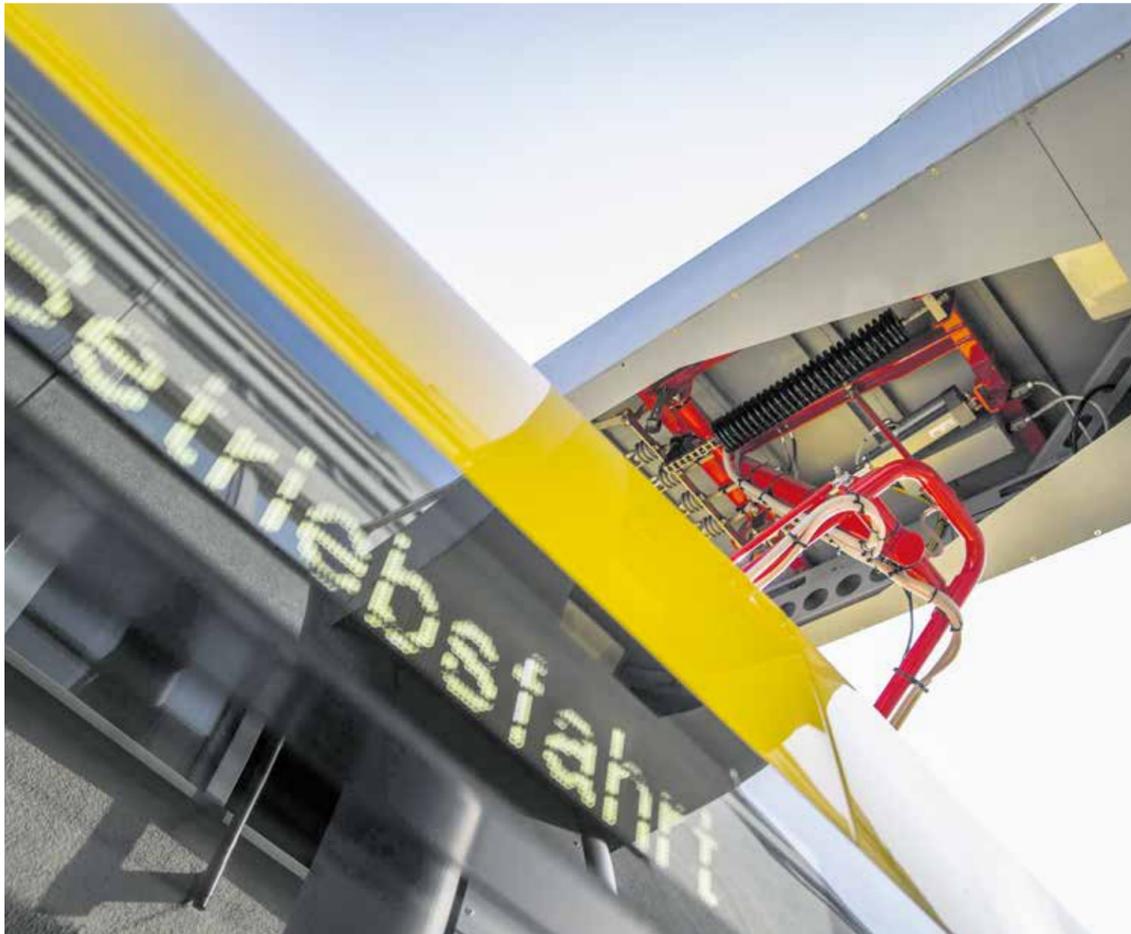
Wie die „Berliner Morgenpost“ berichtet, fielen allein am 15. Februar 23 Mal Elektrobusse aus, weil durch die Kälte die Batterieladungen nicht ausgereicht haben. Laut „Tagesspiegel“ machte auch am Folgetag bei 20 Fahrten der Akku schlapp, weil die Heizung für die Fahrzeuge zu viel Strom verbrauchte. Betroffen sind Busse des Herstellers Solaris aus Posen, die erst vergangenes Jahr ausgeliefert wurden. Diese Busse haben nicht nur einen elektrischen Antrieb, sondern auch Heizung und Klimaanlage laufen komplett über Batteriestrom.

Die Reichweite mehrerer dieser E-Busse soll während der kalten Tage sogar auf nur noch etwa 90 anstatt 200 Kilometer abgesunken sein. Zum Vergleich: Die Dieselbusse der BVG legen am Tag 600 bis 700 Kilometer zurück. Aufgrund der Batterieprobleme ersetzte die Verkehrsgesellschaft auf einigen Linien die E-Busse durch herkömmliche Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren. Die betroffenen Elektro-Fahrzeuge wurden stattdessen auf Linien eingesetzt, die näher am Omnibus-Betriebshof in der Weißenseer Indira-Ghandi-Straße liegen.

**Plan: Bis 2030 nur noch E-Mobile**

Zur Diskussion steht nun die Frage, ob der Bushersteller die Batterien austauschen muss. Gegenüber dem Sender RBB sagte die BVG-Sprecherin Petra Nelken zu den Problemen mit den E-Fahrzeugen: „Wir haben einen Bus gekauft, der auch bei Minusgraden 130 Kilometer weit fahren soll.“ Es sei nun Aufgabe des Herstellers, zu schauen, warum dies nicht der Fall sei, so Nelken.

Zum Jahresende waren bei der BVG 137 Elektrobusse im Betrieb, bis 2030 will das landeseigene Unternehmen sogar die gesamte Busflotte auf E-Fahrzeuge umstellen. Der Wechsel stellt ein Mammutprojekt dar. Mit rund 1450 Fahrzeugen betreibt die BVG die größte Linienbusflotte Deutschlands. Laut Kalkulation der



Bei Kälte nur noch 90 Kilometer Reichweite: Elektrobus an der Ladestation

Foto: imago/Photothek

BVG sollen bis zum Ende 2030 insgesamt 5,4 Milliarden Euro in die Busflotte fließen. Dabei verursacht der Verzicht auf die Dieselfahrzeuge erhebliche Zusatzkosten.

Ganz erheblich schlagen allein die höheren Anschaffungspreise der E-Busse zu Buche: Die 90 E-Busse, die das Unternehmen vor zwei Jahren bei Solaris orderte, haben inklusive der notwendigen Lade-Infrastruktur insgesamt 61 Millionen Euro gekostet. Dies entspricht einem Kaufpreis von rund 680.000 Euro pro Fahrzeug.

Für einen herkömmlichen Dieselbus mit strengsten Abgaswerten müsste die BVG nur ein Drittel dieses Preises zahlen. Laut einer Kalkulation, die vergangenes Jahr öffentlich wurde, geht die BVG insgesamt davon aus, dass die Umrüstung auf die E-Busse zu Mehrkosten von mehr als 2,3 Milliarden Euro bis zum Ende des Jahrzehnts führen wird.

Die E-Mobilität ist nicht der einzige Bereich, in dem die Politik für Investitionsentscheidungen im Milliardenbereich sorgt, obwohl ganz grundlegende Fragen bislang noch immer ungeklärt sind. Der diesjährige Winter zeigt auch erneut, dass die „erneuerbaren“ Energien keine sichere Stromversorgung gewährleisten können.

**Probleme „sträflich vernachlässigt“**

Wie schon mehrmals in den Vorjahren ist auch im diesjährigen Januar deutlich geworden, dass das System der wetterbedingt schwankungsanfälligen Energie große Versorgungsrisiken birgt. So konnten die „Erneuerbaren“ im Januar nur rund 36 Prozent des Strombedarfs in Deutschland decken. Mitverantwortlich für den niedrigen Durchschnittswert zeichnen sogenannte Dunkelflauten, bei denen weder Wind noch Sonne Energie spenden. Der

Wetterlage entsprechend liefen nach Angaben der Energieversorger auch in diesem Januar wieder die Kohlekraftwerke in der Lausitz auf Hochtouren.

Im RBB wies der an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg lehrende Energie-Experte Harald Schwarz darauf hin, dass es immer wieder Tage und Wochen im Jahr gebe, in denen weder Windkraftanlagen noch die Fotovoltaik etwas zur Stromversorgung beitragen könnten: „Das sind Dinge, die sind physikalisch begründet und seit hundert Jahren bekannt, werden aber in der gesamten Diskussion um die Energiewende sträflich vernachlässigt.“ Nach Angaben des Experten tut sich im Strommix aus Kohle, Atom, Öl/Gas und regenerativen Energien bereits in zwei Jahren eine Lücke im sicheren Stromangebot auf, die in den folgenden Wintern immer größer werde.

## BRANDENBURG

## Noch hunderte Ex-Stasi-Leute bei der Polizei

Anfrage der AfD enthüllt das Ausmaß der Weiterbeschäftigung früherer MfS-Mitarbeiter

Im Jahr 2011 sorgten in Brandenburg Medienberichte über ehemalige Stasi-Mitarbeiter in Führungspositionen der Polizei für Aufsehen. Der damalige Cottbuser Polizeichef sah sich beispielsweise mit Vorwürfen konfrontiert, er sei als Untersuchungsführer der Staatssicherheit an Strafverfahren gegen Ausreisewillige beteiligt gewesen, die mit Gefängnisstrafen endeten.

Der damals amtierende Innenminister und heutige Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) bekundete nach solchen Vorwürfen, Führungspositionen bei der Polizei sollten möglichst nicht mehr mit Beamten besetzt werden, die eine einschlägige Vergangenheit vorweisen: „Wenn hauptamtliche Stasi-Akteure heu-

te in Führungspositionen sitzen, tut mir das weh“, so Woidke.

Nun, zehn Jahre später, haben die AfD-Landtagsabgeordneten Lena Duggen, Wilko Möller und Daniel Münschke bei der Landesregierung nach aktuellen Informationen zu ehemaligen Mitarbeitern der Staatssicherheit bei der Brandenburger Polizei angefragt. Laut Antwort des Brandenburgischen Innenministeriums sind bei der Polizei des Landes derzeit 131 ehemalige hauptamtliche und 201 ehemalige inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit beschäftigt.

Eingesetzt sind die Mitarbeiter beim Polizeipräsidium (309 Bedienstete), bei der Hochschule der Polizei (zehn) und

beim Zentraldienst der Polizei (13). Keinen Aufschluss gibt die Antwort der Landesregierung über die dienstlichen Positionen der Mitarbeiter. „Eine weitere Differenzierung ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich“, so das Innenministerium.

**„Ankündigung nicht nachgekommen“**

Die Abgeordneten fragten zudem, wie viele ehemalige hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter der Stasi auf Grund ihrer MfS-Tätigkeit seit dem 1. Januar 2011 aus dem Polizeidienst des Landes entlassen worden seien. Hier bestand die Antwort des Innenministeriums aus einem einzigen Wort: „Keine.“ Brandenburgs Landesregierung verwies in ihrer Antwort darauf,

dass gemäß dem Einigungsvertrag die am 3. Oktober 1990 bestehenden Arbeitsverhältnisse fortgeführt worden seien. Das Personal sei zudem in rechtsstaatlichen Verfahren überprüft worden, wobei eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit für sich allein keinen hinreichenden Kündigungsgrund darstelle.

Die innenpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg, Lena Duggen, kommentierte die Antworten des Innenministeriums: „Der heutige Ministerpräsident und ehemalige Innenminister Woidke ist seinen öffentlichen Ankündigungen aus dem Jahr 2011, bezüglich ehemaliger Stasi-Beamter aufräumen zu wollen, offensichtlich nicht nachgekommen.“ N.H.

## KOLUMNE

## Angstmacher

VON VERA LENGSELD

Seit einem Jahr werden wir bundesweit mit Corona-Schreckenszahlen bombardiert. So natürlich auch in der Berliner Lokalpresse. Die Meldung einer bekannten Zeitung lautete vor Kurzem: „Seit Beginn der Corona-Pandemie haben sich in Berlin nachweislich 126.825 Menschen mit dem Coronavirus infiziert. 2727 Menschen sind bislang in Berlin mit oder an Covid-19 gestorben. 118.433 Patienten gelten inzwischen als genesen. 5665 Menschen sind aktuell in Berlin mit dem Coronavirus infiziert. Die Sieben-Tage-Inzidenz liegt in Berlin bei 54,9.“

Diese absoluten Zahlen verbreiten Angst und Schrecken, weil sie nicht ins Verhältnis gesetzt sind und die wenigsten Berliner sie selbst einordnen. Würde die Berichterstattung ergänzt um einen prozentualen Bezug, würde sich vermutlich eine gewisse Gelassenheit und versachlichte Sichtweise verbreiten, allerdings auch berechtigte Fragen nach Sinn, Zweck und Umfang bisheriger Maßnahmen aufwerfen. Der Berliner Bürgerrechtler Wolfgang Holzappel hat das auf seinem Blog „Hohenecker Bote“ getan. Eine seriöse Berichterstattung müsste so aussehen:

„In Berlin sind aktuell im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung (3,769 Millionen) der Stadt 0,15 Prozent (in Zahlen 5665) der Einwohner mit dem Coronavirus infiziert. Seit Beginn der Corona-Pandemie haben sich in Berlin bisher 3,36 Prozent (126.825) der Einwohner mit dem Coronavirus infiziert; aber immerhin gelten 118.433 von 126.825 Patienten, also 93,38 Prozent, inzwischen als genesen. Dagegen sind 0,07 Prozent (2727) aller Einwohner Berlins bislang ‚mit oder an‘ Covid-19 gestorben. Die tatsächliche Ursache des jeweils erfassten Todes ist nicht verifizierbar, weil die Toten meist nicht obduziert, sondern nur statistisch erfasst wurden.“

Mithin sind die Corona-Zahlen in Berlin entgegen der öffentlichen Darstellungen alles andere als dramatisch.

## MELDUNG

## Kita-Kinder ohne Deutsch

Berlin – In den früheren Berliner Bezirken Wedding, Tiergarten und Mitte – nunmehr alle Mitte – hat jedes fünfte Einschulkind keine oder nur geringe Deutschkenntnisse. Unter im Lande geborenen Kindern sprechen 23 Prozent zwar flüssig Deutsch, aber mit erheblichen Fehlern, sowie fünf Prozent höchstens einzelne Worte. Unter den zugewanderten Kindern – im wesentlichen Asylsucher – sprechen 34 Prozent flüssig mit erheblichen Fehlern, 19 Prozent nur einzelne Worte. Mit weiteren 19 Prozent der Kinder war gar keine Verständigung möglich. Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (Grüne) klagt: „Nicht alle Kinder starten mit guten Voraussetzungen für ihren Schulbesuch.“ Das Problem ist bekannt. Vor Jahresfrist förderte eine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion zu Tage, dass jedes fünfte Kita-Kind zu Hause ohne die deutsche Sprache groß wird. Mit dem Zuzug weiterer Kinder aus fernen Kulturkreisen verschärft sich das Problem weiter. F.B.

## ● MELDUNGEN

## Churchill-Büste wird verbannt

**Washington** – Wie schon Barack Obama hat auch der neue US-Präsident Joe Biden eine Bronzeskulptur Winston Churchills aus dem Oval Office des Weißen Hauses entfernen lassen. Als Symbol der besonderen Beziehungen zwischen Großbritannien und den USA hatte 1965 der damalige britische Premier Harold Wilson dem US-Präsidenten Lynden B. Johnson eine Churchill-Büste zum Geschenk gemacht. Als Obama bei seinem Amtsantritt die Büste Churchills ins Vorzimmer verbannte, löste er damit in London Sorgen um die transatlantischen Beziehungen aus. Donald Trump holte nach seiner Amtsübernahme die 25 Kilo schwere Büste wieder ins Oval Office zurück. Die neuerliche Entfernung auf Anordnung Joe Bidens wollte Großbritanniens Premier Boris Johnson nicht kommentieren. Über einen Sprecher ließ Johnson verlauten, es sei Privatangelegenheit, wie der US-Präsident sein Büro möbliert. N.H.

## Erdoğan will zum Mond

**Ankara** – Die Türkei will nun auch in den illustren Kreis der Raumfahrtationen aufsteigen. Das gab Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan am 9. Februar bekannt. Für den Herbst 2023, in dem sich die Gründung der Republik Türkei zum 100. Male jährt, ist zunächst die „harte Landung“ einer türkischen Sonde auf dem Mond geplant, der dann 2028 weiche Landungen folgen sollen. Außerdem sprach Erdoğan davon, „türkische Mitbürger“ ins All und auf den Mond zu entsenden – und zwar Männer wie Frauen. Allerdings besitzt die Türkei bisher keine einzige dafür nötige Trägerrakete. Zudem dürfte das krisengeschüttelte Land auch kaum Geld für solche Weltraumabenteuer haben. Der Oppositionspolitiker Engin Altay von der kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP) meinte spöttisch, mit dem von Erdoğan veranschlagten Budget sei maximal der Gipfel des Mount Everest erreichbar: „Höher kommt man damit nicht.“ W.K.

## Rundflüge über Tschernobyl

**Pripjat** – Die Gegend um das 1986 havarierte Kernkraftwerk Tschernobyl ist eine der gefährlichsten weltweit. Dennoch hat sich die Umgebung um die verlassene Geisterstadt Pripjat seit einigen Jahren zur Touristenattraktion entwickelt. Trotz der überdurchschnittlichen Strahlenbelastung kamen im Jahr 2018 mehr als 70.000 Abenteuerlustige in die Sperrzone. Nun wollen die „Ukraine International Airlines“ Rundflüge über das Gebiet anbieten. Aus zirka 900 Metern Höhe können die Passagiere das Atomkraftwerk Tschernobyl, die Stadt Pripjat mit dem legendär gewordenen Vergnügungspark einschließlich Riesenrad und die nahegelegene Radaranlage Duga bestaunen können. Ein Rundflug wird gut eine Stunde dauern und umgerechnet knapp 80 Euro kosten. Obwohl gerade rund um das stillgelegte Kernkraftwerk ein Zwischenlager für radioaktive Abfälle entsteht, das im Juli in Betrieb gehen soll, baut Kiew den Tschernobyl-Tourismus weiter aus. MRK

## CORONA-FOLGEN

## Die Weltbevölkerung wächst kaum noch

„Fruchtbarkeitskiller“ Krise und Unsicherheit – Auswirkungen auf die Geburtenrate in West und Ost

VON BODO BOST

Erste statistische Angaben für das Jahr 2020 deuten darauf hin, dass die Corona-Pandemie in den westlichen Ländern nicht nur Auswirkungen auf die Mortalität, sondern auch auf die Fruchtbarkeit hat.

Wie das Statistische Bundesamt im Januar mitteilte, gab es im Jahr 2020 nach vorläufigen Schätzungen kein Bevölkerungswachstum in Deutschland. Dass die Pandemie Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung hat, besonders in den westlichen Ländern, erscheint nicht überraschend, denn sie wirkt sich auf alle drei Faktoren der Entwicklung aus: Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und Migration. In erster Linie hat die Pandemie die Sterberate erhöht, je nach Land um fünf bis 20 Prozent. Dass es 2020 auch weniger Geburten gab, ist jedoch eine Überraschung. Rückläufige Geburtenzahlen infolge von Krisen und Unsicherheit sind zwar nichts

Ungewöhnliches. Sie sind normalerweise allerdings mit einer neunmonatigen Verspätung feststellbar. Der Corona-bedingte Geburtenrückgang hätte sich also frühestens ab Oktober 2020 zeigen und hätte

15

Prozent weniger

Neugeborene meldete China, das bevölkerungsreichste Land der Erde, im vergangenen Jahr. Die Führung des Landes, aus dem das Virus kam, führt dies aber nicht auf die Pandemie zurück

erst 2021, vielleicht sogar noch später, voll zum Tragen kommen dürfen. Deshalb war man umso überraschter, als schon im Januar drei trendsetzende Länder wie Chi-

na, Russland und Frankreich historische Geburtentiefstände verkündeten.

In Russland, das flächenmäßig größte Land der Erde, ist die Einwohnerzahl erstmals seit 15 Jahren geschrumpft. Sie sank nach Angaben des Russischen Amtes für Statistik (Rosstat) im vergangenen Jahr um etwa eine halbe Million. Experten sehen den Hauptgrund für den Rückgang in der Pandemie. Nach Angaben von Rosstat starben allein von Januar bis November 2020 rund 229.700 Menschen mehr als im Vorjahreszeitraum. Das entspricht einer Übersterblichkeit von mehr als 13 Prozent. Das ist ein weltweiter Spitzenwert. Die Anzahl der Corona-Toten war also etwa dreimal so hoch wie in der Pandemiestatistik wiedergegeben.

Vor allem im bevölkerungsreichsten Land der Erde, in China, ist die Zahl der Geburten im vergangenen Jahr auf einen „alarmierenden“ Tiefstand seit Beginn der demografischen Aufzeichnungen im Jahre 1953 gefallen. Allein im Vergleich zum Vorjahr seien in China 15 Prozent we-

niger Neugeborene amtlich gemeldet worden, berichtete das Ministerium für öffentliche Sicherheit in Peking. Die Zahl sei von 11,8 auf 10 Millionen gefallen. Experten warnten schon seit einiger Zeit vor einer Überalterung im Reich der Mitte, die damit noch deutlich schneller als erwartet voranschreitet.

Das könnte auch Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum der zweitgrößten Wirtschaftsnation haben. Als Gründe für diesen Rückgang wurde in der Volksrepublik nicht die Pandemie genannt, obwohl sie dort angefangen hat, sondern die hohen Kosten für Bildung und Wohnungen infolge des Wirtschaftswachstums und der Zunahme der Korruption. Infolge der hohen Lebenshaltungskosten geht auch die Zahl der Eheschließungen in China zurück, während die Scheidungsrate sich auf einem hohen Niveau eingependelt hat. Auch die Abschaffung der Ein-Kind-Politik im Jahre 2015 hatte keinen positiven Effekt auf die Geburtenhäufigkeit, denn viele Paare warten wegen der steigenden Lebenshaltungskosten mit der Heirat und gründen erst später Familien.

Auch in Frankreich hat sich die Pandemie bereits 2020 negativ auf das Bevölkerungswachstum niedergeschlagen. Das Land verzeichnete 2020 zwar noch keinen Sterbeüberschuss, allerdings stieg laut dem französischen Amt für Statistik, dem Institut national de la statistique et des études économiques, die Mortalität mit neun Prozent erheblich. Dort fiel erstmals der Geburtenüberschuss auf nur noch 60.000. Die Geburtenhäufigkeit pro Frau ist in Frankreich zum ersten Mal unter den Reproduktionsfaktor 2,1 gefallen, der notwendig ist, um die Bevölkerung gleich groß zu halten.

Ihrer geburtenfreundlichen Politik hatte es die Französische Republik zu verdanken, dass die Bevölkerung von 1950 bis 2019 von 50 auf 67 Millionen angestiegen war. In Deutschland ist im gleichen Zeitraum die Bevölkerung lediglich von 75 auf 83 Millionen gestiegen, und dies hauptsächlich aufgrund der Zuwanderung.

Wegen der Pandemie errechneten die Statistiker erstmals auch seit Jahrzehnten einen Rückgang bei der Lebenserwartung. 2019 sei sie noch angestiegen, 2020 ist sie leicht zurückgegangen. Bei Frauen betrug der Rückgang 0,4 Jahre, bei Männern ein halbes Jahr.



Weniger Babys wegen der Pandemie: Vor allem in Westeuropa bleiben viele Betten in den Neugeborenenstationen leer

## WELTGESUNDHEITSORGANISATION IN WUHAN

## Suche nach Corona-Ursprung blieb ergebnislos

Peking zeigte wenig Kooperationsbereitschaft – Kritik an Experten auch seitens des WHO-Chefs

Vom 14. Januar an hat ein internationales Team aus 34 Wissenschaftlern im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO) versucht, mehr über die Ursprünge der Corona-Pandemie in der chinesischen Millionenstadt Wuhan herauszufinden. Dabei gab es ganz offensichtlich Probleme hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Gesundheitsbehörden des Reiches der Mitte.

So beklagte der australische Mikrobiologe Dominic Dwyer von der University of Sydney, dass die WHO-Delegation trotz wiederholter Bitten keine detaillierten Rohdaten zu den ersten 174 bekannten Covid-19-Fällen erhalten habe. Darüber hinaus seien die Chinesen auch nicht willens gewesen, Serum-Proben von 92 Patienten zur Verfügung zu stellen, die bereits im Oktober und November 2019 – also noch vor dem offiziell bestätigten SARS-CoV-2-Aus-

bruch in Wuhan – mit Corona-typischen Symptomen in Krankenhäuser eingeliefert worden waren. Dwyer betrachtete das als Beleg dafür, dass die chinesische Seite alles daran setze, ihrer Version vom Auftauchen der Lungenkrankheit ab Anfang Dezember Glaubwürdigkeit zu verleihen. Denn so könne sie weiter suggerieren, das Virus stamme aus dem Ausland – schließlich habe man ja schon am 30. November 2019 bei einem Mann in Italien SARS-CoV-2-Spuren gefunden.

## Keine detaillierten Rohdaten

Trotz dieser mangelhaften Kooperationsbereitschaft der Beauftragten der Führung in Peking sah die Expertenkommission unter der Leitung des dänischen Lebensmittelwissenschaftlers und WHO-Programm-Managers Peter Ben Embarek kei-

nen Anlass, die Hypothese vom Ausbruch des Virus aus einem Forschungslabor in Wuhan weiter zu verfolgen. Auf der Abschluss-Pressekonferenz zu der WHO-Mission am 9. Februar sagte Embarek, man rate von zusätzlichen Nachforschungen, ob der Corona-Erreger aus dem Labor komme, ab. Gleichzeitig musste er aber zugeben, dass die Forscher über keine neuen Erkenntnisse darüber verfügten, von welchem Tier SARS-CoV-2 denn nun auf den Menschen übersprungen sei. Damit kann Peking auch an seiner zweiten Schutzbehauptung festhalten, das Virus stamme aus importierten Fleisch.

Die Aussagen Embareks lösten heftige Reaktionen in den USA aus. Joe Bidens Nationaler Sicherheitsberater Jacob Jeremiah Sullivan äußerte am 13. Februar „ernste Bedenken über die Art und Weise“, in der das

WHO-Team seine Untersuchungsergebnisse präsentiert habe, und pochte darauf, dass China sämtliche Daten aus der Frühzeit des Corona-Ausbruchs offenlege. Das wiederum führte zu Vorwürfen aus Peking, Washington verleumde Länder, welche zu den treuesten Unterstützern der WHO zählten.

Auch die Weltgesundheitsorganisation scheint mittlerweile nicht mehr so darauf erpicht zu sein, der chinesischen Linie zu folgen. Denn ihr Generalsekretär Tedros Adhanom Ghebreyesus aus Äthiopien meinte unmittelbar nach der Pressekonferenz vom 9. Februar, die WHO überprüfe nach wie vor „alle Hypothesen“ über den Ursprung des Coronavirus und wolle in diesem Zusammenhang auch noch „weitere Analysen und Studien“ in Auftrag geben. Wolfgang Kaufmann

VON NORMAN HANERT

Landesweit wächst die Verärgerung über den Bundeswirtschaftsminister. Zu Beginn des zweiten Corona-Stillstands hatte Peter Altmaier schnelle und unbürokratische Hilfe für diejenigen Branchen versprochen, die zu Schließungen gezwungen wurden. Streitereien zwischen Altmaiers Ministerium und dem Bundesfinanzministerium unter Olaf Scholz sowie Probleme mit einem IT-Dienstleister haben jedoch dazu geführt, dass Milliarden an Hilfgeldern noch immer nicht ausbezahlt wurden. Mitunter warten Gastronomen, Hoteliers, Einzelhändler und Dienstleister bereits seit November auf die angekündigten „schnellen“ Hilfen.

Gleichzeitig fehlen Einnahmen, während Mieten, Pachtzahlungen, Rechnungen und Gehälter weiterlaufen. Nach Angaben des Präsidenten des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (Dehoga), Guido Zöllick, hatten bis Mitte Februar 75 Prozent der in seinem Verband organisierten Unternehmen die Dezemberhilfen noch immer nicht gesehen.

„Nach dem desaströsen Corona-Jahr mit vier Monaten Lockdown sind die Konten unserer Betriebe leer. Wegen der verzögerten Hilfszahlungen und der fehlenden Öffnungsperspektiven nehmen Verzweiflung und Existenzängste in der Branche dramatisch zu“, so Zöllick. Nach Angaben der Dehoga bangen mittlerweile zwei Drittel der vertretenen Betriebe um ihre Existenz. Schon jetzt sind die Folgen in Deutschlands Innenstädten sichtbar.

„Während die Hilfen im Schnecken-tempo unterwegs sind, rasen die Fußgängerzonen“, so Stefan Gent vom Handelsverband Deutschland.

#### Weg mit dem Holzhammer

Prekär ist auch die Lage vieler Beschäftigter. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) machte bereits auf eine wachsende Notlage von Hotelangestellten, Köchen und Kellnern aufmerksam. „Selbst 80 Prozent des Nettolohns ab dem siebten Monat Kurzarbeit sind bei jemandem, der nur knapp über dem Mindestlohn verdient, zu wenig, um Rechnungen oder die Miete zu bezahlen“, so der NGG-Vorsitzende Guido Zeitler.

Für weiteren Verdross sorgt, dass viele Gastronomen und Einzelhändler in Hygienekonzepten investiert haben. Doch zwölf Monate nach Beginn der Pandemie fehlt noch immer eine Öffnungsperspektive.

Monatelang hielten Bund und Länder zudem den Inzidenzwert 50 als Zielmarke hoch. Nun sollen Handel und viele Dienstleister laut den Beschlüssen des letzten Bund-Länder-Corona-Gipfels erst öffnen, wenn der Inzidenzwert mehrere Tage stabil unter 35 liegt.



Es sieht düster aus für Peter Altmaier: Der Wirtschaftsminister wird bereits als „Fehlbesetzung“ und „Totalausfall“ bezeichnet

#### CORONA-HILFEN

## Peter Altmaier wird zum Wahlrisiko

Seit Ludwig Erhards Zeiten steht die CDU für Wirtschaftskompetenz. Diesen Ruf droht sie durch fatale Beschlüsse des Wirtschaftsministers zu verspielen

Der Hauptgeschäftsführer des Mittelstandverbands ZGV, Ludwig Veltmann, sprach sich gegenüber dem „Handelsblatt“ stattdessen für ein gezieltes Bekämpfen des Infektionsgeschehens aus: „Weit zielführender als weiterhin den Holzhammer des Lockdown und eine statistische Durchschnittszahl zu bemühen, wäre doch jetzt endlich ein Schwenk mit voller Kraft auf die Schnelltests mit digitaler Erfassung der Ergebnisse.“

Der schlechten Lage vieler Unternehmen entsprach die Stimmung im Vorfeld des Corona-Wirtschaftsgipfels, zu dem Altmaier Mitte Februar geladen hatte. Per Video zugeschaltet waren mehr als 40 Wirtschaftsverbände. Zwar hatte Altmaier versucht, die Wogen bei der als „Beschwichtigungsgipfel“ und „Trostgipfel“ verspotteten Veranstaltung zu glätten. Dies gelang dem Bundeswirtschaftsminister aber nur zum Teil. Im Verhältnis zwi-

schen dem CDU-Politiker und Vertretern der deutschen Wirtschaft ist mittlerweile eine starke Entfremdung eingetreten.

#### Lahme Allzweckwaffe

Der Saarländer gilt als politischer Vertrauter, mitunter auch als „Allzweckwaffe“ oder „Ein-Mann-Armee“ Angela Merckels. Nachdem die Kanzlerin 2012 Norbert Röttgen nach seinem Wahldebakel in NRW als Umweltminister entließ, machte sie Altmaier zum Nachfolger. Analog wurde Altmaiers Ernennung zum „Flüchtlingskoordinator“ im Herbst 2015 als Zeichen von Merckels Unmut über den damaligen Innenminister Thomas de Maizière gewertet. Der Eingewechselte agierte aus Sicht vieler Kommentatoren nicht erfolgreicher als die in Ungnade gefallenen Röttgen und de Maizière.

Die Bewertungen Altmaiers als Umweltminister, „Flüchtlingskoordinator“

und nun als Wirtschaftsminister reichten vom sich verzettelnden „Überadministrator“ über „Fehlbesetzung“ bis zum „Totalausfall“. Deutlich fiel auch die Bewertung durch den Verband deutscher Familienunternehmen aus. Als der Verband 2019 seinen 70. Geburtstag feierte, gehörte Altmaier nicht zu den geladenen Gästen.

„Wir haben diesmal andere Redner, von denen sich die Unternehmer besser vertreten fühlen“, so eine Sprecherin des Verbandes. Mittlerweile gibt es Anzeichen, dass selbst Merkel die Geduld mit ihrem langjährigen Gefolgsmann verliert. Wie „Bild“ berichtet, soll sich die Kanzlerin in interner Runde „schwer verärgert“ gezeigt haben. Sie „verstehe nicht, warum das Wirtschaftsministerium und das Finanzministerium es immer noch nicht hinbekommen haben mit den Hilfen“ und dort „immer noch programmiert werden muss“.

#### WIRTSCHAFTSKLIMA

## Metallbauer schlagen Alarm

Die Wirtschaft zieht eine erste Corona-Bilanz für 2020 – Fast überall sank die Beschäftigungsquote

Die Pandemie hat nun erstmals belegbare Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt. Die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Industrie ist 2020 erstmals seit zehn Jahren geschrumpft. Besonders betroffen ist die Metallbranche. Dort ist die Quote um 5,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Auch die Maschinenbauer, die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren, die Produzenten von Metallernzeugnissen und elektrischen Ausrüstungen sowie die Fahrzeugbranche vermeldeten sinkende Beschäftigungszahlen. Lediglich die Chemie-Industrie kam auf ein leichtes Plus. In Niedersachsen hat mehr als jeder dritte befragte Betrieb aus der Metallbranche angekündigt, Personal einzusparen. Ähn-

liche Rückmeldungen kamen auch aus anderen Bundesländern.

„Die Krisen-Talsole ist noch längst nicht durchschritten“, sagt Thomas Piehler, Vizepräsident des Arbeitgeberverbands Nordmetall. Die Unternehmen rechneten damit, dass die Branche frühestens Mitte kommenden Jahres auf Vor-Corona-Niveau ist. Jeder zweite Betrieb habe seit rund einem Jahr zu wenig zu tun, weil die Nachfrage eingebrochen ist.

#### Der Branche droht ein Arbeitskampf

Das gleiche Bild herrscht auch im Süden der Republik. Wie die Interessenvertretung Südwestmetall mitteilte, rechnet eine deutliche Mehrheit der Unternehmen nicht damit, den Sprung auf das Vorkri-

senniveau in diesem Jahr zu schaffen. „Die Firmen planen nur mit einem geringen Wachstum, und viele haben auch nicht genügend Luft, um ihr Investitionsniveau zu halten“, sagte Hauptgeschäftsführer Peer-Michael Dick.

Und nun droht der Branche auch noch ein Arbeitskampf. Die Gewerkschaft IG Metall will die vorgeschlagene Nullrunde der Arbeitgeber nicht akzeptieren. Verteilungsspielräume in der laufenden Tarifrunde sieht der neue Chef des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall Stefan Wolf keine. Denn zu Beginn der Corona-Pandemie standen in weiten Teilen der Industrie Produktionsanlagen still, Beschäftigte wurden massenhaft in Kurzarbeit geschickt. Während sich die Automobilin-

dustrie inzwischen erhole, hätten laut Wolf andere Sektoren weiterhin zu kämpfen, vor allem der Maschinen-, Schiffs- und Flugzeugbau. Bezüglich des Jahres 2020 habe man Umsatzrückgänge von 15 bis 30 Prozent zu konstatieren.

Die IG Metall fordert dagegen vier Prozent Lohnerhöhung, was Wolf für illusorisch hält. Die Stimmung in der Metallbranche, auch das gehört zur Wahrheit, war bereits vor dem Corona-Ausbruch mäßig. Vor allem die Konkurrenz aus Asien macht den Deutschen zu schaffen. Daran dürfte sich nun erst recht nichts ändern. Bereits jetzt seien die Löhne in der Metall- und Elektroindustrie sehr hoch. „Wir haben eine zu hohe Kostenbelastung“, sagt Wolf. *Peter Entinger*

#### MELDUNGEN

## Geheimplan für Nordstream

**Berlin** – Die Bundesregierung bemüht sich laut einem Bericht von Bloomberg News bei der neuen US-Administration unter Joe Biden um eine Aufhebung der Sanktionen gegen die Erdgaspipeline Nordstream 2. Laut dem Bericht sind offizielle Vertreter Deutschlands, der EU und der USA auch in Gesprächen über ein Maßnahmenpaket, mit dem die Stabilität der Ukraine und die europäische Souveränität in Energiefragen gesichert werden sollen. Die Deutsche Umwelthilfe hatte am 9. Februar ein bislang geheim gehaltenes Schreiben aus dem August 2020 von Bundesfinanzminister Olaf Scholz an Trumps Finanzminister Steven Mnuchin veröffentlicht. In einem angehängten „Non-Paper“ hatte Scholz angeboten, die Infrastruktur zum Import von Fracking-Gas aus den USA mit einer Milliarde Euro staatlich zu fördern. Im Gegenzug sollten die USA ihre Sanktionen gegen Weiterbau und Betrieb der Erdgaspipeline Nordstream 2 aufgeben. *N.H.*

## Echte Inflation vorhergesagt

**Charlotte/North Carolina** – Michael Hartnett, Chefanlagestrategie der Bank of America, warnt vor einer sich massiv beschleunigenden Inflationsentwicklung nach dem Auslaufen der Pandemiebeschränkungen. Hartnett geht davon aus, dass durch die Impfungen gegen das Coronavirus im laufenden Jahr auch die allgemeine Bewegungsfreiheit der Menschen wieder zunehmen wird. Damit einhergehen wird nach Ansicht des Ökonomen auch eine höhere Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Als verstärkend sieht Hartnett einen aufgestauten Nachholbedarf beim Konsum und die massiven staatlichen Finanzhilfen in den USA an. Als Folge könnte laut dem Chefstrategen der Bank of America die bisherige Inflation bei den Finanzwerten in eine Realgüterinflation bei Rohstoffen und anderen Sachwerten übergehen. Im Rahmen einer Chartpräsentation bezeichnete Hartnett das Jahr 2020 als möglichen Auftakt eines Jahrzehnts der Inflation. *N.H.*

## Trüffelplantage in der Lausitz

**Drebkau** – In einem Pilotprojekt will das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung herausfinden, ob im Süden Brandenburgs Trüffel angebaut werden können. Im vergangenen Herbst hat das Leibniz-Zentrum dazu eine Versuchsplantage in Drebkau, im Landkreis Spree-Neiße, angelegt. Nach Angaben der Projektleiterin Babette Münzenberger sind auf der zweieinhalb Hektar großen Plantage 800 Eichen gepflanzt worden, die mit Trüffelsporen geimpft wurden. Entschieden haben sich die Agrarexperten des Leibniz-Zentrum für Frühlingstrüffel. Die auch unter Bezeichnungen wie „Märztrüffel“, „Weiße Pico-Trüffel“ oder „Bianchetti-Trüffel“ bekannte Art wird zu Kilopreisen zwischen 200 und 400 Euro gehandelt. In Italien wird der Frühlingstrüffel bereits seit 1990 angebaut. Gelingt das Pilotprojekt, dann können in Drebkau in vier bis fünf Jahren die ersten Trüffel geerntet werden. *N.H.*

## KOMMENTAR

## Jetzt wieder Opposition

ERIK LOMMATZSCH

Angesichts der Unmengen an Verlautbarungen zum Thema Corona fallen die Grotesken nur noch bedingt auf. Letzte Woche erreichte ein Ansinnen der FDP die Schlagzeilen, das unterstreicht, dass sich diese Partei in Sorge um die eigene Position und im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl vehement um Gehör beim Volk und mithin beim Wähler bemüht. Vorgeschickt wurde der eher unbekannt stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Liberalen im Bundestag, Michael Theurer. Um „Vertrauen“ bezüglich der Impfungen zu schaffen, sollten sich, so Theurer, Bundespräsident und Kanzlerin schnell impfen lassen, am besten öffentlich.

Diese Forderung übt zwar vergleichsweise mäßige Kritik, reiht sich aber in eine Anzahl von FDP-Äußerungen ein, die deutlich nach einer Änderung der Corona-Politik verlangen.

**Dafür hätten Sie kämpfen müssen!**

Auffällig ist, dass das Stichwort Opposition offenbar zu den Neujahrsvorsätzen der Liberalen für 2021 gehört. Opposition wird seit dem Jahreswechsel recht konsequent betrieben, vorzugsweise mittels medial verbreiteter Stellungnahmen. Im letzten Jahr war von der FDP diesbezüglich wenig zu vernehmen, man duckte sich gern weg. Dass die Partei Bürgerrechte und Anliegen des Mittelstandes – beide durch die Restriktionen massiv, zum Teil irreversibel beschädigt – zu ihren Kernfeldern zählt, schien ihr entfallen zu sein.

Abwechslendes war eher am Rande zu vernehmen, etwa wenn sich die Liberalen im Sommer dafür aussprachen, die „Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ aufzuheben. Im Herbst sagte Parteichef Christian Lindner, man solle die Lage nicht „überdramatisieren“, Einschränkungen charakterisierte er als „unverhältnismäßig“. Schärfer im Ton war der Abgeordnete Stephan Thomae, der meinte, die „weitreichenden Verordnungsmächtigungen wirken auf manchen Minister wie eine Droge, von der sie nicht mehr loskommen und am Ende immer mehr brauchen“.

Aber erst im Januar ist die FDP dazu übergegangen, ihre Rolle als Oppositionspartei so richtig wiederzufinden. Mitunter wird die Regierung täglich an-

gegriffen. „Die wesentlichen Fragen müssen im Parlament entschieden werden“, meinte Lindner hinsichtlich der „Runde“ aus Kanzlerin und Ministerpräsidenten, die sich über die „Corona-Maßnahmen“ verständigen. Dieses Gremium, so der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion Marco Buschmann, habe die Verfassung „nicht geregelt, weil es sie nicht kennt“. Mitunter hat Lindner noch Defizite, was Begrifflichkeiten angeht. Parlamentsbeteiligung mahnte er auch bei der Festlegung der Impfreihenfolge an. Diese habe „enorme Auswirkungen darauf, ob Menschen ihre Grundrechte werden verwirklichen können oder nicht“. Nein, Herr Lindner, Grundrechte hätten niemals eingeschränkt werden dürfen, dagegen hätten Sie von Anfang an kämpfen müssen! Aber bei einer so gearteten Opposition ist die FDP offenbar noch nicht angekommen. Dennoch, das Bemühen ist unverkennbar.

Lindner verlangte statt der „Sieben-Tages-Inzidenz“ einen „dynamischen Faktor“, der andere Werte einbezieht als allein die positiv Getesteten. Die derzeitige Politik sei „Stubenarrest“ für Bürger, das Kanzleramt habe „sich festgelegt auf einen bundesweiten, pauschalen und flächendeckenden Lockdown“. Das halte er „für falsch“. Die Regierungslinie beschrieb der FDP-Chef mit den Worten: „Den Menschen Angst machen und dann das Land dicht machen.“

Der stellvertretende Bundestagspräsident Wolfgang Kubicki, ebenfalls prominente Stimme der FDP, warf Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) offen Versagen vor und äußerte Befürchtungen, der Unmut über die Maßnahmen könne „irgendwann in Gewalttätigkeit umschlagen“. Auch Kubicki mahnte die Verfassungswidrigkeit der getroffenen Corona-Entscheidungen an.

Die Vertretung der – unlängst wiederentdeckten – liberalen Prinzipien und die überfällige Besinnung auf die Rolle der Opposition verdanken sich in erster Linie den Stimmen, die die FDP glaubt auf diese Weise gewinnen zu können. Durch Aussagen des neuen CDU-Vorsitzenden Armin Laschet, der plötzlich ebenfalls gegen Bevormundung wettet, erkennt Lindner „eine große Annäherung an die Position der FDP“ und sieht bereits die „große Chance“, dass ein Kanzler Laschet „eine erfolgreiche schwarz-gelbe Regierung führt“.



Gehören zu den Trümpfen der Hohenzollern in den laufenden Verhandlungen: Die im Eigentum der ehemals königlichen Familie befindlichen preußischen Kronjuwelen  
Foto: paz

## LEITARTIKEL

## Querfeuer gegen Preußen

RENÉ NEHRING

Die Debatte um die Rückgabe von hunderten 1945 enteigneten Kunstgegenständen an das Haus Hohenzollern kommt nicht zur Ruhe. Seitdem vor rund anderthalb Jahren der damalige brandenburgische Finanzminister Christian Görke (Die Linke) die bis dahin im Verborgenen geführten Gespräche zwischen der vormaligen Herrscherfamilie und Vertretern des Bundes sowie der Länder Berlin und Brandenburg öffentlich wirksam platzen ließ, taucht das Thema immer wieder in den Medien auf – zumeist verbunden mit antimonarchistischen Begleitöfen und Empörungen über die vermeintliche „Gier“ der ehemals königlichen Familie.

Grundlage der Verhandlungen ist das 1994 verabschiedete „Gesetz über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können“ (AusglLeistG). Zu einem entscheidenden Streitpunkt wurde dabei die Frage, inwieweit Mitglieder des Hauses Hohenzollern – insbesondere Kronprinz Wilhelm – dem Nationalsozialismus „erheblichen Vorschub“ geleistet haben, da derartige Personen von den Regelungen des AusglLeistG ausgenommen sind. Damit werden freilich juristische Vermögensansprüche – zumal die einer ganzen Familie – an das moralische Verhalten einzelner Personen gekoppelt.

Moralische Aspekte sind es denn auch, die von den Gegnern einer Rückgabe, beziehungsweise Entschädigung in den Vordergrund gerückt werden. So kommen in tendenziösen Medienberichten fast ausnahmslos Historiker zu Wort, die die Rolle der Hohenzollern kritisch bewerten, zum Beispiel der Marburger Professor Eckart Conze und der in Edin-

Fakt ist, dass alle Verhandlungsparteien – mit Ausnahme der Linken – gewillt sind, die Angelegenheit außergerichtlich beizulegen. So kehrte auch die brandenburgische Landesregierung unter Führung der neuen Finanzministerin Katrin Lange (SPD) an den Verhandlungstisch zurück, um – unter anderem auf Anraten des zuständigen Verwaltungsgerichts – einen Vergleich zu verhandeln. Nicht nur dieser Umstand zeigt, dass die Hohenzollern durchaus gute Karten haben.

Ein wichtiges Pfund der Familie ist, dass sich in ihrem Eigentum noch immer zahlreiche Kunstgegenstände von unschätzbarem historischen und materiellen Wert befinden – etwa die preußischen Kronjuwelen –, die als Leihgaben in staatlichen Museen liegen und von dort im Streitfall abgezogen werden könnten.

Ein weiteres Plus auf Seiten der Hohenzollern ist ihr Verhandlungsführer Jürgen Aretz. Dieser war zu Beginn der 1990er Jahre Staatssekretär in der thüringischen Landesregierung und hat damals auf Seiten des Freistaats in aller Ruhe mit den Familien Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen-Weimar-Eisenach und Sachsen-Meiningen die offenen Vermögensfragen geklärt. Die fürstlichen Familien erhielten seinerzeit Abfindungen, die zwar nicht an den materiellen Wert ihres vormaligen Eigentums herankamen, gleichwohl die Verhandlungspartner zufrieden auseinandergelassen. Es geht also, wenn alle Beteiligten wollen ...

Fakt ist, dass alle Verhandlungsparteien gewillt sind, die Angelegenheit außergerichtlich beizulegen

burgh lehrende Stephan Malinowski. Daneben stechen die Gegner einer gütlichen Einigung immer wieder auch gezielte Indiskretionen oder gar Falschinformationen über angebliche Forderungen der einstigen Königsfamilie an die Öffentlichkeit durch. So tauchte wiederholt die Meldung auf, der Chef des Hauses Preußen, Prinz Georg Friedrich, habe gefordert, dass die Hohenzollern ein Mitspracherecht über die Inhalte künftiger Ausstellungen zu ihrer Familie bekämen.

## PORTRÄT

## Kriminelle Symbolgestalt

Die EU sei auch nicht besser als Russland. Diese Behauptung musste sich kürzlich der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell in Moskau anhören, als er die Inhaftierung des Putin-Kritikers Alexej Nawalnyj anprangern wollte und sich prompt einen Konter von Russlands Außenminister Lawrow einfiel. Mit katalanischen Separatistenführern habe man ja auch kurzen Prozess gemacht.

Der Spanier Borrell war da schon blamiert genug. Er wäre voll ins Messer gelaufen, hätte Moskau ihm noch den Fall Pablo Hasél vor Augen geführt und gezeigt, dass es mit der Meinungsfreiheit zumindest in seinem Land ebenso wenig her sei. Seit Tagen ist Spanien in Aufruhr, weil der kriminelle Rapper den in Korruptionsaffären verwickelten Alt-König Juan Carlos I. als „Parasiten“, „Mafioso“ und „Mörder“ beschimpft hat und deswegen hinter Gitter soll.

Spanien ist eines der wenigen Länder in Europa, in denen Majestätsbeleidigung bestraft wird. Während man die britische Queen ungestraft beleidigen kann, muss man allenfalls noch vor dem niederländischen Königshaus seine Zunge ebenso im Zaum halten wie etwa vor dem deutschen Bundespräsidenten, der durch ein Gesetz gegen Verunglimpfung geschützt ist.

Dass aber nun ein Hanswurst wie der katalanische Rapper Hasél die Spanier auf

brennende Barrikaden treibt, hat nicht nur mit dem Drang nach Meinungsfreiheit zu tun. Hier wird ähnlich wie im Fall von George Floyd in den USA, dessen Tod die „Black Lives Matter“-Bewegung auslöste, ein Krimineller zum Märtyrer gemacht und zur Symbolgestalt eines Befreiungskampfs erhoben.

Der 32-jährige Hasél stammt aus dem katalanischen Ort, in dem sein Vater Präsident des örtlichen Fußballklubs ist. Hasél junior geriet indes auf die schiefe Bahn, hat diverse Vorstrafen wegen Körperverletzung sowie Verherrlichung antifaschistischen Terrors in seinen Liedern. Unter anderem dafür sollte er eine neunmonatige Strafe absitzen. Seine Verhaftung dient nun als Vorwand auch vieler prominenter Unterstützer aus der Filmbranche, ihn als Vorkämpfer für die Meinungsfreiheit hinzustellen. In Moskau lacht man sich derweil sicher ins Fäustchen.  
H. Tewes



Provokateur: Pablo Hasél

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tevis; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschriß von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. **ISSN** 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

VON VEIT-MARIO THIEDE

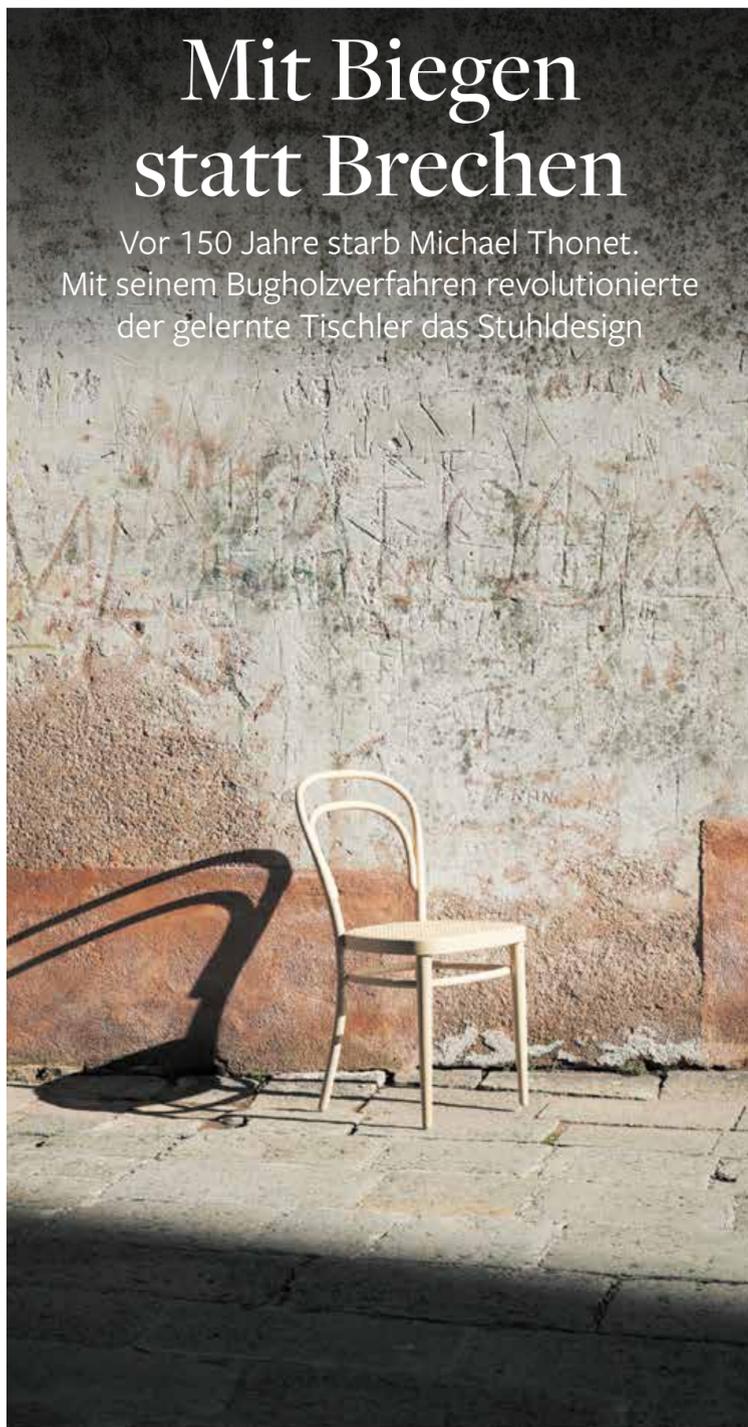
Statt wie seine Berufskollegen zu sägen, hobeln und drechseln, verlegte sich der Kunst- und Bauschreiner Michael Thonet darauf, das Holz zu biegen. Sein Einmannunternehmen baute der Erfinder der Bugholzmöbel zum weltweit agierenden Firmenimperium aus. Der am 2. Juli 1796 in Boppard am Mittelrhein als Sohn eines Gerbers und Tischlers geborene Michael Thonet starb am 3. März 1871 an den Folgen einer schweren Erkältung, die er sich auf einer Geschäftsreise in Ungarn zugezogen hatte. Bestattet ist er in der Thonetschen Familiengruft auf dem Wiener Zentralfriedhof.

Seit den 1830er Jahren experimentierte Thonet in seiner Bopparder Tischlerei mit dem Verbiegen von Holz. Er erfand ein Verfahren, mit dem man aus in Leim gekochten und in Formen gebogenen Furnierstreifen Möbel fertigen konnte. Sein erstes Erfolgsprodukt war der ziemlich verschnörkelt aussehende „Bopparder Stuhl“. Thonet stellte seine Möbel 1841 auf der Koblenzer Gewerbesmesse aus.

Dort erregten sie die Aufmerksamkeit des aus Koblenz stammenden österreichischen Staatskanzlers Clemens Fürst von Metternich. Der ermunterte Thonet, die preußische Rheinprovinz zu verlassen und sein Glück in der Hauptstadt des Habsburgerreiches zu suchen: „In Boppard werden Sie immer ein armer Mann bleiben, gehen Sie nach Wien, ich werde Sie dort bei Hofe empfehlen.“

Der von finanziellen Schwierigkeiten geplagte Thonet folgte dem Rat des Fürsten und ließ sich 1842 mit seiner Gattin Anna und den fünf Söhnen in Wien nieder. Dort erweckten seine Fähigkeiten das Interesse des Engländers Peter Hubert Desvignes, des Hausarchitekten des Fürsten Alois II. von und zu Liechtenstein. Der mit der Generalsanierung der Innenräume des Palais Liechtenstein befasste Desvignes sorgte dafür, dass Thonet und seine Söhne die dort benötigten Parkettböden sowie Stühle anfertigen durften.

Der Entwurf der Stühle, die mit ihren einfachen Rundungen schlicht und doch elegant wirken, wird Desvignes zugeschrieben. Aber erst Thonet hat diese



Zeitloser Designklassiker: Bugholzstuhl Nr. 14. Rechts: Fotografie von Thonet, aufgenommen etwa ein Jahr vor seinem Tod  
Fotos (2): Hartmut Naegele; pa

## Mit Biegen statt Brechen

Vor 150 Jahre starb Michael Thonet. Mit seinem Bugholzverfahren revolutionierte der gelernte Tischler das Stuhl-Design

Rundungen mit seiner technischen Erfindung des schichtverleimten und gebogenen Holzes möglich gemacht.

Sebastian Jacobi schreibt in seinem Katalogaufsatz der aktuell unterbrochenen Münchener Ausstellung „Thonet & Design“: Desvignes war „der Ideengeber für die formale Entwicklung der Thonetschen Möbelproduktion. Dies ist ein Umstand, der angesichts des anschließenden Weltruhms der Gebrüder Thonet und deren geschickter Lobbyarbeit in Vergessenheit geraten ist.“

Die in der Pinakothek der Moderne nach dem Lockdown fortgesetzte Schau präsentiert die Thonetschen Pionierleistungen auf dem Gebiet der Bugholzmöbel sowie der in den 1920er Jahren ins Programm genommenen Stahlrohrmöbel und endet mit Beispielen aus unseren Tagen. In das Familienunternehmen, dessen Stammsitz heute im hessischen Frankenberg beheimatet ist, ist inzwischen die sechste Generation der Thonets eingetreten.

Für den rasanten Aufstieg seiner 1849 in Wien gegründeten Firma sorgte Thonet zusammen mit seinen Söhnen Franz, August, Michael, Josef und Jacob. Dem Familienunternehmen gab der Vater 1853 den Namen „Gebrüder Thonet“. Seine Söhne waren die Gesellschafter, er aber hatte das letzte Wort.

Nach langen Experimenten gelang es ihm 1856, massive Hölzer zu biegen. Dabei werden abgerundete Buchenstäbe in Öfen für einige Stunden Wasserdampf ausgesetzt. Danach erhält die beim Biegen außen liegende Seite einen Blechstreifen, der das Aufsplintern des Holzes verhindert. Anschließend bekommen die in eiserne Biegeformen gespannten Hölzer die geplante Form.

Die Erfindung dieser Bugholztechnik zog die starke Expansion des Familienunternehmens nach sich. Auf die im mährischen Koritschan 1857 eröffnete Fabrik folgten weitere in Ost- und Mitteleuropa, unter denen die 1889 in Frankenberg er-

öffnete die jüngste ist. Noch zu Michael Thonets Lebzeiten gründete die Familie Verkaufshäuser in Amsterdam, Budapest, Berlin, Hamburg, London, Paris und weiteren Großstädten. Die Thonets bewarben ihre Bugholzmöbel auf Plakaten, in Musterkatalogen und auf Ausstellungen. Auf der Pariser Weltausstellung von 1867 erzielte der Stuhl Nr. 14 die Goldmedaille.

Zwar brachten Thonet und seine fünf Söhne ein vielfältiges Sortiment von Stühlen mit und ohne Armlehne, Schaukelstühlen, Sitzbänken und anderen Möbelstücken hervor, unter denen sich etliche Verkaufsschlager befinden. Aber der Stuhl Nr. 14 ragt heraus. Er wird, da dort weit verbreitet, gern als „Wiener Kaffeehausstuhl“ bezeichnet. Da er preiswert und damit für eine breite Käuferschaft erschwinglich war, hieß er zeitweise „Konsumstuhl Nr. 14“.

Der noch heute unter der Produktbezeichnung „214“ hergestellte Stuhl besteht aus sechs Einzelteilen, die miteinander verschraubt werden.

Thonet konstruierte eine Transportkiste von einem Kubikmeter Fassungsvermögen. In ihr ließen sich die Einzelteile für 36 Stühle Nr. 14 verstauen und so platzsparend wie kostengünstig in alle Welt exportieren. Mit seiner schlicht gerundeten Rückenlehne und dem sparsamen Materialeinsatz stieg er zum Designklassiker und zur meistverkauften Sitzgelegenheit der Welt auf. Bis 1930 verkaufte Thonet 50 Millionen Exemplare – und gab danach das Zählen auf.

● **Thonet & Design** Die bereits im Mai 2019 eröffnete Sonderausstellung in der Münchener Pinakothek der Moderne soll nach dem Lockdown bis zum 6. Juni fortgesetzt werden. Internet: [www.pinakothek-der-moderne.de/ausstellungen/thonet-und-design](http://www.pinakothek-der-moderne.de/ausstellungen/thonet-und-design). Dauerausstellungen: Thonet-Museum, Michael-Thonet-Straße 1, 35066 Frankenberg, Internet: [www.thonet.de](http://www.thonet.de). Museum in der Kurfürstlichen Burg Boppard, Burgplatz 2, 56154 Boppard am Rhein, Internet: [www.museum-boppard.de](http://www.museum-boppard.de)



## UNIVERSITÄTEN

### Schneeflocken decken Redefreiheit zu

An den Hochschulen formieren sich Bündnisse für die akademische Freiheit – England hat die Nase vorn

Ist die Meinungsfreiheit an den Universitäten in Gefahr? Man muss es fast befürchten, denn sonst hätte sich kürzlich wohl gar nicht erst das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ gebildet, in dem sich 70 renommierte Akademiker wie die Historiker Jörg Baberowski und Andreas Rödder für den Erhalt der freien Rede einsetzen (die PAZ berichtete).

Der linke Mainstream erzeugt laut der Initiatorin und Migrationsforscherin Sandra Kostner einen „Konformitätsdruck“, welcher die Freiheit von Forschung und Lehre einschränkt. Druck wird vor allem von einer linken Minderheit der Studentenschaft ausgeübt, die aber dank der politischen Umstände im Land über äußerst viel Einfluss verfügt. Im Kampf gegen den „strukturellen Rassismus“ an den Unis sorgten sie in Frankfurt am Main für Schlägereien bei einer Kopftuch-Konferenz; in Hamburg konnte der AfD-Gründer und Volkswirtschaftsprofessor Bernd Lucke nach seinem Ausscheiden aus der Partei nur unter Polizeischutz seine Vorlesungen halten; und an der Berliner Humboldt-Universität scheiterte Babe-

rowski, der seit Jahren von einer sektenhaften Studentengruppe wegen angeblicher rechtsradikaler Äußerungen regelrecht gemobbt wird, mit seinem geplanten interdisziplinären Zentrum für Diktaturforschung am Widerstand der Studentenvertreter im Akademischen Senat.

Das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ steht nicht allein da. Bereits seit einem Jahr gibt es in England die „Free Speech Union“, die sich für den Erhalt der freien Rede einsetzt. Sie ist gerade jüngst wieder tätig geworden in einem Fall an der Eliteuniversität Oxford. Am dortigen Somerville College hat die Rektorin und Labourpolitikerin Baronin Janet Anne Royall ihre Studenten zu einer Online-Schulung gegen unbewusste Vorurteile verpflichtet, dessen Test sie zu 100 Prozent bestehen müssen. Es gebe, sagt sie, Beweise dafür, „dass eine Anzahl systematischer Missstände in unserer Gesellschaft, wie institutioneller Rassismus, Homophobie, Transphobie zumindest teilweise aus individuellen, unbewussten Vorurteilen erwachsen, die wir alle haben“. Wer nur eine Testfrage falsch beantwortet,

muss sich einer Belehrung unterziehen. Als Gehirnwäsche renitenter Studenten könnte man das auch bezeichnen.

#### Die „Generation Snowflake“

Der Fall steht beispielhaft für das, was an vielen Lehranstalten zu beobachten ist, seitdem die „Generation Snowflake“ in Schulen und Universitäten eingetreten ist. Dabei handelt es sich um die Mitte der 1990er Jahre geborene Generation, die durch ihre „Wokeness“, also „Wachheit“ in Bezug auf Alltagsrassismus und Sexismus, derart empfindlich und verletzlich auf Vorurteile und Diskriminierungen reagiert, dass sie wie eine zarte Schneeflocke (Snowflake) schmilzt.

Den fehlenden Schutzschild gegen seelische Einschläge und das Null-Toleranz-Verhalten wurden zuletzt beflügelt durch die „MeeToo“- und die „Black Lives Matter“-Bewegung sowie die Denkmalstürze von sogenannten kolonialen Unterdrückern. Weil gerade im letzteren Fall die Geschichtsschreibung auf den Kopf gestellt wird, ist auch hier die Wissenschaftsfreiheit in Bedrängnis geraten.

Die britische Regierung will nun gegen diese „Zensur und Knebelung“ auf dem Campus reagieren und hat Maßnahmen zur Stärkung der Freiheit der Forschung angekündigt. So soll bei Verstößen gegen die akademische Freiheit ein „Streiter für Meinungsfreiheit“ eingeschaltet werden, der dann auch Bußgelder empfehlen kann. Wer sich an der Uni in seiner Redefreiheit eingeschränkt fühlt, soll außerdem auf Schadenersatz klagen können.

In Deutschland ist man von ähnlichen Maßnahmen gegenwärtig noch Lichtjahre entfernt. Was geschehen kann, wenn man den linken Mainstream ungehindert gewähren lässt, zeigt das Beispiel Frankreich, wo sich an den Eliteschulen über Jahrzehnte ein solches linksintellektuelles Biotop entwickelt hat, dass man gegen sexuellen Missbrauch anredet, es aber selbst praktiziert. Die Autorin Camille Kouchner hat dieses jüngst in ihrem Buch „La Familia Grande“ am Beispiel ihres Stiefvaters, des Sozialwissenschaftlers und Politikers Olivier Duhamel, thematisiert, der daraufhin von allen öffentlichen Funktionen zurücktrat. Harald Tews

## TV-SERIE

### Die neue Christiane F.

Ende der 1970er Jahre erschütterte das wahre Drogenschicksal der Christiane F. die Republik. In dem vom „Stern“ herausgegebenen Bestseller „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ wurde am Beispiel der jungen Berlinerin erstmals in schonungsloser Offenheit die Drogenproblematik Jugendlicher, das Abgleiten in die Prostitution und die kriminelle Beschaffungspraxis geschildert. Auf das Buch folgte 1981 das Filmdrama „Christiane F. – Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“, das im Kino zum Kassenschlager wurde. 40 Jahre danach ist das Drogendrama in Serie gegangen. Der Streaming-Dienst Netflix bietet aktuell acht Episoden von „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“, in denen die österreichisch-australische Schauspielerin Jana McKinnon eine an die 2020er Jahre angepasste Christiane F. spielt. Film-Streams via Internet über Netflix, Amazon Prime, Joyn oder Disney erfreuen sich zunehmender Beliebtheit und locken junge Leute von Fernsehen oder Kino weg. Ein Monatsabo kostet zwischen fünf und zwölf Euro. tws

## BUFFALO BILL

## „Der Amerikaner schlechthin“

Wohl keine andere real existierende Person verkörpert so sehr das Klischee des weißen Mannes im Wilden Westen wie er. Diesen Nimbus hat sich Buffalo Bill als ein Profi des Showbusiness systematisch erarbeitet.



Vor 175 Jahren geboren: Buffalo Bill

Aus heutiger Sicht eher in der Mitte denn im Westen der USA ist Buffalo Bill am 26. Februar 1846 geboren. Er kam auf einer Farm unweit von Le Claire an der Ostgrenze des Bundesstaates Iowa zur Welt. Buffalo Bill trug nicht von Beginn an diesen Namen. Vielmehr hieß er bürgerlich William Frederick Cody.

1857 starb sein Vater. Als ältester Sohn musste er nun für die vielköpfige Familie sorgen. Er beteiligte sich an der Eroberung und Besiedlung des Westens unter anderem als Zugführer, Postreiter und Kutscher. Schließlich fand er zum Militär und arbeitete für die Union als Scout (Kundschafter) in deren Kriegen gegen die Südstaaten und die Indianer.

Seinen Namen erhielt Buffalo Bill als Folge seiner Tätigkeit für die Kansas Pacific Railway 1867/68. Für deren Arbeiter besorgte er Fleisch, indem er Tausende Bisons erlegte. Mehr als 4000 Büffel sollen es gewesen sein.

Als folgenreich erwies sich dann im Jahre 1869 eine Begegnung Buffalo Bills mit Ned Buntline, der ihn für das Showbusiness gewann. Der in New York geborene Journalist und zeitweise reichste Schriftsteller Amerikas schrieb über Buffalo Bill sehr erfolgreiche Groschenromane und mit „Scouts der Prärie“ ein Theaterstück, das ebenfalls ein Erfolg wurde und in dem Buffalo Bill selbst auftrat.

1873 trennte sich Buffalo Bill von Buntline und machte sich mit einer eigenen Truppe selbstständig, der Buffalo Bill Combination. Anfänglich spielte Buffalo Bill wie zu den Zeiten der Zusammenarbeit mit Buntline Theater. Schließlich entwickelte sich daraus jedoch eine ganze Show. Mit „Buffalo Bill's Wild West“ tourte er ausgesprochen erfolgreich um die Welt. Neben Reitern, Pferden, Büffeln und Kunstschützen waren dabei auch Indianer zu sehen. Für Gastauftritte gewann er Indianerlegenden wie Sitting Bull. Besonders beliebt beim Publikum waren die Darstellungen von Kämpfen zwischen Cowboys und Indianern.

Am 10. Januar 1917 starb Buffalo Bill von Weißen wie Indianern verehrt in Denver an Nierenversagen. Die Sioux trauerten um „einen guten und treuen Freund“, der vormalige US-Präsident Theodore Roosevelt um „den Amerikaner schlechthin“.

Manuel Ruoff

## SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT

## Ein Leben als Europäer ohne Eurokraten

Viele sorgen sich um Englands Zukunft nach dem Brexit. Aus der Schweiz liegen bereits jahrzehntelange Erfahrungen mit einem Leben außerhalb der EU vor. Vor 20 Jahren durften die Eidgenossen über die Mitgliedschaft abstimmen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Schweiz ist wie der bundesdeutsche Nachbar ein dichtbesiedelter, föderalistisch strukturierter, hochentwickelter Industriestaat im Zentrum Europas mit einer mehrheitlich deutschsprachigen Bevölkerung. Allerdings ist die Eidgenossenschaft keine indirekte Demokratie wie die Bundesrepublik, sondern eine direkte, in der das Volk nicht nur in Ausnahmefällen über Sachfragen abstimmen darf. So wurden die Schweizer im Gegensatz zu den Bundesbürgern auch gefragt, ob sie der EU angehören wollen. Konkret lautete die diesbezügliche Frage, über welche die Schweizer am 4. März 2001 abstimmen durften:

„Wollen Sie die Volksinitiative ‚Ja zu Europa!‘ annehmen? ... Die 1996 eingereichte Initiative verlangt, dass die Schweiz sich am europäischen Integrationsprozess beteiligt und zu diesem Zweck den Beitritt zur EU anstrebt. Der Bundesrat solle unverzüglich Beitrittsverhandlungen aufnehmen. In diesen Verhandlungen und bei den Anpassungen des schweizerischen Rechts sei darauf zu achten, dass die demokratischen und föderalistischen Grundwerte sowie die sozialen und ökologischen Errungenschaften der Schweiz gewahrt bleiben. Auch seien die Zuständigkeiten der Kantone zu berücksichtigen und ihre Interessen zu wahren.“

Zur Begründung dieses Antrags machte das Initiativkomitee um Nationalrat Marc F. Suter von der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs) geltend, die Eidgenossenschaft sei faktisch permanent gezwungen, Beschlüsse der Europäischen Union zu übernehmen und umzusetzen, ohne an der Entscheidungsfindung mitwirken zu können. Ein Beitritt zur EU würde also die Souveränität der Schweiz stärken. Außerdem stehe das Land „in der Welt zunehmend isoliert ... und damit erpressbar“ da. Als EU-Mitglied wäre die Alpenrepublik hingegen „stärker als alleine“.

**Kohäsions- statt EU-Mitgliedsbeitrag**

Die Initiative war 1995 ins Leben gerufen worden, nachdem die Schweizer den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum 1992 mit 50,3 Prozent abgelehnt hatten und der Bundesrat, die Regierung in Bern, daraufhin entschieden hatte, das kurz zuvor gestellte Beitrittsgesuch an die EU für unbestimmte Zeit auf Eis zu legen.

Der Bundesrat lehnte eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz nicht grundsätzlich ab, aber ihm missfiel das Prozedere. Gerne hätte die Regierung mit der EU ergebnisoffen und ohne Zeitdruck verhandelt, um dann ein mögliches Verhandlungsergebnis dem Volk oder dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen. Sie lehnte es aber ab, dass ihre Verhandlungsposition gegenüber der EU durch ein vorgezogenes Votum des Volkes für die un-

verzügliche Aufnahme von Verhandlungen, die den Beitritt zur EU anstreben, geschwächt werden sollte.

Zudem negiere die Initiative, so der Bundesrat, die verfassungsmäßige Kompetenzverteilung, gemäß der die Regierung entscheide, ob und wann die Alpenrepublik in außenpolitische Verhandlungen eintrete, und erst danach das Volk oder das Parlament die getroffenen Abmachungen entweder bestätigen oder ablehnen würden. Deshalb empfahl die Regierung den Bürgern vor dem Referendum, mit „nein“ zu stimmen. Dem schlossen sich die beiden Kammern der Bundesversammlung an. Der Nationalrat traf einen entsprechenden Beschluss mit 94 zu 69, der Ständerat mit 33 zu 6 Stimmen.

Das Volk dachte in der Frage ähnlich wie Regierung und Parlament. Am 4. März 2001 stimmten nur 597.217 Schweizer mit „ja“, während 1.982.549 mit „nein“ votierten. Mit einer satten Dreiviertelmehrheit von 76,8 Prozent Gegenstimmen hatte das Volk der Initiative eine Abfuhr erteilt.

Während die Regierung in Bern ungeachtet des Abstimmungsergebnisses an ihrem Fernziel eines EU-Beitritts festhalten wollte, zeigten die Meinungsumfragen, dass die meisten Schweizer nicht nur mit dem vom Bundesrat kritisierten Prozedere haderten, sondern sich mit ihrer Nein-Stimme generell gegen eine EU-Mitgliedschaft aussprechen wollten. Sie wussten um die hohen Nettozahlungen an Brüssel

und den Verlust der Neutralität ihres Landes, die ihnen dann drohten. Daran hat sich bis zum heutigen Tag nichts geändert. Abgesehen von der Annahme einzelner EU-Bestimmungen wie der EU-Waffenrichtlinie und internationaler Übereinkünfte wie das Schengener Abkommen fand keine weitere Annäherung der Schweiz an die EU statt.

**Mitglied der Schengen-Gemeinschaft**

Wie den Briten der Brexit bekommen wird, wissen wir noch nicht. Den Schweizern jedenfalls hat ihre Unabhängigkeit von Brüssel bislang nicht geschadet. Eher ist das Gegenteil der Fall. Auch als Nichtmitglied konnte sich die Schweiz mittels diverser sektorieller Abkommen – mittlerweile sind das schon weit über hundert – einen diskriminierungsfreien Zugang zum EU-Binnenmarkt si-

**Abstimmung über „Ja zu Europa!“**

76,8 %

Nein-Stimmen, in absoluten Zahlen: 1.982.549

23,2 %

Ja-Stimmen, in absoluten Zahlen: 597.217

55,8 %

Abstimmungsbeteiligung, in absoluten Zahlen: 2.616.119



Am 4. März 2001: Nationalrat Marc F. Suter, Copräsident des Komitees „Ja zu Europa!“, sucht am Abstimmungsontag in einem Restaurant in Bern Begründungen für das magere Abschneiden der Volksinitiative in der Volksabstimmung

Foto: pa

chern. Zwar hat die Eidgenossenschaft kein formelles Mitscheidungsrecht, wenn es um die Erarbeitung neuer EU-Rechtsakte geht, aber sie besitzt immerhin ein weitgehendes Mitspracherecht. Und das alles zu einem im Vergleich zu einer Mitgliedschaft sehr günstigen einmaligen „Kohäsionsbeitrag“ von einer Milliarde Franken.

Bei dem Votum der Briten für den Brexit spielte außer den hohen Nettobeiträgen jedes Jahr auch die Sorge eine Rolle, dass Großbritannien als EU-Mitglied in Mitleidenschaft gezogen werden könnte durch die Politik der Masseneinwanderung und der „Willkommenskultur“ des von Angela Merkel regierten EU-Mitgliedes Deutschland. Allerdings hat den Schweizern diesbezüglich die Nicht-Mitgliedschaft ihres Landes in der EU offenkundig wenig gebracht. Denn auch so scheint es viel Grund zur Unzufriedenheit mit der Asylpolitik zu geben. Eine satte Mehrheit von 62 Prozent der Schweizer ist unzufrieden. Viele Eidgenossen würden es begrüßen, wenn ihr Land weniger offen für „Schutzsuchende“ dastünde. Und tatsächlich leben in der Eidgenossenschaft noch mehr anerkannte Flüchtlinge in Relation zur autochthonen Bevölkerung als im EU-Durchschnitt.

Wie in der Asyl- scheint auch in der Corona-Politik kein wesentlicher Unterschied zwischen der Schweiz und der EU zu bestehen. Wie in den meisten EU-Mitgliedsstaaten hat auch in der Eidgenossenschaft die Regierung im Zuge der Corona-Pandemie die verfassungsmäßigen Grundrechte der Bürger massiv eingeschränkt. Erschwerend kommt in der Schweiz hinzu, dass sie kein Verfassungsgericht besitzt und die Exekutive somit keiner Kontrolle unterliegt. Darüber hinaus bleibt der traditionelle Föderalismus immer stärker auf der Strecke.

Außerdem haperte es mit der Entwicklung eines Impfstoffes gegen das Coronavirus, und das, obwohl in der Alpenrepublik mehrere große Pharmakonzerne angesiedelt sind. Nun wartet die Schweiz Impfstofflieferungen aus dem Ausland ab. Und die treffen nur schleppend ein.

VON HEIDRUN BUDDE

**T**ätowierungen waren in der DDR verpönt. Tattoo-Studios gab es nicht. Laien nahmen sie mit primitiven Mitteln im Verborgenen vor. Vorsicht war geboten bei politischen Motiven und Aussagen, weil diese strafrechtliche Konsequenzen haben konnten.

Eine willkürliche „Begutachtung“ von Tattoos gab es insbesondere im Strafvollzug. Bei der Gefängnisaufnahme hatte das Personal im Zuge der körperlichen Durchsichtung sehr genau auf sogenannte extreme Tätowierungen zu achten, die sich in irgendeiner Art und Weise gegen den SED-Staat richteten. Die begangene Straftat, die zum Freiheitsentzug führte, war dabei völlig unwichtig (interne Ordnung Nr. 107/77 Teil A über die Durchführung des Vollzuges der Strafen mit Freiheitsentzug des Ministers des Innern Friedrich Dickel vom 7. April 1977). In der Anlage 8 dieser Ordnung ist zu lesen:

„Als extreme Tätowierungen sind insbesondere solche Tätowierungen zu werten, durch deren Inhalt die staatliche Ordnung oder staatliche Organe, Einrichtungen bzw. gesellschaftliche Ordnungen oder deren Tätigkeit bzw. Maßnahmen herabgewürdigt werden, die staatliche oder öffentliche Ordnung beeinträchtigt, das sozialistische Zusammenleben gestört oder die staatliche oder gesellschaftliche Ordnung verächtlich gemacht wird, die staatliche Tätigkeit beeinträchtigt wird, indem durch sie in einer die öffentliche Ordnung gefährdenden Weise eine Mißachtung der Gesetze bekundet wird.“

Für jeden Strafgefangenen war ein „Tätowierbogen“ (SV 19) anzulegen, und die festgestellten Tattoos mussten fotografisch gesichert werden. Der Leiter der Strafvollzugseinrichtung hatte danach die „Beweggründe, das Ziel und den Zeitpunkt des Anbringens derartiger Tätowierungen, deren ideologischen Gehalt, die gegenwärtige Stellungnahme des Strafgefangenen dazu im Zusammenhang vor allem mit erfaßten weltanschaulich-politischen Einstellungen und ihrem Gesamtverhalten sowie die vorhandene Bereitschaft zur Detätowierung einzuschätzen“.

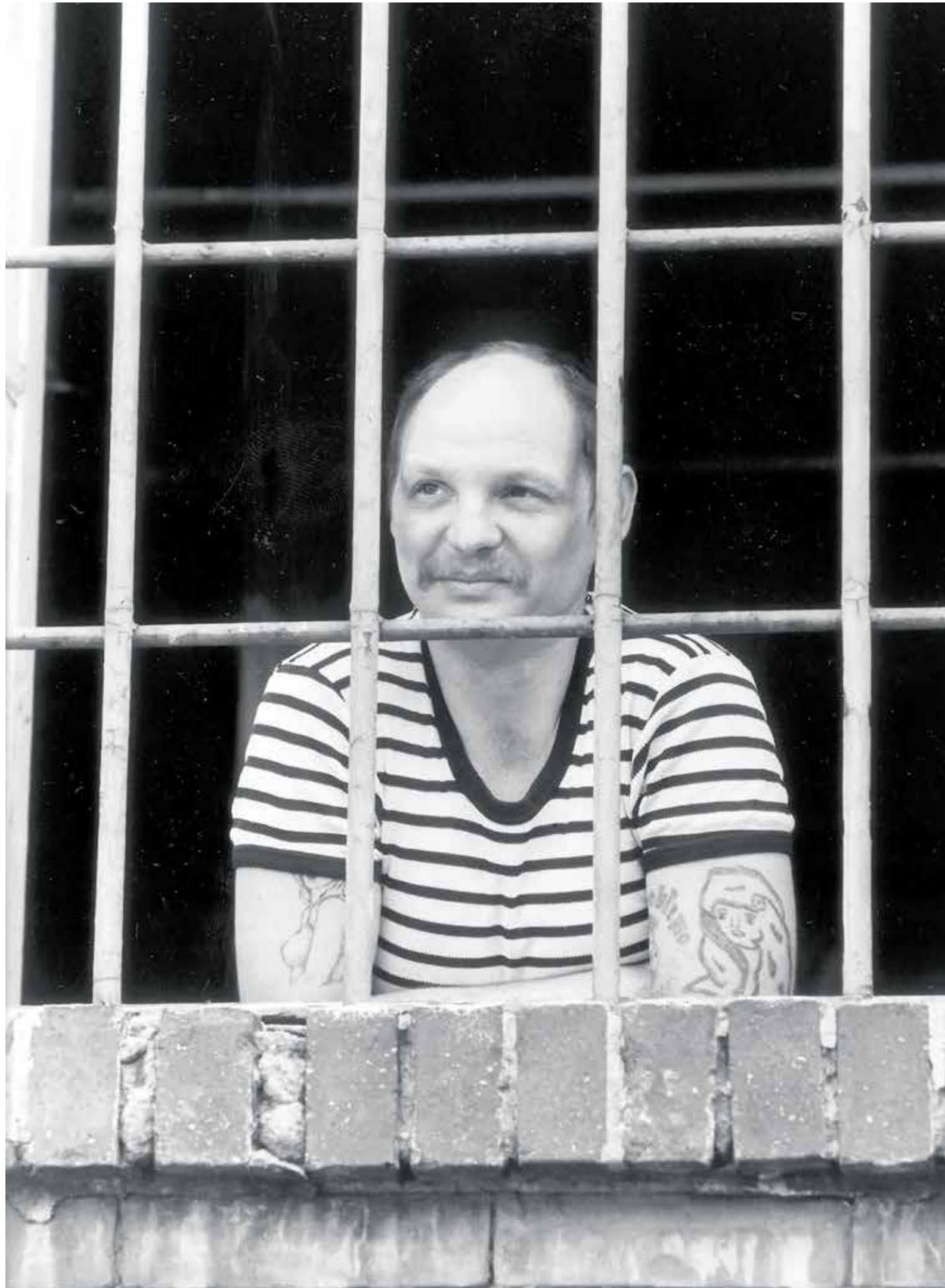
#### Willkürliche „Begutachtungen“

Solche Schriftzüge wie beispielsweise „Belogen betrogen zum Hass erzogen!“ waren in den Augen der Kontrolleure extreme Tätowierungen, „an deren Entfernung ein staatliches Interesse“ bestand. Besonders politische Gefangene, die ihre Ablehnung zum SED-Staat über ein Tattoo zum Ausdruck brachten, wurden durch diese internen Vorgaben unter Druck gesetzt, denn laut Anweisung des Innenministers war durch eine „differenzierte erzieherische Einflußnahme“ die Zustimmung zur Entfernung der Tätowierungen zu erreichen.

Hervorzuheben ist, dass der Strafgefangene dieser willkürlichen Einordnung seiner Tätowierungen schutzlos ausgeliefert war und er keinerlei Möglichkeiten hatte, sich juristisch dagegen zu wehren. Wurde eine Entfernung verweigert, so hatte das drastische Konsequenzen: „Strafgefangene, die zur vollständigen oder teilweisen Entfernung extremer Tätowierungen kein Einverständnis geben, sind von der Antragstellung zur Strafaussetzung auf Bewährung grundsätzlich auszuschließen.“

Das war eine erpresserische Willkür, denn gemäß den strafrechtlichen und strafprozessrechtlichen Vorschriften hatte allein das Gericht zu prüfen und zu entscheiden, ob eine Aussetzung der Freiheitsstrafe erfolgen konnte. Dabei waren die Umstände der Straftat, die Persönlichkeit des Verurteilten sowie seine positive Entwicklung, insbesondere seine Arbeitsleistungen zu berücksichtigen. Es war zu prüfen, ob der Zweck der Freiheitsstrafe erreicht wurde, der sich auf die zur Verurteilung geführte Straftat bezog.

Der Innenminister hatte gar nicht die Kompetenz über eine Strafaussetzung auf



Menschen wie er standen unter besonderer Beobachtung durch die Obrigkeit: Tätowierter DDR-Häftling

Foto: Ullstein

DDR

## Das SED-Regime zensierte sogar Tätowierungen

Wer hinter Gefängnismauern verschwand, hatte noch weniger Verfügungsgewalt über seine Haut

Bewahrung zu befinden und diese Prüfung so rigoros zu untersagen. Das war Machtmissbrauch. Auch die willkürliche Einordnung von Tätowierungen nach dem „ideologischen Gehalt“ und dem „staatlichen Interesse“ an einer Entfernung war ungesetzlich.

Nur im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens war darüber zu entscheiden, ob Tätowierungen einen strafrechtlichen Tatbestand wie beispielsweise „Staatsfeindliche Hetze“ erfüllen konnten. Der Innenminister nutzte die Zwangslage der Strafgefangenen skrupellos für eine politische Gesinnungsprüfung außerhalb der Rechtsordnung aus.

Nach der erzwungenen Entfernung der Tattoos, die nach Zeitzeugenberichten ohne Betäubung im Haftkrankenhaus Meusdorf „rausgeschliffen“ wurden, musste der Strafgefangene mit ständig wiederkehrenden demütigenden körperlichen Kontrollen rechnen. In der internen Vorschrift ist zu lesen:

„Die Einhaltung des Verbots des Tätowierens ist streng zu überwachen. Dies hat besonders zu geschehen durch zielgerichtete unregelmäßige Kontrollen der Strafgefangenen sowie der Verwahr- und Arbeitsbereiche. Die durchzuführenden körperlichen Kontrollen der Strafgefangenen haben in mindestens dreimonatigen Abständen zu erfolgen.“

Strafgefangene, die sich selbst oder andere tätowieren, sich tätowieren lassen bzw. andere dazu anstiften oder in irgendeiner Form unterstützen, sind in jedem Fall disziplinarisch zur Verantwortung zu ziehen.“

#### „Rauschleifen“ ohne Betäubung

Die politische Willensäußerung der Bürger über eine Tätowierung führte beim Innenminister zu heftigen Reaktionen. Verbote, willkürliche „Begutachtungen“, das Erzwingen von Entfernungen und drastische Kontrollen zur Verhinderung von Tätowierungen dienten dem Zweck,

den unbedingten politischen Gehorsam der DDR-Bewohner zu erreichen.

Für Ausländer gab es in der internen Vorschrift diese Regelung: „Bei Strafgefangenen, die nicht Staatsbürger der DDR sind, entscheidet der Leiter der Strafvollzugseinrichtung bzw. des Jugendhauses über die Detätowierung, wenn der Strafgefangene ausdrücklich schriftlich um die Entfernung einer Tätowierung ersucht.“

Diese wesentliche Schlechterstellung der DDR-Bewohner konterkarierte den Gleichbehandlungsgrundsatz gemäß Paragraph 3 Absatz 3 des Strafvollzugsgesetzes: „Kein Strafgefangener darf wegen seiner Nationalität oder Staatsbürgerschaft, seiner Rasse, seines Geschlechts, seines weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnisses oder wegen seiner sozialen Herkunft und Stellung benachteiligt werden.“

Gesetzliche Regelungen waren nur Lippenbekenntnisse. Intern zeigt sich heute ein ganz anderer politischer Wille, der allerdings nie öffentlich gemacht wurde.

ALBRECHT VON STOSCH

## Erster Chef der Kaiserlichen Admiralität

Das kleindeutsche Kaiserreich hat keine eigene Armee gehabt. Seine Streitmacht setzte sich vielmehr aus den Streitkräften der Einzelstaaten zusammen. Das war bei der Marine anders. So wie zuvor schon der Norddeutsche Bund hatte auch das Reich eine eigene Kriegsmarine. Diese stand anfänglich klar in der Kontinuität der preußischen, denn von allen Mitgliedsstaaten des Norddeutschen Bundes und des Kaiserreiches hatte vorher nur Preußen eine besessen. So waren für die Seestreitkräfte des Norddeutschen Bundes und des Kaiserreiches anfänglich auch preußische Stellen verantwortlich.

Das änderte sich am 1. Januar 1872 mit der Kaiserlichen Admiralität. Hierbei handelte es sich nicht um eine preußische, sondern um eine Reichsbehörde, die sowohl die Verwaltung der kaiserlichen Seestreitkräfte unter der Verantwortung des Reichskanzlers als auch den Oberbefehl nach den Anordnungen des Kaisers führen sollte.

Es ist bezeichnend für die Tradition Preußens als Landmacht, dass an ihre Spitze mit Albrecht von Stosch nicht etwa ein Admiral, sondern ein General berufen wurde. Bemerkenswert ist auch, dass mit der Berufung an die Spitze einer Reichsbehörde die Ernennung zu einem preußischen Staatsminister ohne Geschäftsbereich einherging. 1875 wurde Stosch dann nicht nur zum General befördert, sondern erhielt mit der Ernennung zum Admiral auch den vergleichbaren Marinerang.

Stosch war zuvor Stabschef der Besatzungsarmee in Frankreich gewesen. Der am 20. April 1818 in Koblenz geborene Preuße hatte umfangreiche Erfahrungen in Stabsarbeit und Verwaltung. Im Deutschen Krieg hatte er als deren Oberquartiermeister in der 2. Armee des Kronprinzen Friedrich Wilhelm gedient, mit dem ihm eine Freundschaft verband. In den Friedensjahren zwischen dem zweiten und dem dritten Einigungskrieg hatte er im Kriegsministerium als Direktor des Militärökonomie-Departements gearbeitet.

Der gebildete Altliberale schuf als Chef der Admiralität diverse wissenschaftliche Einrichtungen, so die Seewarte, das Hydrographische Amt und die Marineakademie. Er versuchte aber auch, die von der preußischen Armee



Vor 125 Jahren gestorben: Albrecht von Stosch

Foto: Wikimedia

gewohnte straffe Disziplin in den Seestreitkräften einzuführen. Damit machte er sich in der Flotte nicht nur Freunde. Außerhalb der Flotte brachte ihn sein Liberalismus in Konflikt mit dem Regierungschef Otto von Bismarck. 1883 erhielt er auf sein Gesuch den Abschied. Am 29. Februar 1896 ist er in Mittelheim in Rheingau, wo er ein Weingut besaß, gestorben. M. Ruoff

VON DIRK PELSTER

Nun soll es also feststehen: Sogenannte „Corona-Leugner“ verhalten sich nicht nur unverantwortlich, weil sie die Infektionsschutzmaßnahmen der Regierung infrage stellen, eine Studie will auch herausgefunden haben, dass die Regierungskritiker das Coronavirus bei ihren Veranstaltungen selbst massiv verbreitet haben. Allein zwei Demonstrationen in Leipzig und Berlin im November des vergangenen Jahres sollen danach für zehntausende Neuinfektionen verantwortlich sein.

Im etablierten Medienbetrieb herrschte eitel Freude, als Anfang Februar das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) gemeinsam mit der Berliner Humboldt-Universität eine Studie veröffentlichte, wonach zwei junge Wirtschaftswissenschaftler zu dem Ergebnis gekommen sind, dass die Demonstrationen von Kritikern der aktuellen Infektionsschutzmaßnahmen wahre „Superspreader-Events“ seien. Das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), an dem mittelbar auch die SPD größere Anteile hält, jubilierte gar, dass nunmehr „wissenschaftlich untermauert“ sei, was in der Medienberichterstattung bislang einfach immer nur behauptet wurde.

Wirft man einen Blick in das vorliegende Papier, stellt sich indes der Eindruck ein, es diene vor allem dazu, der Stigmatisierung und politischen Bekämpfung von Kritikern der laufenden Infektionsschutzmaßnahmen eine Art wissenschaftliche Legitimierung zu verleihen. So geben die Autoren zu Beginn zunächst einen Abriss über das Infektionsgeschehen des vergangenen Jahres und befassen sich dann näher mit sozialen und politischen Gruppen in Deutschland, die den zunehmend restriktiver gewordenen Regierungsmaßnahmen skeptisch gegenüberstehen.

#### Kritiker pauschal abgewertet

Auffallend ist dabei bereits die einseitige und fast schon verleumderische Etikettierung dieser Kritiker. Neu ist, dass die Verfasser neben Rechtsradikalen, Reichsbürgern, Esoterikern und Verschwörungstheoretikern jetzt auch Monarchisten zu den „Corona-Leugnern“ zählen. Implizit unterstellt wird dabei, dass alle Skeptiker bereits die Existenz des Coronavirus bestreiten, was tatsächlich nur für einen sehr kleinen Teil dieses Personenkreises zutreffen dürfte.

Abenteuerlich wird dann das Forschungsdesign, mit dem die Autoren belegen wollen, dass zwei im November 2020 in Berlin und Leipzig stattgefundene Demonstrationen der Initiative „Querdenken“ zu Masseninfektionen in den Landkreisen geführt hätten, in denen während der sogenannten „Zweiten Welle“ besonders viele Positiv-Testungen auf



Objekt des Verdachts: Lockdown-Kritiker in Dresden im vergangenen Dezember

Foto: imago images/lausitznews.de

#### PANDEMIE

## Waren „Querdenken“-Demos schuld an Corona-Ausbrüchen?

Forscher wollten beweisen, dass die Kundgebungen der Lockdown-Kritiker zu „Superstreuern“ wurden. Doch ihre Beweisführung entpuppt sich als äußerst dürftig

das Coronavirus festgestellt wurden. Diese liegen im Wesentlichen in einem Gürtel, der sich vom nördlichen Franken nach Osten bis in die Bundesländer Thüringen und Sachsen zieht.

Nach Auffassung der Forscher handelt es sich bei diesen Regionen um Hochburgen der „Corona-Leugner“, wofür als Beleg Wahlergebnisse der AfD und eine geringe Impfquote bei Masern herangezogen wird. Diese Annahmen sind bereits recht fragwürdig, denn hier wurden Resultate der Europawahl 2019 verwendet, die weit vor dem Auftreten des Virus stattgefunden haben, und die Impfquote bei Masern liegt allein in Sachsen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, was dadurch zu erklären ist, dass die dortigen Behörden sich nicht an den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission orientieren. Hier könnte man also allenfalls von staatlicher Nachlässigkeit, nicht aber von einer erhöhten Impfkritik innerhalb der Bevölkerung sprechen.

Kernstück der Beweisführung sind jedoch herangezogene Daten der regie-

rungskritischen Initiative „Honk for hope“. Diese wird überwiegend von kleinen Reisebusunternehmen getragen, deren Geschäftsmodell durch die amtlich verhängten Einschränkungen stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Für zwei im Dezember 2020 und im Januar 2021 geplante Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen bot sie Mitfahrgelegenheiten an und stellte auf einer Internetseite eine Liste möglicher Haltestellen ein, an denen Interessenten zusteigen konnten.

#### Zeitliche Reihenfolge vertauscht

Die bundesweit offerierten Zustiegspunkte haben die Studienmacher dann mit dem Netz von Haltestellen des kommerziellen Reiseverkehrsunternehmens FlixBus verglichen. Dabei fokussierten sich die Autoren vor allem auf einwohner-schwache Kommunen, da sie – nicht ganz zu Unrecht – annahmen, dass kleinere Orte nur dann im Rahmen eines Zwischenstopps angesteuert werden, wenn hier jeweils eine größere Personengruppe

zusteigt, damit die Fahrten insgesamt wirtschaftlich durchgeführt werden können. Das in die Studie aufgenommene Kartenmaterial zeigt, dass FlixBus kleinere Städte im ganzen Bundesgebiet überwiegend nur dann anfährt, wenn diese in der unmittelbaren Nähe großer Autobahnen liegen. „Honk for hope“ hingegen hatte Haltestellen schwerpunktmäßig im Norden des Freistaates Bayern sowie in Thüringen angeboten, also in Regionen, in denen im November 2020 ein erhöhtes Infektionsgeschehen verzeichnet wurde.

Problematisch an diesem Vorgehen ist zunächst, dass die Autoren hier Listen von Haltestellen der Initiative „Honk for hope“ heranziehen, die gar nicht für die Demonstrationen im November bereitgestellt wurden, sondern die erst für später geplante Veranstaltungen bestimmt waren. Hier wird also ein erhöhtes Infektionsgeschehen im November mit Busfahrten erklärt, die im Dezember und Januar hätten stattfinden sollen. Es gibt zudem keine Daten, ob Reisebusse die besagten Haltepunkte tatsächlich angesteuert ha-

ben und wie viele Fahrgäste dort gegebenenfalls zugestiegen sind. Offensichtlich haben sich die Forscher auch keine Mühen gemacht, dies herauszufinden.

#### Arbeit wirkt stark konstruiert

Nicht berücksichtigt wird zudem die Höhe des Anteils, den Busreisende an der Gesamtzahl der Teilnehmer der Veranstaltungen stellten. Normalerweise rekrutiert sich das Personenpotential einer Demonstration vor allem aus Ortsansässigen, und der Anteil Ortsfremder nimmt mit zunehmender Distanz des jeweiligen Wohnorts vom Veranstaltungsort ab. In Leipzig hat es im November aber im bundesweiten Vergleich gar keinen überdurchschnittlichen Anstieg des Inzidenzwertes bei Neuinfektionen gegeben.

Der in der Studie gewählte methodische Ansatz ist durchaus phantasievoll, berücksichtigt aber nur unzureichend weitere mögliche Einflussgrößen. Insgesamt wirkt die Arbeit daher stark konstruiert und kann das Behauptete nicht belastbar belegen.

#### TIERPARKS IM LOCKDOWN

## Wenn's dem Affen zu langweilig wird

Zootiere vermissen ihre Besucher: Pfleger lassen sich allerhand einfallen, um ihre Schützlinge zu unterhalten

Wegen des Lockdown bleiben auch fast alle Zoos und Tierparks geschlossen. Während die Betreiber mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfen, ist auch für viele Tiere die Umstellung auf ein besucherloses Dasein offenbar problematisch. Die Parkanlagen sind verödet, und auch im Affen- und Elefantenhaus sind nur die Tierpfleger unterwegs. Schon während des ersten Lockdown bemerkten die Mitarbeiter veränderte Verhaltensweisen bei vielen ihrer Schützlinge.

Vor allem die im Zoo geborenen großen Säugetiere wirken auch im zweiten Lockdown wieder gelangweilt oder nervös. Den Gorillas und Schimpansen fehlt nicht nur die Aufmerksamkeit der Besu-

cher, sondern auch ihre eigene Beobachtung der vielen neugierig dreinblickenden Menschen. Menschenaffen können gut zwischen Gesichtern unterscheiden.

#### Toni hat jetzt einen Fernseher

Im Münchener Tierpark Hellabrunn setzen sich die Gorillas an die Scheibe, um die vorbeikommenden Pfleger zu einer Ansprache zu bewegen. Im Dresdener Zoo wurde dem Orang-Utan Toni zur Unterhaltung in der besucherlosen Zeit ein Fernseher vor das Glasfenster gestellt. Die Kapuzineräffchen im Berliner Zoo sehnen sich ebenfalls nach den Gästescharen, wie ihre Pfleger versichern. Im Zoo und im Tierpark der Hauptstadt blei-

ben während des erneuten Lockdowns nur die Außenanlagen unter strengen Auflagen geöffnet.

Aber auch andere hochintelligente Tiere wie Robben und Papageien interagieren auf ihre Weise mit den Besuchern, die sie jetzt vermutlich vermissen. Selbst die Tiger im Frankfurter Zoo kommen in ihrem Außengehege öfter als gewöhnlich ans Gitter heran, wenn sich ihnen ihre Pflegerin nähert. Nicht nur für Hauskatzen, auch für Löwen und Tiger sind Düfte eine willkommene Abwechslung, umso mehr während der besucherlosen Zeit.

Die Tierpfleger von Hellabrunn stecken den Löwen Wollie von den Lamas in einen Papiersack. Der wird von den Lö-

wen zerfetzt, sodass die Wolle in alle Richtungen fliegt. Zebrakot, im Gehege verteilt, weckt ebenfalls das Interesse der Großkatzen. Den Elefanten im Hamburger Tierpark Hagenbeck geht mit den ausbleibenden Besuchern auch die traditionelle, kurzweilige Fütterung durch dieselben ab.

#### Ziegen wollen gestreichelt werden

Vergeblich warteten die Dickhäuter schon während des ersten Lockdown auf die Zoobesucher, die ihnen Karottenstücke zureichten, welche sie vorsichtig mit der Rüsselspitze abnahmen. Ersatzweise werden die Tiere nun beschäftigt, indem mehr Streufutter auf der Anlage verteilt

wird, sodass sie sich auf Futtersuche begeben müssen. Am meisten vermissen wohl die Ziegen in den Streichelzoos die Kinder und ihre täglichen Streicheleinheiten. Die Tierpfleger im Zoo Hellabrunn werden jetzt von den Ziegen regelrecht bestürmt, sobald sie ihr Gehege betreten.

Mit einer spektakulären Aktion machte der Kansas City Zoo im US-Bundesstaat Missouri auf sich aufmerksam: Im Mai brachte der Zoo seine Pinguine Bubble, Maggie und Berkley ins örtliche Kunstmuseum. Die putzigen Tiere watschelten durch leere Räume, vorbei an Gemälden der berühmten alten Meister. Zeitweise schienen sie tatsächlich interessiert zu gucken. Dagmar Jestrzemska



## ALLENSTEIN

# Abhärtung in Ostpreußens Seen

Freiwillige tauchen bei Frost in den Okullsee ab – Eisbaden ist bei immer mehr Menschen beliebt

VON DAWID KAZANSKI

**O**bwohl uns das Wetter in diesem Winter nicht verwöhnt hat und man fast jeden Tag mit strengem Frost, starkem Wind und intensiven Schneefällen zu rechnen hatte, hat das viele nicht davon abgeschreckt, in Eislöchern zu baden.

Winterbaden ist in dieser Saison extrem in Mode gekommen. Sowohl Männer als auch Frauen, Junge und Alte, Promis und gewöhnliche Menschen sind ins eiskalte Wasser eingetaucht, und in den sozialen Medien gab es eine Menge Fotos, auf denen sich die Eisbadenden verewigt hatten.

### „Winterbader“-Klub in Allenstein

In Allenstein wurde sogar ein Klub namens „Winterbader“ gegründet, der die Badegäste aus der Stadt und der Umgebung versammelte. Sie trafen sich mindestens einmal in der Woche, in der Regel jeden Sonntag um 12 Uhr, am Stadtstrand am Okullsee. Zunächst fand eine Aufwärmung in einer Gruppe von einzelnen bis mehreren Dutzend Personen statt, dann gingen alle Freiwilligen in Badeanzügen ins Wasser, woraufhin heißer Tee und Schokolade auf sie warteten.

Für viele Menschen ist Eisbaden der pure Wahnsinn und sie würden um keinen Preis der Welt in eisigem Wasser baden, während andere über diese Form der Aktivität nur voll des Lobes sind. Am häufigsten wird als Vorteil des Eisbades die Abhärtung des Organismus genannt. Es heißt, dass es die Immunität stärkt, die in Zeiten der Coronavirus-Pandemie von erheblicher Bedeutung ist. Dank des Eisbadens laufen im Körper Prozesse ab, die unser Immunsystem stärken. Außerdem hilft Kälte effektiv zur Linderung von Muskelschmerzen.

### Die Immunität stärken

Studien haben belegt, dass kaltes Wasser die Temperatur von beschädigtem Gewebe senkt und die Blutgefäße schrumpfen



Die ersten Mutigen haben sich ins kalte Nass gewagt: Eis-Badestelle am Okullsee

Foto: D.K.

lässt, wodurch Schwellungen und Entzündungen reduziert, und sogar die Nervenenden betäubt werden, was die Schmerzen lindern hilft. Baden in kaltem Wasser ist außerdem eine Möglichkeit, Gewicht zu verlieren. Während des Badens muss sich der Körper erwärmen, wodurch die Kalorienverbrennung erhöht wird.

Psychologen, die sich mit der wachsenden Beliebtheit des Badens in eisigem Wasser beschäftigen, betonen, dass es sich zwar nicht um ein neues Phänomen handelt, es aber aufgrund der Pandemie und der auferlegten Einschränkungen derzeit zum heißesten Trend geworden sei. „Es liegt uns einfach daran, aus dem Haus zu kommen, Leute zu treffen, Zeit

an der frischen Luft zu verbringen und uns zu bewegen.“ Das gemeinsame Baden in eiskaltem Wasser verweise auf die grundlegenden, fundamentalen Bedürfnisse des modernen Menschen.

Und unter diesen Bedürfnissen sei das nach Unterhaltung, Kontakt mit anderen Menschen oder das Bedürfnis, sich um den eigenen Körper zu kümmern, zu nennen.

### Zeit, um Leute zu treffen

Zu bedenken sei jedoch, dass sich der Körper erst allmählich an die Kälte gewöhnen müsse. Vor dem ersten Versuch lohne es sich, die Möglichkeit der Durchführung dieser Form der Tätigkeit mit einem Arzt zu besprechen. Die Eisbäder seien nicht

empfehlenswert für Personen, die an einer Herz-Lungen-Schwäche oder beispielsweise Borreliose leiden.

Allerdings könnten gesunde Menschen die Gewässer der ostpreußischen Seen genießen und diese Form der Aktivität ausprobieren. Diejenigen, die die größte Barriere – ihre eigene Angst – überwinden, kehren meist zurück, weil sie sich euphorisch fühlen. Selbst wenn jemand mit einem etwas düsteren Gesicht ins Wasser geht, kommt er glücklicher heraus. Alles dank den Endorphinen, den „Glückshormonen“, die ausgeschüttet werden. Daher haben Winterbäder einen positiven Einfluss auf die Bekämpfung von Depressionen und sorgen für ein geistiges Wohlbefinden.

## MELDUNGEN

### Festung Pillau wird Museum

**Pillau** – Experten der Russischen Geographischen Gesellschaft wollen in den kommenden zwei Jahren in der Festung Pillau archäologische Forschungen durchführen. Die Gesellschaft hat sich das Ziel gesetzt, in Zusammenarbeit mit dem Marinekommando, Wissenschaftlern und Heimatforschern die Entwicklung dieses einzigartigen Denkmals der Festungskunst des 18. und 19. Jahrhunderts zu ergründen. Anschließend sollen dort ein Museumskomplex sowie Einrichtungen zur Unterhaltung entstehen. Die Organisatoren planen, die Festung zu einer Touristenattraktion auszubauen. Schon heute werden Ausflüge zur Festung organisiert, und es finden Gedenkveranstaltungen statt. Seit 2017 ist dort auch ein Feldlager der russischen Armee aus dem 18. Jahrhundert mit einer Taverne, einer Münzstätte sowie einer Töpferei und Schmiede eingerichtet. Ebenso gibt es eine Pferderennbahn und einen Schießstand. **MRK**

### Broschen aus Königsberg

**Königsberg** – Das Bernsteinmuseum präsentiert eine Sammlung von Broschen, die in den 1920er bis 1940er Jahren in Königsberg hergestellt wurden. Die Ausstellung wird vom 1. bis 31. März zu sehen sein. Die Stücke im Art-Deco-Stil wurden in der staatlichen Bernsteinmanufaktur in Königsberg hergestellt. „Schmuck mit floralen Motiven bildete die umfangreichste Gruppe im Sortiment der Manufaktur. Für sie wurde sowohl natürlicher als auch wärmebehandelter glasierter Bernstein verwendet. Broschen wurden in Form von stilisierten Beeren, Blumen, vor allem Veilchen, Rosen, einer Weizenähre, doppelten Blättern einer Eiche, vierblättrigem Klee und länglichen Blättern angefertigt“, berichtet der Pressedienst des Museums. **MRK**

## STADTVERKEHR

# Erobert der „Korsar“ Königsberg?

Strecke Südbahnhof–Hammerweg soll wiederbelebt werden – St. Petersburger Straßenbahn im Test

Die Straßenbahnlinie der Stadt Königsberg, heute die älteste in der Russischen Föderation, wäre aufgrund der Entwicklung in den vergangenen Jahren beinahe von der Karte des städtischen Verkehrsnetzes verschwunden. Doch nun besteht die Chance, dass es sie noch lange geben wird und sie sogar ausgebaut wird.

Das ist dem Engagement der neuen Leiterin der Königsberger Stadtverwaltung Jelena Djalowa zu verdanken, die auf die Wichtigkeit der Straßenbahninfrastruktur hinwies. Sie hatte die Idee, wieder Straßenbahnlinien in den Hammerweg [Prospekt Mira] zu verlegen, damit die Bürger in einer direkten Linie vom Südbahnhof zum Park Luisenwahl und zur Königin-Luisen-Kirche gelangen können. Die notwendige technische Dokumentation und finanzielle Planung werden derzeit erarbeitet.

Vor Kurzem wurde in der Stadt bereits eine innovative Straßenbahn na-

mens „Korsar“ im Testbetrieb eingesetzt. Es ist die erste Niederflur-Straßenbahn in der Russischen Föderation, die

für Schmalspurgleise mit einer Breite von nur einem Meter ausgelegt ist. Der Prototyp wurde in der Nevskij Straßen-

bahnfabrik in St. Petersburg hergestellt. Die Massenproduktion von Schmalspurstraßenbahnen wurde in Russland seit den späten 1930er Jahren nicht mehr durchgeführt.

### Idee der Verwaltungschefin

Ende November fand die Präsentation dieser Straßenbahn statt, und in der zweiten Dezemberhälfte wurde sie ins nördliche Ostpreußen geliefert. Königsberg ist damit die erste Stadt in der Föderation, die den „Korsar“ ausprobieren darf. Die neue Straßenbahn ist mit 29 Fahrgastsitzen ausgestattet und hat eine maximale Kapazität von 177 Fahrgästen. Die Verwendung von Aluminiumlegierungen bei der Innenausstattung sorgt für eine recht hohe Brandsicherheit der neuen Waggons.

Die Niederflurbauweise macht sie auch für Menschen mit eingeschränkter Mobilität komfortabel. In der Fahrgast-

zelle gibt es eine moderne Klimaanlage, USB-Steckdosen und Wi-Fi-Router ermöglichen die Nutzung mobiler Geräte. Die Straßenbahn erreicht ein Höchstgeschwindigkeit von 75 Kilometern pro Stunde.

Die Fahrerkabine ist mit einem Videoüberwachungssystem ausgestattet. So kann der Fahrzeugführer das Ein- und Aussteigen der Passagiere sowie die Verkehrssituation leichter beobachten. Außerdem hat die neue Straßenbahn einen sparsamen Energieverbrauch.

Die Kosten für eine Straßenbahn des neuen Typs beginnen bei umgerechnet rund 740.000 Euro. Bis Ende Januar kurste der „Korsar“ abends und nachts ohne Fahrgäste auf den Straßen der Stadt. Nach Auswertung der Testergebnisse wird die Stadtverwaltung erwägen, solche Straßenbahnen zu leasen, um die Strecke Südbahnhof–Hammerweg zu bedienen. **Jurij Tschernyschew**



Noch ohne Passagiere in Königsberg unterwegs: Straßenbahn „Korsar“

Foto: J.T.

## Wir gratulieren...



## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Rokotta, Kurt**, aus Lyck, am 1. März

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Briese, Elisabeth**, geb. **Jelinski**, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 4. März  
**Gläßmann, Karl**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 1. März  
**Paslawski, Gerda**, geb. **Olschewski**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 26. Februar

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Abrolat, Gertrud**, geb. **Graschtat**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 27. Februar  
**Lanzendorf, Erika-Ursula**, geb. **Fahrn**, aus Lyck, am 4. März

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Drochner, Heinz**, aus Schlichtingen, Kreis Elchniederung, am 27. Februar  
**Frank, Angela**, geb. **Ott**, aus Wehlau, am 28. Februar  
**Hlavka-Mozarski, Rose**, geb. **Mozarski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. März  
**Kowalsky, Martha**, geb. **Bury**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar  
**Kreuzgrabe, Elisabeth**, geb. **Lohrenz**, aus Treuburg, am 3. März  
**Moissl, Hildegard**, geb. **Leidreiter**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 4. März  
**Petrat, Hilmar**, aus Bartztal, Kreis Ebenrode, am 28. Februar  
**Piechottka, Elfriede**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 29. Februar

## Kontakt

Angela Selke  
 Telefon (040) 4140080  
 E-Mail: selke@paz.de

**Quick, Irma**, geb. **Fohs**, aus Tapi-  
 au, Kreis Wehlau, am 2. März  
**Ruppenstein, Erwin**, aus  
 Schneckenwalde, Kreis Elchnieder-  
 ung, am 1. März  
**Steimmig, Gerda**, aus Lyck, am  
 28. Februar

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Andrick, Bruno**, aus Neidenburg,  
 am 26. Februar  
**Becker, Edith**, geb. **Tertel**, aus  
 Wehlau, am 28. Februar  
**Daudert, Erich**, aus Schulzen-  
 wiese, Kreis Elchniederung, am  
 2. März  
**Forster, Betty**, geb. **Buchholz**, aus  
 Kuckerneese, Kreis Elchnieder-  
 ung, am 26. Februar  
**Klein, Ingeborg**, aus Schaken-  
 dorf, Kreis Elchniederung, am  
 27. Februar  
**Porath, Edeltraut**, aus Lyck, am  
 1. März  
**Sywottek, Heinrich**, aus Nußdorf,  
 Kreis Treuburg, am 1. März  
**Wenzel, Anneliese**, geb. **Czer-  
 wanka**, aus Lyck, am 4. März

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Draempaehl, Else**, geb. **Markow-  
 ski**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am  
 2. März  
**Klein, Ernst**, aus Lank/Lankhof,  
 Kreis Heiligenbeil, am 3. März  
**Kulessa, Anneliese**, geb. **Pilgrim**,  
 aus Skomanten, Kreis Lyck, am  
 1. März  
**Ringies, Ursula**, geb. **Gegorz**, aus  
 Steintal, Kreis Lötzen, am  
 27. Februar  
**Steinert, Karl-Heinz**, aus Treu-  
 burg, am 27. Februar  
**Steltz, Irmgard**, geb. **Helmcke**,  
 aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am  
 4. März

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Klausmann, Karl-Heinz**, aus Sar-  
 kau, Kreis Fischhausen, am  
 26. Februar  
**Klein, Brigitte**, geb. **Budnick**, aus  
 Königsberg, Kreis Fischhausen, am  
 28. Februar  
**Krämer, Christel**, geb. **Pfarr**, aus  
 Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. März  
**Kröger, Irene**, geb. **Kiy**, aus Burdun-  
 gen, Kreis Neidenburg, am 2. März  
**Krüger, Emma**, geb. **Marzi-  
 nowski**, aus Milussen, Kreis Lyck,  
 am 3. März  
**Steppat, Bruno**, aus Hüttenfelde,  
 Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. März

**Welsch, Cuno**, aus Kleingrenz-  
 berg, Kreis Elchniederung, am  
 28. Februar  
**Welz, Irmgard**, geb. **Zittlau**,  
 aus Montzen, Kreis Lyck, am  
 3. März

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Busse, Hildegard**, aus Lyck, am  
 1. März  
**Kowalski, Hildegard**, geb. **Katz-  
 marski**, aus Neu Schiemanen,  
 Kreis Ortelsburg, am 4. März  
**Krause, Grete**, geb. **Schulz**, aus  
 Bartenhof, Kreis Wehlau, am  
 26. Februar  
**Niedzwetzki, Edith**, aus Stahn-  
 ken, Kreis Lyck, am 28. Februar  
**Rechlin, Brigitte**, geb. **Taudien**,  
 aus Grünhausen, Kreis Elchniede-  
 rung, am 4. März  
**Symanski, Botho**, aus München-  
 feld, Kreis Lötzen, am 21. Februar  
**Termer, Anni**, geb. **Prowda**, aus  
 Kretzschau, Kreis Fischhausen, am  
 26. Februar  
**Thiel, Heinz**, aus Stellwagen, Kreis  
 Elchniederung, am 27. Februar  
**Truschkat, Elfriede**, geb. **Vogt**,  
 aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am  
 28. Februar  
**Wendroth, Christel**, geb. **Dorss**,  
 aus Satticken, Kreis Treuburg, am  
 2. März  
**Zeymer, Emma-Maria**, geb. **Mal-  
 lies**, aus Draheim, Kreis Treuburg,  
 am 28. Februar

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Broziewski, Franziska**, aus Gol-  
 len, Kreis Lyck, am 1. März  
**Brozy, Hubert**, aus Neidenburg,  
 am 4. März  
**Göbeler, Helene**, geb. **Lucka**, aus  
 Haasenbergr, Kreis Ortelsburg, am  
 3. März  
**Herrmann, Willy**, aus Satticken,  
 Kreis Treuburg, am 27. Februar  
**Huwe, Werner**, aus Eisemühl,  
 Kreis Lötzen, am 28. Februar  
**Nitzke, Gerhild**, geb. **Werth-  
 mann**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-  
 Ragnit, am 27. Februar  
**Scharkowski, Horst**, aus Rein-  
 kentel, Kreis Treuburg, am  
 27. Februar  
**Tima, Ruth**, geb. **Maser**, aus Lyck,  
 General-Busse-Straße 22, am  
 27. Februar

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Jagusch, Reinhard**, aus Neiden-  
 burg, am 1. März

**Kelch, Georg**, aus Wolfsee, Kreis  
 Lötzen, am 27. Februar  
**Koch, Elisabeth**, geb. **Karpinski**,  
 aus Fließdorf, Kreis Lyck, am  
 27. Februar  
**Mallunat, Dietward**, aus Secken-  
 burg, Kreis Elchniederung, am  
 4. März  
**Moström, Liselotte**, geb. **Chri-  
 stochowitz**, aus Kölmersdorf,  
 Kreis Lyck, am 28. Februar  
**Ortschwager, Heinz**, aus Königs-  
 berg/Ponarth, Schreiberstraße 12,  
 am 4. März  
**Schaaf, Margarete**, geb. **Balbach**,  
 aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am  
 1. März  
**Seidensticker, Meta**, geb. **Schulz**,  
 aus Waldwerder, Kreis Lyck, am  
 27. Februar  
**Wierutsch, Horst**, aus Zeysen,  
 Kreis Lyck, am 1. März

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Behmer, Luzi**, geb. **Turner**, aus  
 Rosenheide, Kreis Lyck, am  
 3. März  
**Domschke, Dorothea**, geb.  
**Schirmmacher**, aus Lank, Kreis  
 Heiligenbeil, am 3. März  
**Ehlert, Ingrid**, geb. **Hollweg**,  
 aus Sanditten, Kreis Wehlau, am  
 4. März  
**Fischer, Eva**, geb. **Hardt**, aus  
 Grieteinen, Kreis Elchniederung,  
 am 1. März  
**Froese, Gertrud**, geb. **Staschel**,  
 aus Hessenhöhe, Kreis Lötzen, am  
 3. März  
**Guddat, Christel**, geb. **Czarnet-  
 ta**, aus Lanken, Kreis Ebenrode,  
 am 3. März  
**Henning, Waltraud**, geb. **Reiter**,  
 aus Neidenburg, am 27. Februar  
**Jensen, Helga**, geb. **Maslo**, aus  
 Frauenfließ, Kreis Lyck, am  
 26. Februar  
**Kohse, Werner**, aus Großwalde,  
 Kreis Elchniederung, am  
 28. Februar  
**Paick, Alfred**, aus Duneiken, Kreis  
 Treuburg, am 2. März  
**Reißner, Marianne**, geb. **Wiebe-  
 reit**, aus Neuendorf, Kreis Lyck,  
 am 2. März

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Anders, Helga**, geb. **Neuwald**, aus  
 Schloßberg / Pillkallen, am  
 28. Februar  
**Atrott, Achim**, aus Kummeln,  
 Kreis Ebenrode, am 28. Februar  
**Bansamir, Irmgard**, geb. **Janow-  
 ski**, aus Ittau, Kreis Neidenburg,  
 am 28. Februar

**Baske, Inge**, geb. **Doormann**,  
 Kreisgemeinschaft Ortelsburg, am  
 27. Februar  
**Bickel, Gisela**, geb. **Klimmek**, aus  
 Struben, Kreis Neidenburg, am  
 26. Februar  
**Dillenhöfer, Brigitte**, geb. **Mari-  
 enfeld**, aus Wallenrode, Kreis  
 Treuburg, am 1. März  
**Dudda, Gerhard**, aus Farienen,  
 Kreis Ortelsburg, am 2. März  
**Gause, Gertraut**, geb. **Buczilow-  
 ski**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am  
 3. März  
**Gerlach, Erika**, aus Schleusen,  
 Kreis Ebenrode, am 4. März  
**Hasenfuss, Rosemarie**, geb.  
**Schweighofer**, aus Tannenmühl,  
 Kreis Ebenrode, am 26. Februar  
**Hennenhöfer, Gisela**, geb.  
**Gipner**, aus Nußdorf, Kreis Treu-  
 burg, am 26. Februar  
**Hold, Margret**, geb. **Schirmacher**,  
 aus Worschienen, Kreis Preußisch  
 Eylau, am 26. Februar  
**Kalwa, Friedrich**, aus Frankenau,  
 Kreis Neidenburg, am 28. Februar  
**Kossak, Erwin**, aus Sargensee,  
 Kreis Treuburg, am 2. März  
**Krafft, Christel**, geb. **Schlenther**,  
 aus Lakendorf, Kreis Elchniede-  
 rung, am 1. März  
**Kunkel, Dr. Ulrich**, aus Preußisch  
 Eylau, am 26. Februar  
**Langecker, Herbert**, aus Draheim,  
 Kreis Treuburg, am 26. Februar  
**Lask, Karl**, aus Eichensee, Kreis  
 Lyck, am 27. Februar  
**Laupichler, Lothar**, aus Bor-  
 schimmen, Kreis Lyck, am 4. März  
**Löhner, Hildegard**, geb. **Buttkus**,  
 aus Argendorf, Kreis Elchniede-  
 rung, am 27. Februar  
**Lombardi-Boccia, Christel**, geb.  
**Warlies**, aus Loye, Kreis Elchnie-  
 derung, am 27. Februar  
**Motzkeit, Ute**, geb. **Meliss**, aus It-  
 tau, Kreis Neidenburg, am 3. März  
**Napiwotzki, Ruth**, aus Roggen,  
 Kreis Neidenburg, am 2. März  
**Nussbaum, Gisela**, geb. **Sommer**,  
 aus Nötticken, Kreis Fischhau-  
 sen, am 25. Februar  
**Nowik, Hildegard**, aus Lyck, am  
 28. Februar  
**Paulwitz, Doris**, aus Rogonnen,  
 Kreis Treuburg, am 28. Februar  
**Senff, Gustav**, Kreisgemeinschaft  
 Neidenburg, am 4. März  
**Vogel, Erika**, geb. **Rakowski**, aus  
 Fließdorf, Kreis Lyck, am 3. März  
**Zielonka, Alfred**, aus Tapiau,  
 Kreis Wehlau, am 3. März

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Brand, Josef**, aus Moterau, Kreis  
 Wehlau, am 4. März

**Dittkrist, Otto**, aus Pregelwalde,  
 Kreis Wehlau, am 4. März  
**Hansen, Adelheid**, geb. **Beba**, aus  
 Kornau, Kreis Ortelsburg, am  
 28. Februar  
**Hoffmann, Manfred**, aus Ebenro-  
 de, am 3. März  
**Kipar, Susanne**, geb. **Borowy**, aus  
 Maschen, Kreis Lyck, am 1. März  
**Lewerenz, Reinhard**, aus Poppen-  
 dorf, Kreis Wehlau, am 26. Februar  
**Meyer, Barbara**, geb. **Pörschke**,  
 aus Tapiau, Kreis Wehlau, am  
 3. März  
**Rosmaity, Klaus**, aus Goldbach,  
 Kreis Wehlau, am 2. März  
**Wagner, Erich**, aus Mensguth,  
 Kreis Ortelsburg, am 2. März  
**Weller, Ursula**, geb. **Zeball**, aus  
 Ansonge, Kreis Elchniederung, am  
 1. März  
**Wood, Ingrid**, geb. **Juckel**, aus  
 Wilhelmsbruch, Kreis Elchniede-  
 rung, am 28. Februar  
**Zeitmann, Christa**, geb. **Müller**,  
 aus Berninen, Kreis Ebenrode, am  
 1. März  
**Zirkel, Emil**, aus Grünfließ, Kreis  
 Neidenburg, am 26. Februar

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Greuda, Sieglinde**, geb. **Kirstein**,  
 aus Tapiau, Kreis Wehlau, am  
 4. März  
**Johannsen, Harald**, aus Groß  
 Nuhr, Kreis Wehlau, am 2. März

## Hinweis

**Alle auf den Seiten  
 „Glückwünsche“ und  
 „Heimarbeit“** abge-  
 druckten Glückwünsche,  
 Berichte und Terminkün-  
 digungen werden auch ins  
 Internet gestellt.

Der Veröffentlichung kön-  
 nen Sie jederzeit bei der  
 Landsmannschaft wider-  
 sprechen.

Landsmannschaft Ostpreu-  
 ßen e.V.  
 Buchtstraße 4  
 22087 Hamburg  
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Weitere Informationen  
 unter Internet:  
 www.ostpreussen.de

## Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

**20./21. März:** Arbeitstagung der  
 Kreisvertreter in Helmstedt (ge-  
 schlossener Teilnehmerkreis)

**16. bis 18. April:** Kulturseminar  
 in Helmstedt

**24./25. April:** Arbeitstagung  
 Deutsche Vereine in Sensburg  
 (geschlossener Teilnehmerkreis)

**19. Juni:** Ostpreußisches Som-  
 merfest im südlichen Ostpreußen

**25. bis 27. Juni:** Ostpreußische  
 Sommerolympiade in Heilsberg

**24. bis 26. September:** Ge-  
 schichtsseminar in Helmstedt

**11. bis 17. Oktober:** Werk-  
 woche in Helmstedt  
**16./17. Oktober:** 13. Kommu-  
 nalpolitischer Kongress in Allen-  
 stein (geschlossener Teilneh-  
 merkreis)

**5. November:** Arbeitstagung  
 der Landesgruppenvorsitzen-  
 den (geschlossener Teil-  
 nehmerkreis)

**6./7. November:** Ostpreu-  
 ßische Landesvertretung  
 (geschlossener Teilnehmerkreis)

**7./10. November:** Kulturhistori-  
 sches Seminar in Helmstedt

Das **Jahrestreffen der Ost-  
 preußen** am 5. Juni in Wolfs-  
 burg ist abgesagt, da die Wolfs-  
 burger Stadthalle als Impfzen-  
 trum genutzt wird. Der neue Ter-  
 min ist der **11. Juni 2022**.

**Auskünfte** erhalten Sie bei der  
 Bundesgeschäftsstelle der  
 Landsmannschaft Ostpreußen,  
 Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
 Telefon (040) 41400826,  
 E-Mail: info@ostpreussen.de,  
 Internet: www.ostpreussen.de/  
 lo/seminare.html

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **star-  
 ke Gemeinschaft**, jetzt und  
 auch in Zukunft. Sie können un-  
 sere Arbeit dauerhaft unter-  
 stützen, indem Sie persönliches  
 Mitglied der Landsmannschaft  
 Ostpreußen e.V. (LO) werden.  
 Dabei ist es gleichviel, ob Sie in  
 Ostpreußen geboren sind oder  
 ostpreußische Vorfahren ha-  
 ben. Uns ist jeder willkommen,  
 der sich für Ostpreußen inter-  
 essiert und die Arbeit der  
 Landsmannschaft Ostpreußen  
 unterstützen möchte.  
 Die persönlichen Mitglieder  
 kommen wenigstens alle drei

Jahre zur **Wahl eines Dele-  
 gierten** zur Ostpreußischen  
 Landesvertretung (OLV), der  
 Mitgliederversammlung der  
 Landsmannschaft Ostpreußen,  
 zusammen. Jedes Mitglied hat  
 das Recht, die Einrichtungen  
 der Landsmannschaft und ihre  
 Unterstützung in Anspruch zu  
 nehmen.  
 Sie werden regelmäßig über die  
 Aktivitäten der Landsmann-  
 schaft Ostpreußen e.V. **infor-  
 miert** und erhalten Einladun-  
 gen zu Veranstaltungen und Se-  
 minaren der LO. Ihre Betreuung  
 erfolgt direkt durch die Bundes-

geschäftsstelle in Hamburg.  
 Der Jahresbeitrag beträgt zur-  
 zeit 60,- Euro. Den Aufnahme-  
 antrag können Sie bequem auf  
 der Webseite der Landsmann-  
 schaft – www.ostpreussen.de –  
 herunterladen. Bitte schicken  
 Sie diesen per Post an:  
 Landsmannschaft Ostpreußen  
 Herrn Bundesgeschäftsführer  
 Dr. Sebastian Husen  
 Buchtstraße 4  
 22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter  
 Telefon (040) 41400826,  
 E-Mail: info@ostpreussen.de

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



### Hamburg

**Erster Vorsitzender:** Hartmut Klingbeutel  
**Geschäftsstelle:**  
 Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Tel. (040) 34 63 59, Mobiltelefon (0170) 3102815

### Abgesagt

**Hamburg.** Die für den 6. März geplante Mitgliederversammlung der Stadtgemeinschaft Königsberg im NewLivingHome ist aufgrund der Corona-Lage abgesagt.



### Sachsen

**Vorsitzender:** Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

### Abgesagt

**Leipzig.** Aufgrund der weiteren Unsicherheiten für die Vorbereitung unserer Veranstaltung am 24. April müssen wir diesen Termin leider erneut absagen. Sobald wir Sicherheit haben, werden wir Sie erneut informieren.

### Kontakt

Redaktion Heimat  
 Christiane Rinser-Schrut  
 Telefon (040) 41400834  
 Fax (040) 41400850  
 E-Mail: rinser@paz.de

### Hinweis

**Die Kartei Ihres Heimatkreises** braucht Ihre Unterstützung.

Bitte geben Sie bei jedem Wohnungswechsel nicht nur Ihre aktuelle Adresse, sondern auch die Ihres letzten Wohnortes an.

Wirken Sie mit an der Stiftung  
**»Zukunft für Ostpreußen!«**  
 Fürst Fugger Privatbank  
 IBAN: DE66 7203 0014 1001 8349 83  
 BIC: FUBKDE71



**Dieses Winterbild** hat Thomas Krüger aus Brockhöfe der Redaktion zugeschickt. Dieser Findling steht seit dem Jahr 1993 auf seinem Hof. Und seit jenem Jahr bezieht er die *Preußische Allgemeine Zeitung*, damals natürlich noch unter dem Namen „Das Ostpreußenblatt“. Schon bald dreißig Jahre freut sich Thomas Krüger auf seine Zeitung und kann sich ein Leben ohne seine PAZ gar nicht mehr vorstellen. *Foto: Thomas Krüger*

### Zusendungen für die Ausgabe 10/2021

**Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder** für die

Heimat-Seiten der Ausgabe 10/2021 (Erstverkaufstag 12. März) bis spätestens Dienstag, den 2. März,

an die Redaktion der PAZ:

E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

[www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de)

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**

Preußische Allgemeine Zeitung  
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



# Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

Heimatkreisgemeinschaften

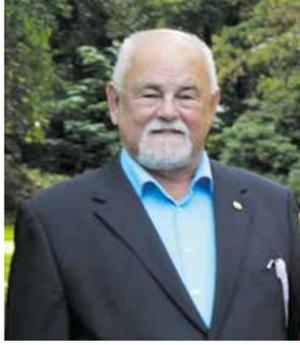


**Allenstein-Stadt**  
**Kreisvertreter:** Gottfried Hufenbach  
**Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 - 29 131, StadtAllenstein@t-online.de

Stadt Allenstein vervollständigen den virtuellen Rundgang.



**Angerburg**  
**Kreisvertreter:** Wolfgang Schiekmann, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Tel.: 04261 - 983-31 00; Fax: 04261 - 983 -31 01, kreisgemeinschaft.angerburg@lk-row.de



Heinz-Wolfgang Malessa

Heimatismuseum im Internet

**Gelsenkirchen.** Ein Besuch des Allensteiner Heimatmuseums „Treu Dank“ in der Patenstadt Gelsenkirchen kann nun auch ganz bequem von zu Hause erfolgen. Im Rahmen des Projekts „Virtuelle Heimatsammlungen in NRW“ entstand eine digitale Darstellung, die im Internet unter <https://ostdeutsche-heimatsammlungen.de> besichtigt werden kann. Neben einem Gang durch die Räumlichkeiten des Museums können ausgewählte Objekte dreidimensional betrachtet werden. Eine ausführliche Beschreibung der Objekte und ergänzende Informationen über das Heimatmuseum und besondere Ereignisse in der Geschichte der



Screenshot der Seite Foto: privat

Zum 70. Geburtstag

Am 23. Februar 2021 konnte Heinz-Wolfgang Malessa im Kreise seiner Familie das 70. Lebensjahr vollenden. Aus nah und fern erreichten ihn viele Glückwünsche und so konnte er sicherlich trotz Coronapandemie diesen besonderen Ehrentag stimmungsvoll begehen.

Heinz-Wolfgang Malessa wurde am 23. Februar 1951 in Neuenhettelsau im Landkreis Ansbach in Mittelfranken geboren. Während die Familie seiner Mutter im Landkreis Ansbach beheimatet ist, stammt die väterliche Linie aus Rosengarten im Landkreis Angerburg. Es wundert daher nicht, dass sich Heinz-Wolfgang Malessa sowohl seiner jetzigen Heimat als auch der Heimat seiner Vorfahren in Ostpreußen verbunden fühlt. In seiner Heimatgemeinde gehört er der Freiwilligen Feuerwehr an und übernimmt dort den besonderen Dienst als Luftbeobachter zur Verhütung von Waldbränden. Als Vorsitzender leitete er viele Jahre den Elternverband Franken e.V. Sein besonderes Hobby ist die Fotogra-

fie. Daneben ist Heinz-Wolfgang Malessa für die Kreisgemeinschaft Angerburg aktiv. Seit 2009 gehört er dem Kreistag und seit 2011 dem Kreisausschuss an. Durch seine kreativen Ideen bereichert er stets die Arbeit der Kreisgemeinschaft und schreckt auch nicht davor zurück, sich für die Kreisgemeinschaft mit komplexen Themen wie dem Datenschutz zu befassen. Auch kommen den Angerburgern seine Fähigkeiten als Fotograf und Protokollführer sehr zu Gute.

Besonders stolz ist Heinz-Wolfgang Malessa auf seine Familie. Mit seiner Ehefrau Irmgard hat er zwei Kinder. Seine beiden Enkelkinder Elijah und Jaron halten den Großvater stets auf Trab, wenn dieser nicht gerade für eines seiner vielen Ehrenämter unterwegs ist.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg wünscht Heinz-Wolfgang Malessa alles erdenkliche Gute für das nun beginnende neue Lebensjahr und hofft auf weitere gute Zusammenarbeit.

Michael Meyer

„Es trinkt der Mensch, es säuft das Pferd, in Pillkallen ist es umgekehrt!“

Der Pillkaller Machandel oder kurz Pillkaller ist ein Doppelter, Korn oder Aquavit, serviert mit einer Scheibe würziger Leberwurst und einem Klacks Mostrich darauf. Genossen wurde der Pillkaller meistens in fröhlicher Runde, weil es sich dann besser erzählt, wie man so schön sagte; und manchmal ersetzte er das Abendessen.

Dazu passend gab es den Spruch: Wenn Schnaps ausgeschenkt wird, dürfen Witze nicht fehlen. Einer von vielen Anlässen, um sich ein Gläschen Schnaps angeeignet zu lassen, war, „einen auf den Schreck zu trinken“, ein anderer, einen Geschäftsabschluss zu besiegeln. Bei Schicksalsschlägen und bei der Verdauung halfen ebenfalls Schnaps und Likör. Wenn das Getreide eingefahren war, wurde zur Belohnung traditionell Tabak und Schnaps ausgeteilt.

Auf die sprichwörtlichen Schnapsnasen der harten Trinker zielte ein Spottvers ab: „Et weer e Schmidt ut Klurkeningke, der hat e mächtig groote Zinke, un wull er moal wo goahne, so bleewe alle stoahne./Und ärgert ihm sein Zinke, so geht er eenem drinke, un emmer gretter woard sien Zinke.“

ALKOHOLISCHES GETRÄNK

Der Pillkaller

Zusammenkünfte bleiben (noch) aus



2005 in Berlin: Pillkaller der Schloßberger Foto: Helga Anders-Neuwald

Hoffen auf Ostern

So lustige Runden wie im hier wiedergegeben Textauschnitt von Dagmar Jestrzemski in der Ausgabe 28 der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* aus dem Jahr 2015 beschrieben, gibt es derzeit nicht.

Viele sehnen sich jedoch nach den gemeinschaftlichen Zusammenkünften, auch wenn es dabei nicht ums Trinken geht. Doch unter den Terminen finden sich coronabedingt vor allem Absagen.

Doch es wird auch wieder andere Zeiten geben, und darauf können sich schon alle freuen. Dann können alle – nicht nur die Schloßberger mit Helga Anders-Neuwald – ordentlich Senf auf die Leberwurst streichen und auf die zukünftigen Treffen der Ostpreußen anstoßen.

Warten wir also die Fastenzeit ab – was wäre denn der Pillkaller ohne Alkohol und Leberwurst? – und hoffen darauf, dass nach Ostern Treffen wieder möglich sein werden.

In dem Arbeitsbrief der Landsmannschaft Ostpreußen „Vom Festefeiern“ beschreibt Hedwig von Löhöffel-Tharau die Fastenzeit wie folgt: „Männer hörten auf mit dem Trinken und rauchten nicht, die Frauen tranken keinen Kaffee, und die Marjells, die kriegten keine Schokolade ... es gab keine Wurst und kein Fleisch“. Und zum „Frühstück gab es Leinöl mit Brot, das wurde eingetaucht und ein bißchen Salz“ draufgestreut. Die Arbeitsbriefe stehen auf der Internetseite der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. CRS

Rätsel

Bogen-geschoss	eine Baitin	der Wolf in der Fabel	afrikanischer Affe	Hohlmaß	Bühnenbild	falsche Methode	erzählende Versdichtung	dumme, törichte Handlung (ugs.)	Gehilfe, Mitarbeiter	Unter-einheit von Euro u. Dollar	Vorge-setzer	Verband-stoff aus Baum-wolle	Salat-kraut
leere Redens-art			Fleiß, Beflis-senheit		land-schaftl.: Grille, Zikade		Neben-meer des Atlantiks		Dekor, Zierde		eiförmig	Violine	
Serie, Folge		duftende Edel-blume		Fahndung	Fisch-, Vogel-fang-gerät		deut-scher Dichter (Ludwig)	geschick-te Täu-schung	wegen, auf-grund		Steige-rung von gut	ein Ost-afrikaner	
brit. Premier-minister (Tony)	süd-deutsch für Brötchen	Fluss zur Donau			Boxhieb				Tonne, Hohl-gefäß	Grund-lage; Unterbau			
sanfte Trauer			Kfz-Zeichen Cottbus	Leben der Ober-schicht (engl.)	Vor-name Debus-sys	Tochter des letzten Zaren	inner-asiatisches Gebirge	Gewürz-, Heil-pflanze		Lobrede	Leitbild, Muster-bild	kommunales Parla-ment	
weit ab-gelegen	Rempler beim Eis-hockey			Nut-zungs-recht im MA.	Kfz-Zeichen Heidel-berg	Nadel-baum, Taxus		Zweige eines Baumes	Lasten-heber	früherer österr. Adels-titel		amerik. Erfinder (Thomas Alva)	
Junge, Bub									hier als etwas	Kalk-stein; Schreib-material			

Magisch: 1. winkeln, 2. Skelett, 3. Plateau

Bewerber, Anwärter

Hochschul-lehrerin

Astrologe Wallen-steins

Schaum-gebäck, Meringe

Posse, Schwank

Panzer-echse

bibli-scher Prophet

Provinz Kanadas

bürgerliche Kleidung

salopp; wütend, verärgert

Geheim-gericht

spanische Anrede: Frau

hasten

japanischer Farb-karpfen

bestimmter Artikel

altrö-mische Monats-tage

kleine Schüssel

Grund, Ursache

Rock-sängerin: ... Turner

eine Zahl

Staat in West-afrika

Paartanz im Drei-viertel-takt

eine Euro-päerin

taktisch nicht ge-schickt

Rauch-fang, Schorn-stein

Metall-stift

Vorder-asiat

Signal-farbe

Zacke an Gabeln, Kämmen

Brauch, Zere-moniell (lat.)

über-lieferte Erzäh-lung

chem. Zeichen für Tantal

RA21 08

Schüttelrätsel

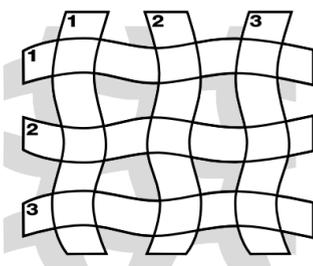
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

A A E F F H N R	A A B B	E L O S U	E I N R	A E H N N	A D E F	E E R U	E N R Z
B D E N O				A E U			
A C I L N V		D E E I N R					
				E R Z			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für eine Sportarena.

1	SAFT					ZUG
2	AUTO					STOLZ
3	LICHT					TAFEL
4	OEL					DOSE
5	NATUR					REICH
6	FILZ					HELD
7	ROH					SPECK



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 beugen, biegen
- 2 Knochengerüst
- 3 Hochebene

## Wintersport

## Kanada blieb unerreich

Eishockey in Ostpreußen

„Neben Berlin und Bayrischen Vereinen hat das Kampfspiel des Eises in Ostpreußen eine besondere Pflegestätte gefunden, denn keine andere Provinz besitzt derart günstige Eisverhältnisse wie die im fernen Osten. Königsberg ist Mittelpunkt, und um die Ostpreußische Meisterschaft entspinnt sich jedes Jahr ein heftiger Kampf. Die im Sport äußerst tüchtige Provinz scheint sich zu einem ‚deutschen Kanada‘ zu entwickeln, die 136 Eistage des letzten Winters reden eine deutliche Sprache“, so fasst die „Berliner Zeitung am Mittag“ im Jahre 1928 den Eishockeysport in Ostpreußen zusammen, dabei erreichte dieser Sport erst elf Jahre später seinen eigentlichen Höhepunkt im „Ostland“, wie Ostpreußen bei sportlichen Themen genannt wurde. Im Endspiel um die deutsche Jugendmeisterschaft gewann Ostland im Finale gegen Wien, doch ein Spiel gegen die noch heute auf dem Eis gefürchteten Kanadier sollte es für diese Jugendmannschaft nicht mehr geben.

## Heimatbriefe als Quelle

Oliver Botsch hat sich auf die Suche gemacht, um den Eishockeysport in Ostpreußen ein Stück weit wieder ins Bewusstsein zu bringen. Seine 66 Seiten starke Broschüre „Eishockey in Ostpreußen und Danzig bis 1945“ erschien in Eigenregie im Jahr 2011. Zu seinen Quellen gehörten unter vielen anderen auch die Heimatbriefe der Kreisgemeinschaften Rastenburg, Lyck, Ortelsburg, Wehlau, Tilsit und natürlich Königsberg. Diese Heimat-



Noch ohne Helm und ohne Bande: Eishockeyspiel des SV Rastenburg 1928

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

briefe bieten auch heute noch einen reichen Fundus an Themen. Vielleicht werden noch viele dem Beispiel von Oliver Botsch folgen. Auf den DIN-A4-großen Seiten trägt Botsch sämtliche Spielergebnisse und Zeitungskommentare zusammen. So spielten beispielsweise nicht nur die großen Sportvereine gegeneinander, sondern auch die das Königsberger Stadtgymnasium gegen der Oberrealschule Wehlau. An diesem 11. Februar 1929 gewann Wehlau mit 1:3. Noch Anfang März gewann im selben Jahr der Königsberger Hockey-

club gegen Prussia Samland Königsberg mit 6:0. 1929 entschied der VdS Tilsit das Finale gegen den VfL Rastenburg mit 0:3. Schiedsrichter Koller, so recherchierte Botsch, wurde von der Prussia Samland Königsberg gestellt und Frohwerk lautete der Name des Tilsiter Torhüters.

## Zum Eislaufen bedarf es Eis

Aber nicht nur die Mannschaften mit ihren Ergebnissen finden hier einen Platz. Interessant beschreibt der Autor, wie das sportliche Winterereignis Schlittschuhlaufen in

Königsberg Einzug hielt. Eislauf gab es nicht nur auf dem Oberteich und den Wiesen der Lomse, sondern natürlich auch auf dem Schlossteich. In den 30er Jahren wurde dieses Gut auch wirtschaftlich genutzt. Im Jahr 1910 betrug die Pacht für die Schlossteichnutzung pro Winter noch 2000 Mark.

## Magistratsbeschluss

Mit dem Direktor des städtischen Amtes für Leibesübungen, Julius Podel, wurde jedoch ein Magistratsbeschluss herbeigeführt, der

besonders positive Auswirkungen auf das sportliche Geschehen in Königsberg hatte. Es wurden alle Stacheldrähte auf dem Schlosssteich beseitigt und die Eislaufplätze nicht mehr einzeln verpachtet. Jetzt wurde der gesamte Bereich hergerichtet und alle durften ihrer eisigen Leidenschaft fröhnen. Im *Ostpreußenblatt* vom 2. März 1963 heißt es: „Südlich der Schlossteichbrücke wurde in der Mittelachse ein Kunstlaufplatz und ein Eishockeyplatz, ferner nahe der Stadthalle ein Platz für Schulklassen ausgewiesen und durch die Fähn-

chen und Schneewälle kenntlich gemacht. Die gesamte zwischen diesen Einheiten verbleibende Fläche stand der Allgemeinheit zur Verfügung“. Ein Rundlauf vom Münzplatz zur Stadthalle zurück ergab die Laufstrecke rund einen Kilometer. „Gleich im ersten Jahr wurden so viele Tages- und Dauerkarten verkauft, daß die für die Pflege der Eisbahn auflaufenden Kosten voll wieder eingebracht wurden. Die Sportplätze wurden für die interessierten Vereine nach Stundenplan vergeben.“ Mit diesem Beschluss konnten alle und nicht nur wenige die Eisflächen nutzen.

## Herbert Schibukat

Ein Superstar des Eishockeys war der Rastenburger Herbert Schibukat. Schon mit fünf Jahren stand er 1919 auf Schlittschuhen und kam schon früh in die Jugendmannschaft des Rastenburger Sportvereins. Mit 19 Jahren war er der jüngste Spieler der Nationalmannschaft. Selbst während des Zweiten Weltkrieges erzielte er im Eishockey Tore, seinerzeit jedoch für den Rot-Weiß-Berlin, der Sammelpunkt für viele Nationalspieler war. Doch letztlich verhinderte der Krieg die Sportkarriere vieler junger Spieler. Schibukat schaffte es immerhin noch in den Verein Preußen Krefeld und trat als Verteidiger in der Eishockeymeisterschaft 1951/52 auf. Auch bei den Olympischen Spielen in Oslo 1952 traf er gegen die Norweger und bestritt ein Jahr später sein letztes Länderspiel mit einem Tor gegen Schweden. *CRS*

## REZENSION

## Ein Appell

Flucht in weltweiter Betrachtung

Ostpreußen hat in den vergangenen Jahren kein anderer Autor so nachhaltig in Erinnerung gebracht wie der Historiker Andreas Kossert. Seine Bücher über die Region, über Masuren und über den schwierigen Neuanfang vieler Vertriebenen im Westen haben viel Beifall gefunden.

## Traumatisches Erlebnis

Jetzt hat er das Thema „Flucht“ in weltweiter Perspektive betrachtet und zeigt, wie sehr entgegen manch optimistischen Darstellungen die Zeit seit dem Ersten Weltkrieg auch eine Katastrophengeschichte von Krieg, Elend, Flucht und Vertreibung ist.

Flucht und Vertreibung, das zeigt Kossert einleitend, begleiten die europäische Geschichte seit Jahrhunderten. Er nennt die Vertreibung von Muslimen und Juden aus Spanien nach 1492, die Glaubensflüchtlinge in der frühen Neuzeit, Armenier im Osmanischen Reich, den brutalen „Bevölkerungsaustausch“ zwischen Griechen und Türken nach 1923, Karelrier in Finnland, Italiener aus Istrien und Kroatien, Polen aus dem früheren Ostpolen, Jesiden im Irak, Hindi und Moslems in Indien und Pakistan, Rohingyaas

aus Birma und immer wieder Vertriebene aus Ostpreußen und Schlesien.

Den Hauptteil des Buches bilden dann weit über hundert persönliche Zeugnisse aus den genannten Regionen. Sie stammen aus verschiedenen Quellen, historischen und belletristischen Darstellungen. Welche Region man auch nimmt, die Schicksale gleichen sich fast überall: das traumatische Erlebnis der unwiderruflich verlorenen Heimat, Angst, Erschöpfung und Hoffnungslosigkeit, Ankunft in einer abtunenden Fremde, neues Leben unter oft erbärmlichen Umständen.

## Heimweh

Dazu nie versiegendes Heimweh: „In Israel sehnen sie sich nach dem Kurfürstendamm, in Polen nach Grodno, in Finnland nach den Landschaften Kareliens, in Italien nach Fiume und den Küsten Istriens, in Delhi nach Lahore, in Athen nach Smyrna, im Nachkriegsdeutschland nach dem Riesengebirge und den masurischen Seen.“

Selbst wer in dritter Generation – wie etwa der aus einer ostpreußischen Familie stammende Ministerpräsident Baden-Würt-

tembergs Winfried Kretschmann – heimisch geworden ist, spürt, so zitiert der Autor mehrere Zeugnisse, noch die früheren Ursprünge.

## Gemeinsame Anstrengung

Kosserts Buch ist ein flammender Appell, Flüchtlingen offen zu begegnen und Fluchtursachen „in gemeinsamer Anstrengung“ zu bekämpfen. Gerade auf diesen Aspekt hätte er vielleicht noch etwas mehr eingehen sollen, so diffizil dieses Thema auch ist.

Vereinzelt erscheint manche Darstellung zum Leben in der Nachkriegszeit etwas zu stark gezeichnet; zu Dänemark beispielsweise (Seite 245) gibt es gerade von Flüchtlingen auch anderslautende Äußerungen. Aber das sind Marginalien zu einem Buch, das trotz des nicht gerade freundlichen Themas viele Leser verdient. *Dirk Klose*



**Andreas Kossert: „Flucht. Eine Menschheitsgeschichte“**, Siedler Verlag, München 2020, gebunden, 432 Seiten, 25 Euro

## IMMANUEL KANT

## Zum Jubiläum

„Der bekannteste Denker Europas“

In der laufenden Kant-Dekade zu seinem 300. Geburtstag ist unsere Ostpreußische Landsmannschaft in Schleswig-Holstein bemüht, den größten deutschen Philosophen zu würdigen.

Im Alter zwischen 24 und 46 Jahren veröffentlicht Immanuel Kant Bücher über alles, was ihn interessiert: Theorie des Himmels, Erdbeben, das Schöne und Erhabene, Geschichte, Politik, Erziehung und Menschenkenntnis. Darüber hält er in Königsberg Vorlesungen. Er ist ein bekannter Literat und Aufklärer. Im Alter zwischen 45 und 57 Jahren arbeitet er an seinen philosophischen Hauptwerken. 1781 erschien die „Kritik der reinen Vernunft“, 1788 die „Kritik der praktischen Vernunft“ und 1790 die „Kritik der Urteilskraft“. Die drei Bücher stehen im Zusammenhang. Sie gründen eine neue, eine kritische Philosophie und damit Kants Ruhm.

## Sohn eines Sattlers

Der Sohn eines Königsberger Sattlers ist seit 1770 Professor für Logik und Metaphysik. Seine Vaterstadt verlässt der Jungeselle fast nie. Sein Tag von fünf Uhr morgens bis zehn Uhr abends verläuft mit großer Regelmäßigkeit. Klein, mager, etwas schief gewachsen, nen-

nen Freunde ihn den kleinen „Magister“. Jeder bewundert seinen scharfen Verstand. Die wachsende Anerkennung macht ihn selbstsicher. Jeden Kreis weiß er witzig zu unterhalten.

Seine Lehrtätigkeit gestaltet er als Anleitung zum Denken. Da Logik sein Fach ist, fragt er früh, wie weit Logik reicht. Er entdeckt, dass Logik und reale Verhältnisse nur teilweise übereinstimmen, nämlich soweit wie die Kategorien des Verstandes reichen. Deckungsgleich sind Logik und Realität nicht. Deshalb kann immer nur von begrenzter Erkenntnis die Rede sein. Die „Dinge an sich“ wie Kant sie nennt, bleiben unerkannt, auch wenn sie auf die Erkenntnis einwirken. Erkannt wird nur, was dem Verstand entspricht. Begrenztheit ist der Preis der Gewissheit.

Kant sieht, dass alle Wissenschaft auf Gewissheit gründet. Die Rätselfrage aller Erkenntnis bringt er auf den Punkt: Wie weit ist Übereinstimmung zwischen den Bildern des Verstandes und den tatsächlichen Gegebenheiten möglich? Und er zieht die Grenze: Sie ist nur möglich, soweit die Verstandesregeln reichen.

Diese Grenze aufgezeigt zu haben, ist Kants Verdienst. Die Ent-

deckung ist für viele eine Offenbarung, andere wollen sich damit nicht abfinden. Die von Kant behauptete Begrenztheit des Verstandes stört sie. Daraus entsteht der deutsche Idealismus, der sich auf Kant beruft, ihn aber zu überwinden trachtet.

Für diesen Zweck bietet die „Kritik der praktischen Vernunft“ sich an. Hier untersucht Kant die Willensfreiheit, das freie Handeln und die Moral. Für die Freiheit gilt die Begrenztheit der Erkenntnisse nicht. Der Wille kann gegen die Realität handeln.

## Deutscher Idealismus

So verkümmert im deutschen Idealismus die Erkenntniskritik. Das Absolute wird zum Wunschtraum. Die Freiheit soll ihn verwirklichen. Auch Kant sieht den Menschen durch Freiheit bestimmt. Weil diese den Verstand übersteigt, ist sie ihm „übersinnlich“. Zu verstehen ist sie nur in Verbindung mit den Gesetzen der Moral. Sie sind Thema der Kritik der praktischen Vernunft. *Edmund Ferner*

● **Der Autor** ist Vorsitzender der Landesgruppe Schleswig-Holstein der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

FLUCHT 1945

# U-Boot-Einsatz bei der Flüchtlingsrettung

Etwa 50 U-Boote waren an der Evakuierung von Zivilisten aus Ostpreußen beteiligt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ende Januar 1945 startete die deutsche Kriegsmarine eine der größten Rettungsaktionen der Geschichte, um die Zivilbevölkerung aus dem eingekesselten Ostpreußen nach Westen zu evakuieren. Die Gesamtleitung der Operation, welche praktisch bis Kriegsende andauerte, lag in den Händen von Generaladmiral Oskar Kummetz, dem Chef des Marineoberkommandos Ostsee in Kiel, und Konteradmiral Conrad Engelhardt, seines Zeichens Leiter der Abteilung Seetransporte der Wehrmacht. Insgesamt kamen rund 400 Überwasser-Einheiten der Kriegsmarine sowie um die 670 zivile Schiffe zum Einsatz, darunter auch die großen Passagierdampfer, welche früher Kreuzfahrten durchgeführt hatten. Das ist allgemein bekannt beziehungsweise relativ gut erforscht. Dagegen gehört das Ausmaß der Beteiligung deutscher Unterseeboote an den Evakuierungen noch heute zu den weniger gut dokumentierten Aspekten der Aktion.

## Nicht für die Aktion geeignet

Auf jeden Fall galten die mit Technik vollgestopften U-Boote, in denen die Besatzungen in extremer Enge und unter größten Entbehrungen lebten, nicht als geeignete Fahrzeuge, um Zivilisten in Sicherheit zu bringen. Deshalb waren sie auch kein Bestandteil der Planungen von Kummetz und Engelhardt. Dazu kam die bis Anfang Mai 1945 bestehende Befehlslage, der zufolge der U-Boot-Krieg mit aller Kraft fortzusetzen sei. Andererseits existieren aber Hinweise auf Kommandanten, welche sich dazu entschieden, Flüchtlinge an Bord zu nehmen, als die Verlegung der Boote nach Westen anstand. Weil sie damit bewusst gegen ihre anderslautenden Instruktionen verstießen, unterblieb dann freilich vielfach die Dokumentation der Rettungsmissionen in den offiziellen Kriegstagebüchern der Marine. Trotzdem konnten die



Leben auf beengtem Raum: Mannschaft eines U-Boots beim Essen im Zweiten Weltkrieg

Foto: pa

Bibliothek für Zeitgeschichte innerhalb der Württembergischen Landesbibliothek in Stuttgart und das Deutsche U-Boot-Museum beziehungsweise die Stiftung Traditionsarchiv Unterseeboote in Cuxhaven-Altenbruch einige diesbezügliche Fakten zusammentragen oder gar Einzelunternehmen rekonstruieren.

So gibt es einen Bericht über die Fahrt von U 56 unter Leutnant zur See Walter Kaeding, die Ende Januar 1945 von Pillau nach Kiel führte. Kaeding erlaubte die Mitnahme von zwei Flüchtlingsfrauen und vier Kindern und wurde dafür anschließend vom Chef der 5. U-Flottille, Korvettenkapitän Karl-Heinz Moehle, wegen sei-

## 1500

Zivilisten konnten dank des Einsatzes verschiedener U-Boot-Kapitäne aus Ostpreußen gerettet werden.

ner „eigenmächtigen Auslegung von Befehlen“ gerügt. Allerdings nur fürs Protokoll – unter vier Augen bezeichnete Moehle die Rettungsaktion dann als absolut richtig.

Die gleiche Route wie U 56 nahm U 152, das von Oberleutnant zur See Gernot Thiel kommandiert wurde und einen ganzen Pulk von insgesamt zwölf U-Booten anführte, die ab dem 26. Januar 1945 169 Zivilisten aus Ostpreußen in Sicherheit brachten. U 1306 unter Oberleutnant zur See Ulrich Kiessling unternahm sogar zwei Evakuierungsfahrten: Die erste führte Ende Januar 1945 von Pillau nach Kiel, wobei zwölf Kinder an Bord waren. Die zweite fand Anfang März 1945 statt. Diesmal brachte das Boot eine Frau mit drei Kindern und eine komplette Schulklassen von Hela nach Warnemünde. Besondere Bekanntheit erlangte U 999, weil die Enkelin

des Kommandanten Oberleutnant zur See Wolfgang Heibges später einen Aufsatz über dessen Rettungsmission veröffentlichte. Zwischen dem 14. und 16. März 1945 transportierte das Boot drei Mütter mit ihren sieben Kindern und mehrere Dutzend Hitlerjungen nach Westen.

## Evakuierung verfilmt

Zu U 3505 unter Oberleutnant zur See Horst Willner zeigte der Fernsehsender Arte 2006 sogar eine szenische Dokumentation. Das Boot vom neuen Typ XXI nahm die Ehefrau und die nur wenige Wochen alte Tochter des Kommandanten sowie drei weitere Frauen und 50 Hitlerjungen – manche Quellen sprechen sogar von 110 – an Bord und erreichte dergestalt überladen am 2. April 1945 Travemünde.

Kurz vor der Eroberung von Danzig durch die Rote Armee verließ auch U 3513 unter Oberleutnant zur See Otto-Heinrich Nachtigall den Hafen von Hela. In der engen Stahlröhre drängten sich neben der Besatzung noch 80 Zivilisten. Und andere Boote wagten Ähnliches. Auf den kleinen Unterwasser-Fahrzeugen, die normalerweise gerade so Platz für 25 bis etwa 60 Mann boten, brachten die Seeleute der Kriegsmarine zusätzlich zwischen 40 und 120 Menschen unter, was an ein Wunder grenzte. Das gilt beispielsweise für U 1110, U 2533, U 3010, U 3012, U 3020, U 3023, U 3025, U 3507, U 3511, U 3517, U 3522 und U 3529. Aus den vorhandenen Quellen geht hervor, dass über 50 deutsche U-Boote in den ersten Monaten des Jahres 1945 Flüchtlinge aus Gotenhafen, Pillau, Danzig, Königsberg, Hela und weiteren Ostseehäfen nach Westen transportierten. Die Gesamtzahl der auf diese Weise Geretteten wird auf rund 1500 geschätzt. Das erscheint wenig, dahinter standen aber stets höchster schwieriger individuelle Entscheidungen der zumeist noch sehr jungen Kommandanten. Zudem gab es mit Sicherheit auch eine Dunkelziffer, deren Ausmaß wohl für immer ungewiss bleiben wird.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Hollywood verhalf der Bobertalbahn zu neuem Schwung

Stillgelegte Strecken in Niederschlesien sollen wiederbelebt werden – Bürokratische Hürden garantieren Verzug

Das Marschallamt (vergleichbar mit einer Staatskanzlei eines Bundeslandes) der Woiwodschaft Niederschlesien will die vor wenigen Jahren stillgelegte Bobertalbahn von Hirschberg [Jelenia Góra] nach Löwenberg in Schlesien [Lwówek Śląski] wieder in Betrieb nehmen.

Nachdem das Amt bereits im Sommer 2020 die Bahnstrecken von Zillertal-Erdmannsdorf [Mysłakowice] nach Krummhübel [Karpacz] und von Greifenberg [Gryfów Śląski] über Friedeberg [Mirsk] nach Bad Flinsberg [Świeradów-Zdrój] vom Staat übernommen hat, wurde Anfang Februar eine Firma damit beauftragt, in den nächsten vier Monaten die alten Schienen und Schwellen der beiden Strecken abzutragen. Auf den Trassen werden gänzlich neue Gleiskörper für umgerechnet etwa elf Millionen Euro verlegt.

Beide Verbindungen in die Gebirgswelt von Piesen- und Isergebirge sollen für den Passagierverkehr wiederbelebt werden. Ebenso soll nun auch noch die Bobertalbahn in den Genuss einer Streckenerneuerung kommen. Um sie hatte es in den vergangenen Monaten einigen Wirbel gegeben, da das Hollywood-Filmteam von „Mission: Impossible 7“ die

spektakuläre Bahnbrücke über der 1905/06 erbauten Bobertalsperre im Film sprengen wollte.

## Filmteam wollte Brücke abreißen

Als Piotr Rachwalski, einstiger Vorsitzender der Niederschlesischen Eisenbahnen [Koleje Dolnośląskie] erfuhr, dass man einen Film auf seiner Strecke drehen wollte, war er zunächst entzückt. Aber dann stutze er doch, als er erfuhr, dass die Filmagentur nicht nur die stillgelegte Bahntrasse mit der Brücke nutzen, sondern letztere sogar sprengen wollte. Obwohl man ihm versprach, die Brücke nach dem Dreh wieder aufzubauen, blieb Rachwalski skeptisch. Er peilte über den Daumen, dass die Wiederherstellung allein sieben Millionen Euro kosten dürfte. „Es ist ein seltenes Kulturdenkmal. Die Stahlkonstruktion von 1906 überdauerte bereits einen Sprengversuch im Frühling 1945, als die Deutschen auf dem Rückzug waren“, betont er im Bahnmagazin „Rynek Kolejowy“.

Barbara Nowak-Obelinda vom Niederschlesischen Denkmalschutzamt versicherte indes, dass niemand einen entsprechenden Antrag gestellt habe. Ohnehin hätte Antragsteller nur der Eigner, also die Polnischen Staatsbahnen (PKP) sein kön-



Modell auf einer Modellbauanlage in Bad Flinsberg: Der Bahnhof Friedeberg [Mirsk] in Miniatur

Foto: Świeradów-Zdrój

nen. Die Folge war jedenfalls, dass der Denkmalschutz die Brücke vorbeugend in die Liste geschützter Denkmäler eintragen ließ.

Für den Marschall Niederschlesiens soll die Übernahme der Boberbahntrasse

keine „Mission impossible“ sein. „Wir sind bereit, diese Bahnlinie von den jetzigen Verwaltern, der Polskie Linie Kolejowe (PLK – die Netzverwaltung) und den Polskie Koleje Panstwowe (PKP – Polnische Staatsbahnen) zu überneh-

men. In Zukunft werden dort Züge der Niederschlesischen Bahnen fahren!“, twitterte Przybylski.

## Keine „Mission impossible“

Doch er könnte dabei auf einige Schwierigkeiten stoßen. Während die Bahntrasse eben von der PLK verwaltet wird, ist die sonstige Infrastruktur entlang der Strecke Eigentum der PKP. Bevor das Marschallamt übernehmen kann, müssen PLK und PKP die formalrechtlichen Fragen untereinander klären – Verzug garantiert. Das letzte Wort hätte der Infrastrukturminister.

Für Przybylski hat die Wiederbelebung der im Dezember 2016 stillgelegten Trasse von Hirschberg über Lähn [Wleń] nach Löwenberg jedoch Priorität. Der Sejmik-Abgeordnete Patryk Wild sagte gegenüber Radio Breslau, dass das Niederschlesische Marschallamt vorgeschlagen habe, bereits jetzt die Verwaltung der Trasse zu übernehmen. „Wir Abgeordneten stellen jedoch eine Bedingung. Sollte uns die Trasse nicht übertragen werden, bekommen wir alle damit verbundenen Kosten erstattet“, so der parteilose Abgeordnete.

Chris W. Wagner

## SILBER DES MEERES

## Der Hering – Fisch des Jahres 2021

„Hunderttausend Heringsfässer lagern auf der Lastadie und Stettin versendet sie“

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Der Fisch des Jahres 2021 ist der atlantische Hering, *Clupea harengus*, auch „Silber des Meeres“ genannt. Er wurde vom Deutschen Angelfischerband, dem Bundesamt für Naturschutz und in Abstimmung mit dem Verband deutscher Sporttaucher dazu gekürt. Der Hering ist der wichtigste Nutzfisch der Meere, obwohl sein Bestand derzeit gefährdet ist. Er ist ein Schwarmfisch, lebt gesellig und weidet das Meer nach Nahrung ab. Die Fischer kennen ihre Wanderwege und folgen ihnen.

In meiner Heimatstadt Stettin habe ich oft diesen Spruch gehört: „Hunderttausend Heringsfässer lagern auf der Lastadie und Stettin versendet sie.“ Hierher kamen Heringe von den Hochseefischern, die in der Nordsee bis in den Atlantik und nach Island fischten. Der Fang wurde dann gleich auf dem Hochseefischdampfer eingesalzen.

Der Stettiner Arzt Ludwig Schleich, Entdecker der örtlichen Betäubung, behauptet in seinem Buch „Besonnte Vergangenheit“, dass seine Heimatstadt das Gepräge einer echten Fischer- und Kommerzstadt besaß. Die Lagerschuppen für Heringe waren kilometerlang und bildeten, wie der angeführte Spruch schon aussagte, den größten Stapelplatz für Fisch in Deutschland. Zwischen Baum- und Hansabrücke war das Fischbollwerk. Hier wurden die Heringe verkauft. Heringe waren preiswert. Den Maklern wurde nach altem Brauch eine Heringsprobe vom Fass gereicht.

## König der Fische

In drei Gruppen wurden die Heringe eingeteilt und zwar in Matjesheringe (Jungmädchenheringe), Vollheringe und Ihlen. Die letzteren sind etwas zäh und vertrocknet, altgewordene Heringe eben, die sich noch für Rollmöpse oder Marinaden eignen. Grüne Heringe dagegen werden in Küstennähe gefangen und frisch verarbeitet. Übrigens präsentiert sich das Bundes-

land Mecklenburg-Vorpommern gern mit Küstenspezialitäten, zum Beispiel Fischgerichten aus Altefähr auf Rügen, und die Hochschulen stellen sich unter das Motto: „Studieren mit Meerwert“.

Die Anfänge gehen bis ins frühe Mittelalter zurück. Große Bedeutung erlangte der Heringsfang jedoch erst Mitte des 13. Jahrhunderts, als die Kaufleute der Hanse ihre Fangmethoden und den Vertrieb professionalisierten. In der Oberschule hörten wir vor 80 Jahren, dass es zur Hansezeit hieß: „Krakau ist ein Kupferhaus, Reval ein Wachs- und Flachshaus, Rostock ein Malzhaus, Danzig ein Kornhaus, Stettin ein Fischhaus, Hamburg ein Brauhaus, Lübeck ein Kaufhaus und Lüneburg ein Salzhaus.“

Es wurde auch erzählt, dass ein armer Mann in der Inflationszeit der 20er Jahre im vorigen Jahrhundert sich für die Woche nur einen Salzhering leisten konnte, den er über dem Küchentisch aufhängte, mit der heißen Pellkartoffel wochentags über ihn fuhr, um ihn dann am Sonntag zu verspeisen.

## Bismarckhering und Bückling

Nach dem Kanzler Bismarck wurde ein sauer eingelegter Hering benannt. Von ihm weiß man auch zu berichten, dass er einmal geäußert hätte: „Wenn der Hering so teuer wie der Hummer wäre, gälte er mit Sicherheit in den höchsten Kreisen als Delikatesse.“

Im Kochbuch „Spezialitäten aus Pommern“ von Hannelore Doll-Hegedo findet der Leser sechs Gerichte mit Hering. Der Bückling besitzt sogar einen Taufpaten. Es ist der Niederländer Beuckels, der schon 1397 starb. Einer Legende zufolge soll Kaiser Karl V. an dessen Grab Halt gemacht und zu seinem Gefolge gesagt haben: „Dieser Mensch hier verdient für diesen Hering, den Bückling, ein Ehrenmal.“

## Badeort trägt seinen Namen

Der Hering hat auch einem Ort auf Usedom seinen Namen gegeben. Wer hat nicht schon etwas über den mondänsten



Malerisch: Ostsee-Fischfangflotte in Warnemünde

Urlaubsort auf Deutschlands zweitgrößter Insel gelesen? Das Land dieses Ortes gehörte einmal zum Besitz des früheren Stettiner Oberforstmeisters Bernhard von Bülow (1768–1854). Er war ein Vorfahre von Lorient. Im Jahr 1817 hatte er mit seinem Bruder das Rittergut Gothen mit Neuhoft und Neukrug erworben. Er ließ auf dem Kulm eine große Sommerresidenz mit mehreren Logierhäusern bauen.

## Königlicher Besuch

Im Jahr 1820 besuchte der preußische König Friedrich Wilhelm III. mit dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm und dem Prinzen Wilhelm seinen Oberforstmeister. Man besichtigte auch den Strand und eine kleine Fischerkolonie bei Neukrug. Die Fischer waren gerade dabei ihre Heringe einzusalzen. Der Oberforstmeister forderte den Kronprinzen auf, dieser noch namenlosen Fischerkolonie einen Namen zu geben.

Aus der Situation heraus fiel dem späteren König Friedrich IV. der Name Heringsdorf ein. Ausgehend von der adligen Gründung sollte sich der Ort zu einem

Treffpunkt der Aristokratie und der Hochfinanz zu einem Weltbad entwickeln. Heute ist Gothen ein Ortsteil von Heringsdorf.

Heringsdorf wurde ab 1870 die Badeanlage Berlins genannt. Ab 1893 besaß dieser Badeort eine 500 Meter lange Seebrücke. Im Jahr 1903 bekam sie einen seitlichen Anleger, die Odinbrücke zum Anlegen für Küstenpassagierdampfer. Heute ist das ehemalige Kaiserbad ein hochmodernes Kur- und Spaßbad geworden.

## Oberfischmeisteramt Swinemünde

Für den Beruf des Fischers sind die wenigsten geschult oder umgeschult worden. In diesen Beruf wurde bis zum Jahr 1945 der Nachwuchs hineingeboren. Ein Fischer ist kein Angler oder Mitfahrer auf einem Fischerboot. Er wächst in diesen Beruf hinein, lernt Netze zu knüpfen oder zu flicken, weiß das Boot zu lenken, zu segeln, und kennt sich mit dem Wetter aus.

Bis 1945 stand das Fischereigewerbe an der Ostsee unter Aufsicht des Oberfischmeisteramtes in Swinemünde. Es war nötig, damit die Fischer nicht mehr

Fischereigeschirr benutzen, als sie gepachtet hatten. Es war auch verboten, in den Laichrevieren zu fischen.

Ende der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts entstand als Zubrot zum kärglichen Lohn der Fischer, besonders in den Orten um Wolgast, Greifswald, Anklam sowie Usedom, das Knüpfen von Teppichen. Berühmt wurden die Freester Fischerteppiche. Immer wiederkehrende Motive waren Fische, Wellen, Anker, Möwen und Stranddisteln. Jeder Teppich war ein Unikat.

● **Info** Der Heringsbestand in der Ostsee ist in Gefahr. Laut Auskunft eines Ostseefischers auf Fehmarn hat das mehrere Ursachen. Zum Beispiel der enorm gewachsene Kormoranbestand, einwandernde Seehunde; der Klimawandel durch erhöhte Wassertemperatur und veränderte Lichtverhältnisse. Es wird auch untersucht, ob Planktonveränderung für den Planktonfressenden Hering eine Ursache sein kann. Durch Pflanzenschutzmittel und weniger Dünger hat sich die Bodenbedeckung durch Wasserpflanzen verändert.

## STRALSUND

## MV-Werften im Trudeln

Ist ihr Untergang „alternativlos“?

Besser in Schiffe als in Arbeitslosigkeit investieren – so ist mir der markanteste Satz von Oberbürgermeister Alexander Badrow zur neuerlichen Werften-Krise in Erinnerung. Wie wahr, kann ich da nur jubeln, gäbe es denn auch potente Investoren. Die sind aber nicht in Sicht. Mir und schiffahrtsjournalistischen Kollegen ist jedenfalls kein einziger bekannt.

Niemand investiert heute in Werften, höchstens in Gold und Immobilien. Apropos: als Immobilie ist das Gelände am Strelasund durchaus (ver-)handelbar oder auch als „maritimer Gewerbepark“. So einen Vorschlag gab es meines Wissens schon einmal: bezogen auf die brachliegende ehemalige Strahl-Werft im Schatten der Rügenbrücke. Was ist bisher daraus geworden? Mal wieder nichts als heiße Luft. Eine Werft wird dort sicher nicht mehr einziehen.

Vielleicht hoffen einige auf „die Chinesen“, die ja schon so manches deutsche Unternehmen aufgekauft haben. Das ist dann meistens Hochtechnologie, von der selbst die findigen Ostasiaten profitieren können. Nicht aber von einer konventio-



Schnellstes Containerschiff der Welt und größtes der Volkswerft: Auslaufen des 300 Meter langen, 52.000-Tonnen-Neubaus „Maersk Baltimore“ zur Probefahrt

nellen Werft, die nach deutschen Tarifen bezahlt und nicht nach chinesischen Niedrigstlöhnen. Inzwischen ist China zu einem der führenden Schiffbauländer der Welt aufgerückt. Interessant dabei, dass von dort immer mehr hoch spezialisierte Schiffe kommen, die man in Europa nicht annähernd zu chinesischen Preisen bauen

könnte. Darunter Offshore-Fahrzeuge, Schwergutfrachter, Fähren und auch Kreuzfahrtschiffe. Von Letzteren nahm man sogar an, dass die Chinesen sie gar nicht bauen könnten. Weit gefehlt und arrogant daneben gedacht! Die MV-Werft, besonders der Standort Stralsund, hat in der Vergangenheit zur Genüge bewiesen,

wie flexibel sie ist. Da wurden nicht nur Fischereifahrzeuge am Fließband gebaut, nein, auch hochwertigste Passagierschiffe wie die drei Hurtigruten-Schiffe, Bagger und Containerfrachter, die mit ihrer Geschwindigkeit an der Weltspitze lagen.

Ihre Kapitäne sind heute noch voll des Lobes wegen deren guter Qualität. Ich selbst habe das in einem Orkan in der Barents-See erleben können, bei 17 Meter hohen Wellen und heftigem Seeschlag. Auch wenn es zurzeit ganz still ist auf der Werft, die See geht hinter den Kulissen hoch. Da geht's um viel (Steuer-)Geld.

Manche sprechen von einem Fass ohne Boden oder fordern sogar eine Verstaatlichung. Um auf den Kernsatz von Badrow zurückzukommen: in Schiffe investieren! Kann das, will das der Staat überhaupt? Denn dazu gehört Akquise, also das Beschaffen von Aufträgen. Klar, wird jetzt mancher sagen, warum nicht Marine-Schiffe selbst bauen, statt milliardenschwere Aufträge ins Ausland zu vergeben. Das jedenfalls machen Deutschlands NATO-Partner nicht. Die lassen auf eigenen Werften bauen, nicht nur aus

Kostengründen. Da schwebt mir das Beispiel Peene-Werft vor Augen. Die ist mit Marine-Aufträgen auf Jahre gut ausgelastet. Während auf der Stralsunder Werft nicht einmal Schiffe repariert werden. Obwohl das ein bedeutender Markt ist. Zumal Stralsund den größten Schiffsflottentender Welt hat. Der liegt ungenutzt da.

Wenn man sieht, wie gut zum Beispiel Blohm & Voss in Hamburg und die Lloyd-Werft in Bremerhaven damit ausgelastet sind und über die Runden kommen. Da müsste auch nicht die „Gorch Fock“ (1) von Stralsund für viel Geld nach irgendwohin – man spricht von Wolgast – geschleppt werden. Die ließe sich hier am Sund reparieren und noch viele weitere Schiffe, die ihre Klasse erneuern oder Reparaturen erledigen lassen müssen.

Sprüche klopfen und Steuergelder ausgeben kann jeder gut bezahlte Politiker. In erster Linie wird sie wohl kaum das Schicksal der Werftarbeiter tangieren, sondern mehr die (Wieder-)Wahl. Statt zum „Wohle des Volkes“ wird hier sicher mehr an das eigene gedacht.

Peer Schmidt-Walther

# „Endlich mal wieder gegensätzliche Meinungen!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Wundervoll geschrieben, sehr gut zusammengefasst, vielen, vielen Dank!“

Christian Musiol, Berlin  
zum Thema: Fürst Pückler (Nr. 4)



Ausgabe Nr. 6

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## DEN GLAUBEN NICHT VERLOREN ZU: EIN LINKER „RUCK“ FÜR UNSER LAND (NR. 6)

Uneingeschränktes Kompliment! Seite 3 war ein Hochgenuss. Ich habe lange nicht eine derart zutreffende Einschätzung der politischen Parteienlandschaft und der gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Lande gelesen. Solange es derartige Autoren und insbesondere auch eine diese veröffentliche Zeitung in Deutschland gibt, ist der Glaube an Meinungspluralismus und Demokratie noch vorhanden.

Einziger Widerspruch gilt der Befürwortung des Autors zum Grundeinkommen. Verschiedenheit schafft Leistungsanreiz und damit Fortschritt, nicht Gleichmacherei und Grundeinkommen. Auch das ist menschliche Natur, in die Politik nicht eingreifen sollte.

Endlich mal wieder gegensätzliche Meinungen und Disput! Vielleicht gelingt dem Autor auch eine Handlungsanweisung für die neue Konservative als notwendigem Gegenpol zur neuen Linken. Es ist ihm durchaus zuzutrauen.

Sie machen wirklich eine niveauevolle Zeitung. Der Erfolg der ständigen Präsenz am Zeitungskiosk gibt Ihnen recht.

Peter Warnke, Greifswald

## ZUGUNFALL BEI GRÜNHAGEN

ZU: UNGLÜCK AUF DER SCHIENE  
(NR. 5)

Die in dem Artikel erwähnten Eisenbahnunfälle passierten bis auf einen nicht in Ostpreußen. Dieser eine, im Text unzutreffend mit „Grünberg bei Mohrunen“ bezeichnet, in Wirklichkeit Grünhagen bei Preußisch Holland, war auch kein „Ostbahn-Unfall“. Nachstehend der tatsächliche Sachverhalt:

In der Nacht vom 22. auf den 23. Januar 1945 fuhr in Grünhagen, Nebenbahn Güldenboden-Maldeuten, ein mit Flüchtlingen besetzter Güterzug auf einen im Bahnhof haltenden Lazarettzug auf, dessen letzte Wagen zusammengedrückt wurden. Durchgebrochene Sowjetpanzer

mit aufgesessener Infanterie sorgten dann für weitere Tote, nach Angaben des Grünhagener Ortschronisten mindestens 150, wahrscheinlich mehrere Hundert.

Ursächlich war vermutlich die unterbrochene Verständigung zwischen den Bahnhöfen sowie die für die herrschenden Sichtverhältnisse (Schneetreiben und Verdunkelung) zu hohe Fahrgeschwindigkeit des Flüchtlingszuges, zudem sollen die Lokpersonale völlig übermüdet gewesen sein.

Rainer Claafßen,  
Wülfershausen a. d. Saale

## KEIN UNRECHT FÜR ALLE

ZU: ZENSUR ZUGUNSTEN EINER  
STASI-SPITZELIN (NR. 5)

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich bin kein „Deutschland, Deutschland über alles“-Typ. Aber was Recht ist, muss Recht bleiben, und zwar gleiches Recht für alle – nicht gleiches Unrecht! Deshalb hat mir Ihr Artikel über Anetta Kahane besonders gut gefallen.

Monika Falkenrath, Wuppertal

## MULMIGES BAUCHGEFÜHL

ZU: GLAUBWÜRDIGKEIT DER  
REGIERUNG SCHWER  
ERSCHÜTTERT (NR. 6)

Irgendwie habe ich jedes Mal nach diesem Hauptstadttreff unserer Landfürsten und Landesfürstinnen bei der „Päpstin der Pandemie“ ein verdammt mulmiges Gefühl in meiner Bauchgegend. Diese Herrschaften aus dem „Club 16 plus 1“ können oder wollen gar nicht mehr ohne „ihres“ unverzichtbaren Corona-Virus leben.

Allein zu diesem Zweck haben sie diesen überflüssigen Inzidenzwert von 50 auf 35 abgesenkt, und da geht bestimmt noch einiges mehr, beziehungsweise richtiger wäre, noch etwas weniger.

Auch diese „hochansteckenden“ Mutanten kommen zur rechten Zeit und passen wie die „Faust aufs Auge“, also ganz prima in das aktuelle Geschehen. Hochansteckend sollen diese Mutanten zwar

sein, aber von ihrer Gefährlichkeit, da hört man absolut nichts.

Was mich dann doch wieder etwas beruhigt, das ist das Verhalten unserer Profikicker, die sogar im Ansteckungsfall weiterhin tun und lassen können, was sie tun und lassen wollen.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

## DEMOKRATISCHES AUSSEHEN

ZU: GLAUBWÜRDIGKEIT DER  
REGIERUNG SCHWER  
ERSCHÜTTERT (NR. 6)

Wie verzweifelt und hilflos muss die Bundesregierung eigentlich sein, wenn sie die Wissenschaft um ein Gefälligkeitsgutachten mit einem „Worst-Case-Szenario“ ersucht, um bei der Corona-Pandemiebekämpfung einschränkende Maßnahmen durchdrücken zu können? Von einer demokratischen Regierungsebene in Auftrag gegeben – eigentlich unvorstellbar. Auch wenn Walter Ulbricht kein Demokrat war, trifft sein Bonmot aus dem Jahr 1945 den Kern des Handelns: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“

Dr. Hans-Dieter Seul, Berlin

## DAS ZIEL IM AUGE BEHALTEN

ZU: GOTTESHÄUSER IN PREUSSEN  
(NR. 51/52)

Die Bindungen und Verbindungen zur/mit der Kirche, die Sie beschrieben haben, waren ein Aha-Erlebnis für mich. Soweit reichten meine Kenntnisse nicht. Danke, das hat mir nicht nur gut gefallen, sondern die PAZ-Beilage war auch gut zur Erweiterung meines Wissens über Preußen. Ich glaube, jedermann, der das richtig interpretiert, wird sagen: „Es ist eine Schande, wie Preußen niedergemacht wurde und heute in den Dreck gezogen wird.“ Ich denke, nun wird es auch zu negativen Veränderungen bei der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten kommen.

Deshalb sehe ich auch die Arbeit der Landsmannschaften als äußerst wichtig

an. Diese Arbeit hätte keinen zukunftsweisenden Wert, würde es nicht das Ziel geben, mit dem die Heimatvertriebenen nach dem Krieg angetreten sind.

Es ist mir ein starkes Anliegen, dass insbesondere solche Publikationen wie die *Preußische Allgemeine* nie dieses Ziel aus den Augen verlieren, nie über Verlust oder Endgültigkeiten schreiben. Es gibt so viele Beispiele, die uns alle Mut für dieses Ziel geben können: Israel nach 3000 Jahren nenne ich ganz oben, die Katalanen, Basken, Schotten, nicht vergessen die Chinesen, nach wie vor der Freiheitswille der Tibeter und, was uns betrifft, vergessen wir nicht: die Südtiroler. Was mit dem Rest an Deutschen im Elsass passiert, darüber ist auch noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Nein, keine Überheblichkeit, nicht in einen Nationalismus verfallen. Aber das Ziel im Auge zu behalten ist legitim. Nun zuletzt: Habe ich das Ziel wörtlich genannt hier? Weshalb sollte das nicht auch in der PAZ gehen? Das Jahr 2021 verspricht spannend zu werden.

Markwart Cochius, Chemnitz

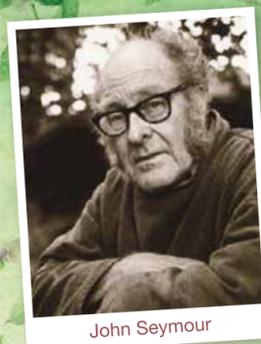
## IM WÜRGEGRIFF DER PANDEMIE

ZU: BER KOMMT AUS PANNENSERIE  
NICHT HERAUS (NR. 4)

Dem Flughafen Berlin Brandenburg (BER) konnte nichts Besseres als diese Pandemie passieren. Pannenserie, Pandemie, Panoptikum – eh schon alles wurscht. Diese Pannen gehören zum Pannenflughafen BER, das juckt keinen mehr die Bohne. Die Pandemie hat die Politiker voll im Griff, und die Politiker haben uns mit ihrer Pandemie-Politik voll im Würgegriff. Kuriositäten hier, Kuriositäten da, weltumspannend, weltweit, durchgehend und überall.

Wir bleiben erst einmal am Boden der Pandemie-Tatsachen und warten ab, vielleicht geht nach dem Sankt-Nimmerleinstag wieder was. Aber was machen wir bis dahin mit dem BER? Einmotten, rückbauen, zerdeppern oder alles so lassen, wie es gerade so ist? Riggi Schwarz, Büchenbach

ANZEIGE



John Seymour

## Der beliebte Dauerseller des Pioniers der Selbstversorgung nur bei uns als preiswerte Sonderausgabe!

### Mehr Lebensqualität durch selbst gefertigte Gebrauchsgegenstände

■ Wie alte Handwerkstechniken unser Leben in einer Konsum- und Wegwerfgesellschaft bereichern können, das zeigt dieses Buch. John Seymour erläutert, wie man Dinge des täglichen Bedarfs aus Naturmaterialien selbst herstellen kann.

Wie man zum Beispiel Gefäße töpft • Stoffe webt • ein Boot baut • Segel macht • einen Brunnen gräbt • Holzkohle brennt • Holzreifen herstellt • Leitern baut • Eisen gießt • Werkzeug herstellt • einen Besen bindet • Holzkohle brennt • Spankörbe flicht • Mauern aus Stein und Lehm aufbaut • Kalk brennt • ein Dach deckt • Schiefer gewinnt • Hecken anlegt • Torf sticht • Netze

knüpft • Leder gerbt • Sättel polstert • Mühlsteine schärft • Papier schöpft • Fäden spinn • Wolle verarbeitet • Stoffe färbt • Kerzen zieht • Seifen siedet und vieles andere mehr.

Kurzum: wie man Gegenstände manuell herstellt, Naturstoffe verarbeitet und handwerkliches Geschick einsetzt.

John Seymour: *Vergessene Künste* • Paperback • 191 Seiten • durchgehend illustriert • Best.-Nr. 970 800

Sonderausgabe  
nur 9.99 €\*  
statt 22.– €



\* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de  
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

## MEDIZIN

# Ganz und gar nicht so selten

Alleingelassen mit einem unersättlichen Hunger auf Leben – Zum „Tag der Seltenen Krankheiten“ am 28. Februar

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Am letzten Tag im Februar wird seit dem Jahr 2008 der „Tag der Seltenen Krankheiten“ begangen, zumindest von denen, die davon wissen. Dabei leben weltweit 300 Millionen Menschen mit einer dieser vielen Seltenen Krankheiten, wie der Hypophosphatasie oder dem Prader-Willi-Syndrom. In Deutschland leben etwa vier Millionen Menschen mit einer Seltenen Erkrankung. So gesehen sind die „Seltenen“ gar nicht so selten.

Aber was sind Seltene Krankheiten und wozu bedarf es dieses Tages?

Auf der Internetseite der Allianz Chronischer Seltener Erkrankungen, kurz: ACHSE, ist nachzulesen, dass in Europa eine Erkrankung dann als selten gilt, wenn nicht mehr als fünf von 10.000 Menschen das spezifische Krankheitsbild aufweisen. Rund 30.000 Krankheiten sind weltweit bekannt, davon zählen etwa 8000 zu den Seltenen Erkrankungen, die auch „Orphan Diseases“ genannt werden.

Mehr als 70 Prozent dieser Krankheiten sind genetischer Natur und werden schon bei der Geburt oder im frühen Kindesalter bemerkt. Andere entwickeln sich deutlich später. Viele dieser oft chronisch verlaufenden Krankheiten sind lebensbedrohlich oder führen zu Invaliderität.

ACHSE ist der Dachverband von und für Menschen mit chronischen Seltenen Erkrankungen. Sie lassen sich nicht heilen, und die Patienten sind dauerhaft auf ärztliche Behandlung angewiesen.

Betroffene und ihre Familien warten oft sehr lange auf eine Diagnose und nehmen dafür weite Wege in Kauf. Wirksame Therapien sind rar und teuer. Die Krankenkassen zahlen nicht immer alle Therapien und Hilfsmittel, die möglich sind. Behandlung und Betreuung erfordern von den Patienten und ihren Familien viel Kraft, Planung, Zeit und Mut.

Nach Aussage des Bundesgesundheitsministeriums (BGM) seien in Deutschland die medizinische Versorgung von Patienten und der Zugang zu Ärzten, Fachärzten und Spezialkliniken gut. Spricht man hingegen mit Betroffenen, so zeigt sich ein ganz anderes Bild.

## Eine Milchmädchenrechnung

Fehlende Diagnosen, sagt Lorenz Grigull, Leiter einer Spezialambulanz für Patienten ohne Diagnose, seien oft ein Problem: „Würde man einen Patienten mit einer Seltenen Erkrankung vier Tage stationär aufnehmen, alle Tests mit ihm machen und maximale Ressourcen aufwenden, würde man nach meiner Einschätzung heute für maximal 40 Prozent der Patienten zu einer Diagnose kommen.“

Wie es zur Aussage des BGMs passt, dass ein Patient, der an Hypophosphatasie (HPP) leidet, nur in Berlin, Würzburg, Hannover, Hamburg und Heidelberg kompetente ärztliche Unterstützung bekommen kann, bleibt ungeklärt. In Deutschland leidet einer von 100.000 Einwohnern an dieser Knochenstoffwechselkrankheit, die verbogene oder gebrochene Knochen, die nicht heilen, hervorruft. Fehldiagnosen sind bei dieser Seltenen Krankheit häufig. Eine Therapie gibt es nicht.

Eine Grundlagenforschung wäre dringend erforderlich, wie bei so vielen der Seltenen Krankheiten, aber die Lobby hierzu fehlt. Für nur wenige Betroffene rechnet sich aus Sicht der Pharmaindustrie eine Forschung oft nicht. Bei einigen Medikamenten stellt sich im Anschluss heraus, dass sie auch bei einer Seltenen Krankheit eingesetzt werden können.

Bei HPP gibt es hingegen Hoffnung. Ein in den USA entwickeltes Mittel kann-



Einer von rund vier Millionen Menschen in Deutschland mit einer Seltenen Krankheit: Untersuchung eines betroffenen Kindes beim Arzt

Foto: ACHSE e.V.

te schwer erkrankte Säuglinge und Kinder retten. Auch für Erwachsene befindet sich nach Angabe des europaweit größten Zentrums für die Behandlung der HPP ein Medikament in der letzten Testphase. Wenn es medikamentöse Therapien gibt, was nicht oft der Fall ist, stellt sich die Frage nach der Finanzierung. Bekanntestes Beispiel ist wohl die Zwei-Millionen-Dollarspritze gegen spinale Muskelatrophie. Das Mittel Zolgensma wird in Form einer Spritze verabreicht.

Die Krankenkassen in Deutschland zahlen diese einmalige Therapie häufig erst mit medialem Nachdruck. In vielen Fällen wird ein Mittel genehmigt, dass alle vier Monate stationär gespritzt wird. Jährliche Kosten liegen bei etwa 300.000 Euro. Eine Milchmädchenrechnung könnte man meinen, für die Betroffenen und deren Familien auf jeden Fall eine große Belastung. Eine Betreuungs-

person begleitet das Kind ins Krankenhaus, was aber ist mit der Erwerbstätigkeit, was ist, wenn es noch andere Kinder gibt?

Menschen, die am Prader-Willi-Syndrom (PWS) leiden, haben in absehbarer Zeit keine Hoffnung auf ein heilendes Medikament. Ein Gendefekt bewirkt bei ihnen ein unstillbares Hungergefühl, durch ihre muskuläre Hypotonie verbrennen sie auf der anderen Seite aber weniger Energie. So steht ein unersättlicher Hunger einem nur kalorienreduzierten Essen gegenüber. Diese Kinder entwickeln sich erst spät, und wie groß ihre körperliche und geistige Behinderung sein wird, erfährt man erst mit der Zeit.

Dieses „Im-Ungewissen-Sein“ zermüht die Familien oft. Hat man aber eine Diagnose, geht – zum Glück, muss man sagen – eine Maschinerie los. Physiotherapie, Logopädie, Spezialsprechstunden,

viele Arzttermine, viele Schutzmaßnahmen, die man bei nicht Betroffenen nicht anwenden muss, wie den RS-Virus-Schutz während der Wintermonate.

Auch die Schutzimpfung gegen das nicht nur die Nachrichten dominierende Coronavirus ist für diese Menschen wichtig, da sie durch ihren schwachen Muskeltonus nicht gut abhusten können. Der Weg auf die Intensivstation ist bei einer Infektion sehr wahrscheinlich. Die PWS Vereinigung Deutschland e.V. fordert eine frühe Impfung für Betroffene und deren Familien, eine Stellungnahme des Gesundheitsministeriums bleibt jedoch aus.

## Gekürzte Förderung

Auch wenn sich viele Betroffene gegenseitig in Selbsthilfeorganisationen unterstützen, hilft ein solcher Tag der Seltenen Krankheiten, um die Schwierigkeiten der vielen Seltenen bekannter zu machen,

sich in Politik und Gesellschaft Gehör zu verschaffen. Für Menschen mit PWS wäre es gut, wenn die Krankheit bekannter wäre, sodass Symptomatik, notwendige Lebensweisen und Konsequenzen bei Nichtbefolgung nicht immer ganz von vorne erklärt werden müssten.

Vonseiten der Medizin wäre eine Forschung wünschenswert, die den Teil des Gens entschlüsselt, der für das fehlende Hungergefühl verantwortlich ist, und die Entwicklung einer Behebung dieses Fehlers. So wäre in Zukunft vielleicht möglich, dass auch Menschen mit PWS ein nicht dauerhaft überwachtes Leben führen können. Solange es diese Möglichkeit aber nicht gibt, muss es Wohnheimen in Deutschland nicht aus.

Helfen könnte in vielen Fällen das höchste Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung im deutschen Gesundheitswesen, der Gemeinsame Bundesausschuss. Er bestimmt die Richtlinien, nach denen die Versicherten Leistungen beanspruchen können.

Zwar sitzen auch Organisationen, die auf Bundesebene maßgeblich die Interessen von Patienten und der Selbsthilfe chronisch kranker und behinderter Menschen vertreten, in dem Ausschuss, sie haben aber kein Stimmrecht. Umso wichtiger ist die öffentliche Wahrnehmung dieser großen Gruppen der jeweils wenigen Betroffenen der vielen Seltenen Krankheit.

Dieser Ausschuss wiederum hat einen Unterausschuss bezüglich der Innovation zur Versorgungsforschung. Allerdings wird auch hier gespart. Das Fördervolumen von 76 Millionen Euro jährlich wurde auf 40 Millionen Euro jährlich verringert. Im zweiten Quartal sollen die Förderbekanntmachungen im Bereich Versorgungsforschung veröffentlicht werden, im dritten Quartal die für den Bereich (Weiter-)Entwicklung medizinischer Leitlinien, für den auch 17 Projektanträge aus dem Themenfeld Seltene Krankheiten eingegangen sind.

Man darf also gespannt sein, welche Projekte finanziert werden.

## Felix: Ein besonderer Fall

Felix\* musste zwei Jahre auf eine Diagnose warten. Er leidet an einer CHD3-Mutation, von denen in Deutschland nur fünf Fälle bekannt sind. Eine intellektuelle Behinderung, Makrozephalie und eine Sprachstörung sind die bekanntesten Symptome. Ein Betreuungsplatz war für ihn nur schwer zu finden, sodass Mutter Bianca ihre Arbeitsstelle kündigen musste, um für ihren Sohn zu sorgen.

Mittlerweile ist Felix viereinhalb Jahre alt, hat im letzten Jahr das Krabbeln erlernt, kann „Mama“, „Papa“ und „alle“ sagen, fängt langsam an, sich aufzurichten, und kann mittels einer Trinkflasche selbst trinken. „Es war eine schwere Zeit“, gibt die Mutter zu. Sie kam nach der Geburt mit dem Hinweis, dass ihr Kind wohl behindert sei, und mit der Telefonnummer des Instituts für Humangenetik in Hamburg nach Hause. Erst nachdem ein Atemstillstand eingesetzt hatte, ging die Diagnostik schneller voran. Andere Patienten mit diesem Syn-



FOTO: PRIVAT

drom haben viel länger als zwei Jahre auf eine Diagnose warten müssen.

Felix' Eltern wünschen sich, dass behinderte Menschen mehr zur Wirklichkeit gehören und sie nicht immer prüfende Blicke aushalten müssen. „Keine Familie soll das Gefühl haben, ihr behindertes Kind verstecken zu müssen. Wir empfinden die Liebe zu unserem Sohn genauso wie zu unseren Töchtern und sind ge-

nauso stolz auf ihn. Die ersten Wochen nach der Geburt war die Luft so schwer wie bei einer Beerdigung. Wir haben unser erwartetes gesundes Kind begraben. Unser ganzer Lebensplan wurde umgeworfen, durchgewürfelt und musste ganz neu entwickelt werden.“

„Ein weiteres Problem“, weiß Bianca, „ist die schwierige Betreuungslage. Ein Integrativplatz in der Kita wird noch nicht in der Krippe, sondern erst mit drei Jahren im Elementarbereich angeboten. Hier gab es wenige Plätze und aufgrund seiner Schluckbeschwerden viele Absagen.“

„Ich weiß gar nicht genau, was bei dieser Krankheit passiert, die Texte sind in englischer oder niederländischer Sprache“, moniert Felix' Mutter. „Die Humangenetiker sind gut vernetzt, aber Gelder für Forschung sind überall knapp.“

(\* Namen von der Redaktion geändert)

## ● FÜR SIE GELESEN

## Fakten teils unkorrekt

Über den Untergang des barocken Dresden infolge der anglo-amerikanischen Luftangriffe vom Februar 1945 ist schon sehr viel, aber gleichzeitig auch recht Kontroverses geschrieben worden. Deshalb bleiben bis heute Fragen offen. War das Bombardement ein Kriegsverbrechen der Alliierten? Wie viele Menschen – Einwohner der Stadt und Flüchtlinge aus den Ostgebieten – kamen damals wirklich ums Leben? Gab es Tieffliegerangriffe auf Zivilisten?

Ein Autor, der sich in all diesen heftig umstrittenen Punkten kaum zu positionieren wagt oder aber strikt dem Mainstream folgt, ist der britische Literaturkritiker (!) Sinclair McKay. Sein Buch „Die Nacht, als das Feuer kam“ umschiffet sämtliche problematische Themen und versucht stattdessen, das gewaltsame Ende von „Elbflorenz“ anhand zahlreicher Einzelschicksale beziehungsweise aus der Perspektive ganz unterschiedlicher Protagonisten zu schildern. Von einem „Meisterwerk der narrativen Geschichtsschreibung“ kann man deswegen jedoch trotzdem nicht sprechen, obwohl der Verlag genau dies tut. Dazu sind die Erzählstränge zu verworren und der Stil sehr viel weniger gewandt, als man das von einem literarischen Experten erwarten darf. Außerdem werden auch die historischen Fakten zum Luftkrieg zwischen 1939 und 1945 teilweise unkorrekt präsentiert.

Wolfgang Kaufmann



**Sinclair McKay:** „Die Nacht, als das Feuer kam. Dresden 1945“, Goldmann Verlag, München 2020, gebunden, 559 Seiten, 22 Euro

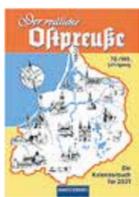
## In guter alter Tradition

Im Jahr 1830 gab der Verlagsbuchhändler Carl Ludwig Rautenberg seinen ersten illustrierten Familienkalender „Der redliche Ostpreuße“ heraus, dessen Ziel es war, den Menschen Rat in allen Lebenslagen im Sinne Immanuel Kants zu geben. „Der redliche Ostpreuße“, wie er später hieß, erscheint seit 1951 unter diesem Titel.

Die aktuelle Ausgabe enthält neben einem Kalendarium Beiträge von großen Dichtern wie Johann Christoph Gottsched, E.T.A. Hoffmann, Matthias Claudius und Agnes Miegel. Die langjährige „Mutter des Ostpreußenblatts“, Ruth Geede, kommt ebenfalls zu Wort. Die Herausgeberin Silke Osman führt im Vorwort zur 72. Ausgabe in das Thema des diesjährigen „Redlichen“ ein, wie die Ostpreußen ihn liebevoll nannten. Er steht unter dem Motto „Liebe“.

Osman, die über einen reichen Fundus an Wissen über Ostpreußen verfügt, stellt bedeutende Ostpreußen aus den Bereichen Kunst, Kultur und Musik vor. Fotos und Zeichnungen runden den Lesegenuss ab.

Manuela Rosenthal-Kappi



**Silke Osman (Hg.):** „Der redliche Ostpreuße. Ein Kalenderbuch für 2021“, Rautenberg Verlag Würzburg 2020, 72./185. Jahrgang, broschiert, 154 Seiten, 9,95 Euro

## GÄRTNERN

## „Leben und leben lassen“

Wie es gelingt, mit den winzigen Lebewesen in unseren Gärten eine gute Nachbarschaft ohne den Einsatz von Giften zu erreichen

FOTO: SHUTTERSTOCK



**Mythos und Wirklichkeit** Geben die Punkte auf dem Rücken eines Marienkäfers dessen Alter an? Können Hummeln stechen und wo stecken Eulen tagsüber? Auf unterhaltsame Weise schildert der Gartenbauexperte

und prämierte Buchautor Andreas Barlage Wissenswertes und Kurioses rund um die Tiere in unseren Gärten. Historische Illustrationen schmücken das äußerst lesenswerte Buch „Wie kommt die Laus aufs Blatt“.

MRK

**Andreas Barlage:** „Wie kommt die Laus aufs Blatt? Wissenswertes und Kurioses um die Tiere in unserem Garten“, Jan Thorbecke Verlag, Stuttgart 2021, gebunden, 184 Seiten, 22 Euro

## METEOROLOGIE

## Klima bedeutet Neigung

Temperaturunterschiede hat es schon immer gegeben, der „Treibhauseffekt“ wurde bereits im 19. Jahrhundert erfunden

VON WOLFGANG THÜNE

Christian Schönwieses Buch „Klima kompakt“ ist verführerisch, wenn man nicht genau liest. Klima heißt Neigung, aber damit ist nicht „der mittlere Winkel“ gemeint, sondern der ständig wechselnde Neigungswinkel der Sonneneinstrahlung. Nur so kommen die Tages- und Jahresgänge der Temperatur zustande, auch die 30-jährigen Mittelwerte, die man Klima nennt. Die Natur kennt nur das Wetter, das der Mensch zu messen und zu verstehen gelernt hat.

Dann hat man das Wetter in seine Elemente zerlegt und immer längere Messreihen angelegt. Alexander von Humboldt entdeckte die Klimazonen und gilt als Begründer der Klimatologie als angewandte Meteorologie. Bevor Svante Arrhenius 1896 den „Treibhauseffekt“ ersann, hatte im Jahr 1701 Sir Isaac Newton das Newtonsche Abkühlungsgesetz experimentell abgeleitet, das heute noch in der Gerichtsmedizin zur Bestimmung des Todeszeitraums verwandt wird und auch zur Berechnung des Abkühlens heißer Flüssigkeiten dient. Pierre Prévost hat 1791 festgestellt, dass jeder Körper Wärme abstrahlt. Im Jahre 1800 entdeckte Wilhelm Herschel die Infrarotstrahlung im Sonnenspektrum, 1814 entdeckte Fraunhofer seine Linien im Sonnenspektrum, 1859 formulierte Gustav Kirchhoff den „schwarzen Körper“, 1879 entstand das Wiensche Verschiebungsgesetz und 1884 das Stefan-Boltzmann-Gesetz.

Der Mensch hatte längst Gewächshäuser entwickelt und viele tropische Pflanzen nach Europa gebracht, bevor der „Treibhauseffekt“ 1896 von Svante Arrhenius erfunden und die Physik auf den Kopf gestellt wurde. Und die Temperaturen? Sie gingen im Winter herunter und stiegen zum Frühjahr, um im Sommer das Maximum zu erreichen. Beide Temperaturkurven werden von der Sonne gesteuert, doch die Temperatur steigt bei Sonnenaufgang, während die Photosynthese dazu führt, dass die Pflanzen den CO<sub>2</sub>-Gehalt senken und für uns Menschen Sauerstoff produzieren.

Das war schon den Schreibern des Alten Testament bekannt, denn in der Schöpfungsgeschichte hieß es: „Gott ließ grüne Pflanzen wachsen.“ In diesem Sinne steht am Eingang des Botanischen Gartens in Berlin: „Hab Ehrfurcht vor der Pflanze, alles lebt durch sie!“ Schönwiese sollte mal die Klimageschichte der Zentralanstalt für Meteorologie in Wien lesen. Da erfährt er, dass das letzte Jahrtausend, von relativ regelmäßigen und einschneidenden Schwankungen zwischen Kaltzeiten und Warmzeiten gekennzeichnet ist. Das Buch ist nicht empfehlenswert.



**Christian-D. Schönwiese:** „Klimawandel kompakt. Ein globales Problem wissenschaftlich erklärt“, Borntäger Verlag, Stuttgart 2020, 132 Seiten, 19,90 Euro

## GESCHICHTE

## Auf den Spuren von Fernando Magellan

Eine illustrierte Geschichte des Portugiesen, der als Erster die Welt umsegelte, und wegen Streitigkeiten mit seinem Dienstherrn nach Spanien auswanderte

VON SILVIA FRIEDRICH

Wer Fernão de Magalhães war, wissen nur wenige. Berühmt wurde er unter seinem spanischen Namen: Fernando de Magallanes. 1480 in Portugal geboren und aus einer Adelsfamilie stammend, umsegelte er als Erster die ganze Welt. Anlässlich des 500. Todestages von Magellan am 27. April 2021 ist im Kindermann-Verlag das Buch „Fernando Magellan – Einmal um die ganze Welt“ erschienen. Erzählt von Christine Schulz-Reiss und bebildert vom renommierten Illustrator Klaus Ensikat liegt damit ein mitreißendes Werk vor, das nicht nur Kinder begeistern wird.

Beim Aufblättern begegnet man so gleich dem Mann, dem das Buch gewidmet ist. In der Kleidung eines Edelmannes hockt er in einem Hafen, hinter ihm sind Segelschiffe zu erkennen, er schaut den Betrachter an. Man wird Zeuge, wie Magellan am 25. März 1505 als einer von 3000 Männern von Lissabon aus in See sticht. Mit dabei ist sein Begleiter aus Kindheitstagen, Francisco. Beide haben angeheuert, mit einer Flotte auf den Spuren der großen Helden wie Vasco da Gama und Marco Polo nach Indien zu segeln, um die heiß begehrten Gewürze ins Land zu holen. Als eine Art Schiffsjungen müssen sie die unangenehmsten Arbeiten verrichten und gemeinsam mit Sträflingen Dienst tun.

Die Reisen waren Höllenfahrten und viele Seeleute kamen unterwegs ums Le-

ben. Sieben Jahre segelte Fernão für Portugal nach Indien, erhielt anschließend aber nicht den Lohn, der ihm zustand. Als König Manuel I. seine Bitten um mehr Geld einfach nicht erhörte und sich Streitigkeiten mit seinem Dienstherrn häuften, setzte sich der später so berühmte Seefahrer nach Spanien ab. Als er 1517 in dort ankam, änderte er seinen Namen ins Spanische um. Anschaulich erzählt die Autorin, wie es zu der ersten Weltumsegelung kam und welche Abenteuer zu bestehen waren.

Wenn die Figuren eines Buches durch einzigartige Illustrationen zum Leben erweckt werden, verstärkt sich der Lesegenuss um ein Vielfaches. Der Buchkünstler Klaus Ensikat, der in seinem künstlerischen Schaffen bereits mit der höchsten internationalen Ehrung für die Illustration von Kinder- und Jugendbüchern, der Hans-Christian-Andersen-Medaille, ausgezeichnet wurde, hat dieses spannende Werk mit brillanten Zeichnungen bebildert.

Ein Buch, das höchsten Lesegenuss verspricht und für eine gewisse Dauer abtauchen lässt in eine längst vergangene, historisch wichtige Zeit.



**Christine Schulz-Reiss:** „Fernando Magellan – einmal um die ganze Welt“, Kindermann Verlag, Berlin 2020, gebunden, 36 Seiten, 18 Euro



## ● AUFGESCHNAPPT

Ein bisschen Glanz ist gut, vor allem, wenn es sonst trübe aussieht. Daher versorgte sich das EU-Parlament jetzt mit einem neuen Sonderbotschafter. Das Ehrenamt übernimmt Riccardo Simonetti, 28, „Influencer“, Autor des Buches „Mein Recht zu funkeln“ und fernsehbekannt, etwa aus „Promi Shopping Queen“. Zuständig ist er für „LGBTIA“-Angelegenheiten. Die englische Abkürzung steht für lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell bzw. transgender, intersexuell und asexuell. Um niemanden zu vergessen, wird das „+“ hinzugefügt. Simonetti hofft auf „noch mehr Sichtbarkeit“ für die „Community“. Er wolle in Gebiete fahren, wo deren Menschenrechte „bedroht sind“ und nennt Polen und Ungarn. So weit braucht der in Berlin wohnende EU-Sonderbotschafter aber wohl gar nicht zu reisen. Es heißt, das Klima der einst so toleranten deutschen Hauptstadt bezüglich der „Community“ wäre gar nicht mehr so angenehm wie einst. Und die „schon länger hier Lebenden“ seien dabei nicht das Problem. *E.L.*



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Der bekannte Bonner Virologe Hendrik Streeck fordert, sich bei der Lockdown-Debatte nicht allein auf Infektionszahlen und Ähnliches zu konzentrieren, sondern das Ganze zu sehen, wie er dem „Focus“ (20. Februar) erklärt:

„Weder Virologen noch Infektionsepidemiologen können jenseits der Infektionszahlen einen Lockdown gesellschaftlich abschätzen. Der Lockdown ist ein Medikament mit vielerlei Nebenwirkungen ... Mich wundert manchmal, wie über das Virus geredet wird. Ich habe als Arzt gelernt, dass ich eine Verantwortung habe, nicht unnötig Angst oder Panik zu schüren.“

Klaus Kelle warnt im Portal „reitschuster.de“ (21. Februar) davor, dass sich unter neuen Etiketten wie dem vom „Great Reset“ eine alte, überall gescheiterte Idee von Neuem erhebt:

„Wie die neunköpfige Schlange Hydra in der griechischen Mythologie, der Herakles Kopf um Kopf abschlug, und jedes Mal wuchsen aus den Halsen zwei neue Köpfe. So taucht der Sozialismus immer wieder auf in neuem Gewand, aber mit einem einzigen Ziel: Den Menschen im Sinne des vermeintlich Guten so zu formen und zu lenken, dass er danach ins Gesellschaftsexperiment passt. Das ist die große Gefahr unserer Zeit.“

Dushan Wegner verrät in seinem Blog (22. Februar), warum wir auch im Angesicht der absurden Verblödung unserer Zeit mit Optimismus in die Zukunft blicken dürfen:

„Man sagt ja, dass harte Zeiten starke Männer machen, starke Männer dann sanfte Zeiten, sanfte Zeiten wiederum wachswichte Männer und wachswichte Männer wiederum zu harten Zeiten führen. Meine Hoffnung ist, dass dumme Zeiten kluge Bürger machen, denn wenn es stimmt, werden wir bald die Allerklügsten sein!“

Sigmar Gabriel, Ex-Außenminister, früherer SPD-Chef und seit 2019 Vorsitzender der „Atlantikbrücke“, stellt in der „Welt“ (18. Februar) eine interessante Frage zum US-Widerstand gegen die Gasleitung „Nord Stream 2“ von Russland nach Deutschland:

„Vom Gesichtspunkt europäischer Souveränität geht es (das Pipeline-Projekt) die USA erst einmal nichts an ... Übrigens: Warum ist eigentlich Nord Stream ein Problem, und die Jamal-Pipeline mit russischem Gas durch Polen nicht?“

## ● WORT DER WOCHE

„Das Mittel, um die Redefreiheit zu dämpfen oder gar zu kriminalisieren, ist die sogenannte Hassrede. Mit dem Vorwurf der Hassrede wird der Bürger so lange beschämt, bis er sich freiwillig selbst zensiert.“

James R. Gorrie, US-amerikanischer Autor, in der „Epoch Times“ (21. Februar)

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Querschläge

Wodurch das große Ziel immer wieder in Gefahr gerät, und wie wir mit den Störern fertig werden

VON HANS HECKEL

Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, sagt der Volksmund – und hat wie immer recht. Vergangene Woche haben wir uns noch zufrieden zurückgelehnt, weil wir uns dem ewigen Lockdown so herrlich nahe wähnten. Doch dann braute sich schon wieder eine ernste Gefahr zusammen: der Corona-Schnelltest für jedermann, am Schluss sogar zum Selbermachen.

Minister Spahn wollte damit am kommenden Montag beginnen. Das hätte alles durcheinanderbringen können. Wenn jeder Hans und Franz in Windeseile testet und nachweist, dass er – weil virenfrei – niemanden anstecken kann, unter welchem Vorwand will man ihn dann noch an der Wiedererlangung seiner Freiheitsrechte hindern? Wieso sollten Restaurants, Museen, Theater, ja sogar Bars und Kneipen nicht sofort wieder öffnen dürfen, wenn der Vorweis der Virenfreiheit per Einlasskontrolle sichergestellt ist und somit da drin nichts mehr passieren kann in Sachen Ansteckung?

Eben. Aus die Maus, hätte das geheißen, denn die Fortführung der Zwangsmaßnahmen wäre für alle Bürger als das zu erkennen gewesen, was sie sind: Schikane.

Da konnte die Kanzlerin gerade noch rechtzeitig dazwischenfahren und ihren leichtfertigen Minister wieder einfangen. Der 1. März ist als Datum für den Beginn der großen Schnell- und Selbsttest-Offensive erst mal gestrichen. „Wenn man nicht alles selber macht!“, wird sich Merkel da entnervt gedacht haben. Fast hätte Spahn zusammen mit seinen Kollegen aus Frankreich, Italien und Holland ja auch für eine rasche Impfkampagne gesorgt, wenn die Kanzlerin das nicht in letzter Minute verhindert hätte, um die Sache dann ihrer Freundin Ursula zwecks Versenkung nach Brüssel zu überweisen. Mit dem Merkel-Machtwort zu den Schnelltests ist nun zumindest ein wenig Zeit gewonnen, um sich etwas einfallen zu lassen.

Beispielsweise solch entzückende Kabinettstückchen, wie sie Merkel und ihr Kanzleramtsminister Helge Braun gerade aufgeführt haben. Die Amis nennen das „Good Cop, Bad Cop“, zu Deutsch: Guter Polizist, böser Polizist. Während ein Beamter den zu Verhörenden wild bedroht, macht der andere auf nett und verständnisvoll. Auf diese Weise durchgeschüttelt vom Wirbelsturm der

wechselnden Gefühle macht der mutmaßliche Delinquent irgendwann alles, was die Polizisten von ihm wollen.

Hier ging das so: Merkel spricht warmherzig und verständnisvoll von der Sehnsucht der Deutschen nach Lockerungen, woraufhin ihr eigener Haushofmeister sofort klarstellt, dass an solche Lockerungen „derzeit“ gar nicht zu denken sei, zack! Die Rollenverteilung ist nicht zufällig. Merkel feilt ja längst am Schlusskapitel für ihren Eintrag ins Geschichtsbuch. Dort will sie nett aussehen. Graue Typen wie Braun tauchen in solchen Büchern sowieso nicht auf. Da kann der ruhigen Miesepeter mimen.

Trotz solch gediegener Inszenierungen hören die Querschläge nicht auf. Der Hamburger Professor Roland Wiesendanger hat eine Unzahl von Indizien zusammengetragen und kommt daraufhin zu dem Schluss, dass eine ganze Menge dafür spreche, dass das Virus aus einem Labor in Wuhan entwichen sei – und sich demnach nicht auf natürliche Weise ausgebreitet habe.

Die Empörung über diese Analyse brach alle Dämme: „Krudes Zeug“, „krude Corona-Studie“, „toxisch“, „unwissenschaftlich“, ja, sogar schlicht „unwürdig“ sei Wiesendangers These, brüllten zahlreiche große Medien voller Wut im Chor.

Meine Güte, dachte sich da der unvorbereitete Leser: Man muss die Einschätzung des Professors ja nicht teilen. Aber woher rührt bloß dieser maßlose emotionale Ausbruch? Auf welches Hühnerauge ist der Hamburger Gelehrte (vermutlich ohne es zu ahnen) denn getreten, dass die alle dermaßen aus der Haut fahren?

Die Lösung des Rätsels ist verblüffend einfach: Wir hatten uns ja neulich über den „Great Reset“ unterhalten. Über Corona als Vorwand dafür, unser ganzes Leben umzukrempeln, genauer gesagt: einzuschränken, und zwar dauerhaft, für immer. Die Virologin Sandra Junglen hat dazu erst Anfang Februar in der „Zeit“ die steile These beigesteuert: „Wir wissen jetzt, dass die Corona-Pandemie, das Artensterben und auch der Klimawandel zusammenhängen.“

Corona ist also die Rache der Natur für unser klimasündiges Leben, das daher künftig ganz anders werden muss. So wie in Berlin, wo eine Initiative fordert, dass man nur noch zwölf Mal im Jahr Auto fahren darf. Wenn nun aber herauskommen sollte, dass es nicht „die Natur“ gewesen ist, die hier am

Werke war, sondern bloß ein paar schlampige Labor-Mitarbeiter, fiel das ganze schöne Gebilde in sich zusammen. Der Schaden wäre kaum in Worte zu fassen.

Übrigens ist das, was Wiesendanger vermutet, 2003 schon mal passiert. Damals entwich ein SARS-Virus aus einem chinesischen Labor, seinerzeit in Peking. Vor 18 Jahren wurde darüber auch noch offen berichtet. Aber damals wussten wir ja noch nicht, was man mit so einem Virus alles anfangen kann, wenn man die Leute glauben macht, es sei die gerechte Vergeltung der Natur für unser Lotterleben. Heute wissen wir das, weshalb die Wiesendangers dieser Welt mit aller Macht niedergetrampelt und als Verbreiter von „Fake News“ und „Verschwörungstheorien“ in die Hölle verbannt werden müssen.

Schließlich gefährdet jemand, der eine andere Meinung vertritt als die der Regierung, ohnehin den „Zusammenhalt in der Gesellschaft“, weil er hetzt und spaltet. Wenn es nach den Grünen geht, bekommen wir nach der Wahl im September ein eigenes „Bundesministerium für Zusammenhalt“. Eine gewaltige Bürokratie aus lauter netten Grünen-Adepten, die unermüdlich die Landschaft absuchen sollen nach Störern dieses Zusammenhalts und die riesige, steuerfinanzierte Volksbildungsprogramme auflegen, die uns sagen, was wir zu sagen, zu denken und zu fühlen haben, damit wir den Zusammenhalt unterstützen. Und natürlich, wie wir dessen Feinde erkennen und ausschalten.

Dazu müssten auch die Grundlagen definiert werden, auf denen der administrierte Zusammenhalt fußt. Wir benötigen also eine Einrichtung, die festlegt, was wahr ist und was Hass und Hetze, ein Wahrheitsministerium gewissermaßen. Robert Habeck hatte „1984“ schließlich gelesen, bevor er sein bemerkenswertes Vorwort zur Neuübersetzung des Klassikers (die PAZ berichtete) verfasst hat. Offensichtlich ist der Grünen-Chef voller interessanter Ideen aus der Lektüre des Orwell-Romans hervorgegangen. Die muss man jetzt nur noch umsetzen.

Wenn wir das geschafft haben, wird es solche Zwischenfälle wie den mit dem Wiesendanger gar nicht mehr geben. Die richtigen Leute sind schon bei der Arbeit: Wie bekannt wurde, hat das Innenministerium sein Corona-Strategie-Papier von dem Sprachprüfer und Mao-Verehrer Otto Kölbl formulieren lassen. Wir sind dem großen Ziel viel näher, als wir es bislang zu hoffen wagten.

—  
Woher rührt  
bloß diese  
maßlose  
Empörung  
über die  
„Labor-These“?  
Die Antwort ist  
verblüffend  
einfach



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)